Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1930

21.2.1930 (No. 51)

Visual Library

Badischer Beobachter

Bezugspreis: Monatlich 2.80 Mk. frei ins Haus 2.70 Mk. bei der Geschäftsstelle abgeholt, Mk. 2.60 durch die Post ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Pfg. Samstags- und Sonntags 15 Pfg. Abbestellungen nur bis 20. auf den Monatsschluß. Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei

Erscheint 7mal wöchentlich als Morgenzeitung

Beilagen: Kunst u. Wissen, Frauenrundschau, Blätter für den Familientisch, Aus der kathol. Welt, Sportbeilage, Deutsche Jugendkraft, Illustr. Tiefdruckbeilage „Illustrierte Woche". Geschäftsstelle, Redaktion u. Verlag: Steinstr. 17-21. Fernspr.: Geschäftsstelle 6235, Redaktion 6236, Verlag 6237. Drahtadresse: Beobachter. Postscheckkonto Karlsruhe 4844

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene 27 mm breite Millimeterzeile im Anzeigenteil 10 Pfg., auswärts 12 Pfg., für Gelegenheitsanzeigen 6 Pfg. die 3gesp. 87 mm breite mm-Zeile im Reklameteil 60 Pfg. Rabatt nach Tarif. Bei Zahlungsschwierigkeiten, zwangsweiser Eintreibung oder Konkurs kommt der Rabatt in Wegfall. Schluß der Anzeigenannahme 5½ Uhr. – Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Nr. 51 (12 Seiten) — **Karlsruhe, Freitag, den 21. Februar 1930** — **68. Jahrgang**

Weitere Einzelheiten vom französischen „Ueberschwemmungsschutz"

Paris, 20. Febr. (Eig. Ber.)

Die Ernennung des neuen französischen Generalstabschefs Weygand scheint die Folge gehabt zu haben, daß der „Ueberschwemmungsschutz" als Faktor in der französischen Verteidigung eine größere Rolle spielen wird als je. Weygand ist bereits in militärischen Studien früherer Jahre mit der Heranziehung der Gewässer zu Verteidigungszwecken hervorgetreten. Wenn auch in der französischen Presse zunächst nur vom nördlichen Frankreich die Rede ist, wo diese Ueberflutungszonen platzgreifen sollen, ist doch bekannt, daß sie auch längs des Oberrheins praktiziert werden sollen und daß besonders der Seitenkanal dabei eine Rolle spielen soll.

Das große Problem im nördlichen Frankreich besteht darin, ob mit Flußwasser oder mit Seewasser überflutet werden soll.

Letzteres würde etwa 25 Jahre lang das Gelände sterilisieren. Man glaubt aber diese Unfruchtbarkeit verhüten zu können, wenn nur ein Drittel Seewasser und zwei Drittel Flußwasser benützt werden. Die Ueberschwemmung soll in erster Linie zwei „verwundbare Stellen" schützen: den Mont Cassel und den Forst von Raismes und Mormal. In drei Monaten sollen die Studien bezüglich der permanenten Schleußenvorrichtungen fertig sein. **Im Jahre 1932 sollen dann die ersten Manöver unter Benützung der „Wasserstrategie" stattfinden.** Es zeigen sich bereits in der Kammer allerlei Gegner dieser Wasserbenützung zu Verteidigungszwecken. Sie stellen die Behauptung auf, daß der Feind sehr rasch Mittel finden werde, um der Ueberflutung ein Ende zu bereiten.

Das amerikanische Parlament bewilligt 6000 Soldatenmütter eine Europareise

Washington, 20. Febr. (Eig. Ber.)

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat einstimmig einen Betrag von 5 836 000 Dollars bewilligt, um etwa 6000 Soldatenmüttern aus dem Weltkriege in die Lage zu versetzen, dieses Jahr die Gräber ihrer gefallenen Söhne zu besuchen. Im nächsten Jahre sollen weitere 6000 Mütter die gleiche Reise antreten.

Weitere Kardinäle für die Vereinigten Staaten

Newyork, 20. Febr. (Eig. Ber.)

Bei einem Empfang im katholischen Schulverein erklärte der aus Rom kürzlich zurückgekehrte Erzbischof von Newyork, Kardinal Hayes, der Papst habe davon gesprochen, daß die katholische Kirche Amerikas im Kollegium der Kardinäle noch eine stärkere Vertretung erhalten solle. Man glaubt, daß der nächste Kardinal der Erzbischof von San Francisco, Mons. Hannah, sein wird.

Chautemps über seine Beauftragung

Paris, 20. Febr. Als Chautemps nach seiner Unterredung mit Doumergue, in deren Verlauf ihm die Kabinettsbildung übertragen wurde, um 10.40 Uhr das Elysée verließ, erklärte er Pressevertretern gegenüber, er werde sofort seine Besprechungen aufnehmen und versuchen, die Einigung der Republikaner auf ein demokratisches und nationales Regierungsprogramm zu verwirklichen. Im Verlaufe des Abends werde er ins Elysée zurückkehren, um dem Präsidenten der Republik seine endgültige Antwort zu übergeben. Er habe den festen Willen, die ihm angetragene Aufgabe durchzuführen, und er werde heute vormittag dem Kammer- und Senatspräsidenten die üblichen Besuche abstatten und alsdann mit Tardieu und verschiedenen anderen Persönlichkeiten in Verhandlungen treten.

Tardieu erteilte Chautemps abends eine Absage, daß er nicht in sein Kabinett eintreten könne.

Lloyd George stellt fest, daß Primo de Rivera über die Peseta gefallen ist

London, 20. Febr. (Eig. Ber.)

Der frühere Premierminister Lloyd George führt in einem Leitartikel, den britische und kontinentale Blätter veröffentlichen, aus, daß der spanische Diktator Primo de Rivera sei über die Peseta gestolpert (Die gleiche Feststellung wurde von uns schon vor 14 Tagen gemacht.)

Ein kräftiges Dementi des Vatikans

gegen Rykoff und „Metropolit" Sergius

Rom, 20. Febr. (Eig. Ber.)

Der Versuch des Volkskommissärs Rykoff, die religionsfeindliche Politik der Sowjets mit der Abwehr „gegenrevolutionärer Vorstöße" zu erklären und der mehr als sonderbare Erlaß des „Metropoliten" Sergius, den die Taß-Agentur verbreitete, werden vom „Osservatore Romano" mit den Worten abgefertigt: „Wir verfügen über Tatsachen. Dokumente und Statistiken, die alle gegenteiligen Behauptungen grundlos machen".

In Ergänzung dieser Aeußerung erfahren wir noch: Beim Heiligen Stuhl liegen die Berichte zweier Bischöfe der römisch-katholischen Kirche vor, die der Sowjetregierung als Bischöfe gar nicht bekannt sind. Diese Bischöfe führen ein Leben als Handarbeiter, um der Verfolgung zu entgehen und die religiösen Bedürfnisse der katholischen Russen befriedigen zu können. Die gottesdienstlichen Veranstaltungen wechseln der Oertlichkeit nach fortwährend, sodaß der Katholizismus in der Sowjetunion fast zu einer Katakombenkirche geworden ist. Die kirchliche Treue der Katholiken wird von den Bischöfen als rührend bezeichnet.

Der Bischof von Straßburg als Ritter eines polnischen Ordens

Paris, 19. Febr. (Eig. Ber.)

Ein besonderer Gesandter der polnischen Regierung, der Doyen der polnischen Geistlichen, Mons. Rogaczewski, überbrachte dem Bischof von Straßburg, Mons. Ruch, das Kommandeurkreuz des polnischen Ordens „Polonia Restituta". Die polnische Regierung erklärt, der Bischof habe sich als französischer Patriot für die Herzlichkeit der französisch-polnischen Beziehungen in besonderer Weise eingesetzt.

Der Aufstand in der französischen Kolonie Indochina weiter ausgedehnt!

Paris, 19. Febr. (Eig. Ber.)

Während die französische Regierung und die von ihr subventionierte Agence Indo-Pacifique die Bedeutung der Aufstandsbewegung in Indochina herabmindern, liegen aus Holländisch-Indien wie aus dem britischen Singapore sehr pessimistische Berichte über die Ausdehnung des Aufstandes vor. Das Standrecht sei in Hahoi proklamiert worden, und aus Schanghai ist französische Marineinfanterie nach Tongking abgegangen. Ein Bataillon Fremdenlegion soll in einem Hinterhalt vernichtet worden sein.

Religiöse Unterweisung für die faszistische Jugend

Mailand, 18. Febr. (Eig. Drahtber.)

Für die Vorstufe der faszistischen Miliz, die Avantgarde, sind neue Vorschriften bezüglich der religiösen Unterweisung erlassen worden. Jede Kohorte erhält einen vom Bischof ernannten Kaplan, der den Religionsunterricht erteilt, sofern die Avangurdisti nicht Mittelschulen besuchen. Für letztere besteht die strenge Pflicht, sich zum Religionsunterricht einschreiben zu lassen. Bezüglich der Balilla sind die Ortspfarrer, die Zonenkapläne und die Provinzkapläne für die Erteilung des Religionsunterrichts an diese Jugendorganisation bestimmt. Die Kapläne werden von den Bischöfen ernannt.

Die „Balilla" hat ferner an alle Provinzsektionen ein Rundschreiben ergehen lassen, worin bezüglich der Turnübungen der weiblichen Jugend erklärt wird, sie hätten sich von athletischen Leistungen und sportlichen Exzessen fernzuhalten und darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Körperbau des Weibes delikater Natur sei. Ferner sollen die beiden Geschlechter bei den Turnübungen streng getrennt gehalten werden. Das Personal der Lehrkräfte bei der weiblichen Jugend soll ausschließlich aus Lehrerinnen bestehen. Es darf hier darauf verwiesen werden, daß besonders bezüglich des Athletentums und der sportlichen Exzesse die Enzyklika deutliche Mahnungen unter Benützung der gleichen Worte ausgesprochen hat. Daher kann es nicht besonders auffallen, daß der „Osservatore Romano" die Verfügung der obersten Leitung der Faszistenpartei über das Mädchenturnen begrüßt und erklärt, die italienischen Familien müßten der Partei dankbar dafür sein, daß sie die vielumstrittene Frage „nach der Tradition, der Sitte und dem gesunden Sinn des Volkes" gelöst habe. Das Rundschreiben ist wie immer vom Generalsekretär der Partei, Turati, unterzeichnet. Das zeitliche Zusammenfallen mit der Audienz Turatis beim Papste ist gewiß nicht zufällig. Man darf sogar annehmen, daß Turati dem Papste zuerst von der getroffenen Verfügung Mitteilung gemacht hat.

Und Südtirol?

Innsbruck, 20. Februar.

Welches sind die Rückwirkungen des Besuches, den der österreichische Bundeskanzler dem Duce abgestattet hat, auf Südtirol? Wir halten uns nicht für befugt, eine allgemeine Antwort auf diese Frage zu geben. Hingegen kann nichts zur Klärung so sehr beitragen als eine Untersuchung der Stimmungen und der tatsächlichen Lage, in der sich Südtirol in diesem, für seine Zukunft wahrscheinlich sehr wichtigen Augenblick befindet. In Wien herrscht ein gewisses Vertrauen, daß Mussolini die österreichisch-italienische Freundschaft mit Zugeständnissen in Südtirol honorieren wird. In Innsbruck besteht gegenüber diesen Hoffnungen ein reges Mißtrauen. In Bozen aber, so wird uns von der verläßlichsten Seite berichtet, ist man mißgestimmt. Dort verweist man auf die Sprache der italienischen Presse, welche die Südtiroler Frage für erledigt erklärt. Sehr bemerkt wurde ein Artikel der in deutscher Sprache geschriebenen faszistischen „Alpenzeitung", worin ausgeführt wurde, daß Südtirol in Zukunft die Brücke zwischen den Deutschen und Italienern werden soll. Dabei findet sich allerdings nicht die geringste Andeutung von der Absicht eines Entgegenkommens. Der bezeichnende Schlußsatz des Artikels lautet: „Der Vertrag vom Palazzo Venezia hat das Alto Adige als Brücke, die auf starken Liktorenpfeilern ruht, für die Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich sanktioniert." Vorher aber wird gesagt, „trotz der unbesonnenen Einmischung Dr. Seipels" habe sich Südtirol nach wie vor „der liebevollen Fürsorgetätigkeit der faszistischen Regierung, zu Nutz und Frommen und zur Zufriedenheit aller Oberetscher erfreut" und noch bezeichnender: „Das Etschland ist eine italienische Provinz geworden, die in keiner Weise hinter den anderen 91 Provinzen des Königreiches zurücksteht." Man wird es angesichts solcher Aeußerungen den Südtirolern kaum verübeln können, wenn sie bedenklich sind. Umsoweniger als einige Tage vor dem Eintreffen des österreichischen Bundeskanzlers in Rom ein neuer, außerordentlich schwerer Unterdrückungsakt erfolgte: Das Verbot des öffentlichen deutschen Gebetes in Bozen. Mußte das nicht als eine Ankündigung gedeutet werden? Als eine Ankündigung, daß Italien über Südtirol nicht mit sich reden läßt?

Doch angenommen, es wäre ein tatsächlicher Umschwung eingetreten — würden dann bemerkenswerte Aenderungen die Folge sein? Man traut in Südtirol Mussolini ohne weiteres zu, daß ihm die gegenwärtig in Südtirol betriebene Politik viele Sorgen macht. Es ist vielleicht lehrreich, die persönliche Haltung Mussolinis gegenüber Südtirol sich kurz zu vergegenwärtigen. Sein erster Lehrmeister hinsichtlich der Tiroler Frage war Cesare Battisti, der sich mit der Grenze Italiens bei Salurn begnügt hätte. Trotz allem, was dazwischen liegt, scheinen diese Eindrücke nie völlig verwischt worden zu sein. Zu der Zeit, als Mussolini den Aufstieg seines Faszismus vorbereitet, ist ihm Südtirol ein bequemes Agitationsmittel gegen die Regierung, welche der Schwäche angeklagt wird. Im April 1921 schreibt der „Popolo d'Italia": „Jede Regierung, die daran denken würde, mit Südtirol einen Handel zu treiben, möge sich erinnern, daß es Tausende von Faszisten gibt, die bereit sind, dieses Land lieber in einen Schutthaufen zu verwandeln als es preiszugeben". Der schärfere Kurs, den die Faszisten in Südtirol durchsetzten, wird in der italienischen Agitation fortwährend als Beweis der erfolgreichen patriotischen Aktivität des Faszismus ausgespielt. Dem Marsche auf Rom ging der Marsch auf Bozen voraus. Doch kaum ist Mussolini zur Herrschaft gelangt, so versucht er — es ist dies im Herbst 1923 — sich mit den Südtirolern zu verständigen. Bereits stehen die Verhandlungen vor dem Abschluß — da scheitern sie, weil im faszistischen Großrat infolge der Intriguen der faszistischen Parteibureaukratie, keine Uebereinstimmung erfolgt. Die zerrissenen Fäden wurden seither nicht mehr aufgenommen. Von da an erwiderte Mussoline auf jede offizielle Intervention, die von Oesterreich und Deutschland zugunsten Südtirols erfolgte, mit einer Vermehrung des Druckes, für die er jeweils persönlich zeichnete. Nicht so sehr — wie wir glauben — aus persönlicher Ueberzeugung von der Vorteilhaftigkeit einer solchen Politik, sondern eben mit Rücksicht auf die Stimmung in jenen faszistischen Kreisen, für welche die Südtiroler Frage ein Noli me tangere bildet.

Man hält es in Südtirol durchaus nicht für ausgeschlossen, daß Mussolini dem österreichischen Bundeskanzler gewisse Hoffnungen erweckte. Nur bezweifelt man auf Grund der bisherigen Erfahrungen, daß der Duce stark genug ist, um gegenüber seinen Leuten einen Kurswechsel in Südtirol durchzusetzen, falls überhaupt ein solcher Kurswechsel geplant wäre, was doch einigermaßen fraglich ist. Ist es nicht symptomatisch, daß die Verhandlungen zwischen dem Hl. Stuhl und der italienischen Regierung über die Durchführung der Sprachenbestimmungen des Konkordates für Südtirol sich andauernd schwierig gestalten? Mehrfach ist darauf hingewiesen worden, daß Italien bereits auf der Friedenskonferenz an die Methode der Entnationalisierungspolitik gegenüber Südtirol gedacht hat. Damals sprach man von „friedlicher Durchdringung". Der Faszismus hat diese Tradition in einem allerdings maßlos beschleunigten Tempo fortgeführt. Aus all diesen Erwägungen scheint es wenig wahrscheinlich zu sein, daß Italien irgendwie ein Zugeständis macht, das ein grundsätzliches Abweichen von der Linie der Entnationalisierungspolitik bedeuten würde. Vielleicht hat Italien die Absicht, die neue Freundschaft mit Oesterreich durch gewisse Milderungen und durch Berücksichtigung einzelner ganz krasser Fälle zu honorieren. Man wird das gewiß gerne anerkennen, nur wird man sich anderseits vor der Ueber-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

schätzung eines solchen Entgegenkommens zu hüten haben, solange Italien nicht gewillt, ist das Lebensrecht der deutschen Sprache und Kultur in Südtirol zuzugestehen. Was soll man denn dazu sagen, wenn sogar das Verleihen eines deutschen Buches als strafbare Handlung betrachtet wird, wie es jüngst in Kaltern geschehen ist.

Wir haben uns die Mühe genommen, einige Lokalnotizen der faszistischen „Alpenzeitung", die im Laufe der letzten Wochen erschienen sind, zu sammeln, um an einem Material, dem wohl niemand die Authentizität absprechen wird, zu zeigen, wie grau die Südtiroler Wirklichkeit ist. Wir finden da unterm 23. November des Vorjahres eine Notiz aus Kaltern über die Eröffnung eines italienischen Abendkurses für die Mitglieder der Feuerwehr. Da heißt es: „Da nun die Kommandos alle italienisch erteilt werden, so ist es angezeigt, daß die Feuerwehrmänner auch hinreichend die Sprache beherrschen, um ihrem Dienste nachkommen zu können ... Der Podesta hielt an die Anwesenden eine kurze Ansprache. Da manche Kursbesucher nicht alles aus der Rede des Podesta verstanden haben, so wurde sie ins Deutsche übersetzt ..." Also: die Mitglieder der Feuerwehr verstehen nicht italienisch — trotzdem werden die Kommandos in italienischer Sprache erteilt! Nur damit wieder aus einem kleinen Lebensbezirk das Deutsche verschwindet. Die italienische Presse liebt es so darzustellen, als ob das Italienische heute in Südtirol vollkommen durchgedrungen wäre. Damit vergleiche man folgende Notizen: „Mit 15. ds. (November) beginnt in der hiesigen Abendschule (Innichen im Pustertal) ein Abendkurs in italienischer Sprache. Es ist anzunehmen, daß dieser Kurs Erfolg haben wird, da ja auf diese Weise den vielen, die der nationalen Sprache nicht mächtig sind, die beste Gelegenheit geboten wird ..." Im gleichen Blatt beklagt eine Zuschrift aus Bozen die „vielen Verstöße gegen die Sprachrichtigkeit". Darauf antwortet die „Alpenzeitung": „Wir sind der Ansicht, daß dieselben in Hinkunft sicherlich nicht mehr vorkommen werden, da sich ja alle Geschäftsleute gewiß an die vom Podesta erlassene Vorschrift bezüglich der offiziellen Kontrolle von Inschriften und Bezeichnungen vor ihrer Veröffentlichung in ihrem eigenen Interesse halten werden, einerseits um nicht mit sprachwidrigen Inschriften öffentliches Aergernis zu erregen und anderseits, um die vorgesehenen empfindlichen Geldstrafen zu vermeiden." Auf diese Weise wird Südtirol kaum zur Brücke zwischen Italien und der deutschen Nation werden. Das glauben wir, hat Schober, der sich vor seiner Reise nach Rom mit Dr. Reut-Nikolussi beraten hat, dem Duce sicherlich vorgestellt.

Deutschnationale Journalistik

Berlin, 20. Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung des Haushaltausschusses erklärte Vorsitzender Scheidemann (Soz.), daß die „Deutsche Zeitung" vom 18. Febr., einen Artikel gebracht habe unter der Ueberschrift „Ein Skandal ohne Ende", in dem sie die Ausschußverhandlungen über den Youngplan und die Berichterstattung darüber als eine Irreführung und einen historischen Skandal bezeichnet. Die Annahme, daß der Artikel auf Grund von Indiskretionen eines Ausschußmitgliedes zustandegekommen sei, hat sich erfreulicherweise nicht als richtig herausgestellt. Vielmehr scheint sich der Vorgang so abgespielt zu haben, **daß sich der Vertreter der „Deutschen Zeitung" auf die Journalistentribüne geschlichen hatte, deren Tür durch ein Versehen des Reinigungspersonals des Reichstags kurze Zeit unverschlossen geblieben war.** Der Artikel gibt die Verhandlungen zum Teil ganz falsch, zum Teil entstellt wieder. Er ist geeignet, das deutsche Interesse auf das allerschwerste zu gefährden. Ich hoffe, daß Reichstagspräsident Löbe energisch durchgreifen und dem betr. Journalisten die Reichstagskarte entziehen wird.

Ein Spion als Hochstapler

Berlin, 20. Febr. (Eigene Meldung.) Durch die Festnahme eines internationalen Hochstaplers, die in Bonn vor einigen Tagen erfolgte, ist ein Geheimnis gelüftet worden, mit dessen Klärung sich die deutschen und viele ausländischen Behörden schon seit neun Jahren befassen. Die Bonner Kriminalpolizei wurde, nach einer Meldung der „Nachtausgabe", auf den Mann dadurch aufmerksam, daß er mit verschiedenen verdächtigen Personen Unterredungen hatte und unter Decknamen bei der Post Briefe in Empfang nahm. Bei seiner Verhaftung stellte es sich heraus, daß er mit einem gewissen Leon de Brus identisch ist, der seit 1921 unter mindestens 20 Namen viele Betrügereien in Deutschland, Italien, Frankreich und Oesterreich begangen hat. Man fand bei ihm 10 falsche Pässe auf alle mögliche Namen. Da erwiesen ist, daß de Brus Spionage betrieben hat, wurde er von Bonn nach Berlin gebracht. Nebenbei hat er große Betrügereien und Scheckschwindeleien verübt, die vor Jahren am Semmering bei Wien, dann in Italien, in Mannheim und verschiedenen anderen Orten begangen wurden. Der Verhaftete, der sich sehr gewandt verteidigt, bestreitet alle ihm zur Last gelegten Verbrechen.

Voruntersuchung gegen Böß abgeschlossen

Berlin, 20. Febr. Wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, hat am Mittwoch in der Voruntersuchung die Schlußvernehmung des Oberpräsidenten Böß durch den Kommissar des Oberpräsidenten, Oberregierungsrat Tapolski, stattgefunden. Das Material wird in den nächsten Tagen dem mit den Funktionen des Staatsanwaltsbeauftragten Oberregierungsrat Gaede zugehen, so daß in absehbarer Zeit die Entscheidung der Frage zu erwarten ist, ob es zu einer Anklageerhebung kommt. Zur Verhandlung hierfür ist der Bezirksausschuß Berlin zuständig. Als zweites Verfahren wird die Voruntersuchung gegen den Stadtkämmerer Dr. Lange abgeschlossen werden.

Kommerzienrat Meußdörffer gegen eine Kaution von 100000 Mark freigelassen

Nürnberg, 20. Febr. Oberstaatsanwalt Döll teilte der Presse mit, daß Kommerzienrat Meußdörffer, Kulmbach, gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 Mk. aus der Haft entlassen werde. Wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbüros erfährt, ist dieser Beschluß darauf zurückzuführen, daß 1. keine Verdunkelungsgefahr mehr besteht und 2. die beiden Arbeiter Schuberth und Popp ihr ursprüngliches Geständnis wiederholt haben. Sie erklären, sie seien tatsächlich in die Villa Meußdörffers eingedrungen und hätten Frau Meußdörffer erwürgt. Der Staatsanwalt habe sich daher auf den Standpunkt gestellt, daß die beiden unter Umständen mit dem Mord an Frau Meußdörffer irgendwie in Verbindung stehen. Was das sonderbare Verhalten Meußdörffers in der Mordnacht anlange, so habe nach rechtlicher Auffassung Meußdörffer sich in einer Art Dämmerzustand befunden, der auf seine Arteriosklerose zurückzuführen sein soll.

Die Leiche des Fliegers Eielson aufgefunden

Newyork, 20. Febr. Die Leiche des Fliegers Karl Eielson, der letzten November dem vor dem sibirischen Nordkap vom Eise blockierten Schiff „Nanuk" mit einem Mechaniker zu Hilfe geeilt und seitdem verschollen war, wurde unter den Trümmern seines Flugzeuges aufgefunden. Offenbar wurden die beiden Flieger beim Absturz ihres Apparates auf der Stelle getötet.

Der Kampf um die Abstriche

Dr. Sch. **Berlin,** 20. Febr. (Eig. Drahtber.)

Das Reichskabinett ist heute Abend zu einer Sitzung zusammengetreten, deren Ergebnis man in politischen Kreisen mit besonderem Interesse entgegensieht. Der Reichsregierung liegt die Aufgabe vor, den Etat für 1930 restlos fertig zustellen, das heißt, die Höhe derjenigen Einzeletats endgültig festzusetzen, über die eine Verständigung unter den Mitgliedern der Regierung bisher nicht erzielt werden konnte. Hier liegen die Schwierigkeiten in der Hauptsache bei Einzeletats, deren Forderungen so groß sind, daß die Minister der bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme für größere Abstriche an diesen Etats eintraten.

Der gegen sie aus diesem Grunde in der Oeffentlichkeit erhobene Vorwurf sozialreaktionärer Einstellung ist politisch unbegründet, denn diejenigen, die dafür eintreten, daß die für das Arbeitsministerium einzusetzenden Mittel in einem gesunden Verhältnis zu anderen Etats stehen müssen, gehen lediglich von dem unerfreulichen Stand der Finanzen aus, der es nicht erlaubt, alle die Forderungen zu erfüllen, denen man in normalen Zeiten nachkommen könnte.

Uebereinstimmung besteht jetzt lediglich darüber, daß das Restdefizit aus dem Jahre 1928 in den Schuldentilgungsfond einbezogen werden soll. Alle übrigen Deckungsvorschläge werden wechselseitig abgelehnt.

Heute hatten die sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen noch eine letzte Besprechung mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister über die **Sanierung der Arbeitslosenversicherung.**

Nach den Mitteilungen, die der Minister machte, ist es so gut wie sicher, daß von Seiten der sozialen Versicherungsträger im höchsten Fall mit einer Bereitstellung von 150 Millionen Mark für die Arbeitslosenversicherung gerechnet werden kann. Zur Deckung des restlichen Zuschußbedarfs von 100 Millionen Mark wurden auch heute wieder verschiedene Vorschläge gemacht, aber bei keinem dieser Vorschläge konnte eine Uebereinstimmung zustandekommen. Einmal wurde auf den Weg von Reformen hingewiesen. Ein weiterer Vorschlag des Reichsfinanzministers selbst läuft bekanntlich darauf hinaus, **die Reichsanstalt jetzt selbst mit der Aufgabe zu b[illegible], die zur Deckung des Defizits notwendigen Maßnahmen durchzuführen, wobei Erhöhungen der Beiträge oder Herabsetzungen der Leistungen nur mit qualifizierter Mehrheit zu beschließen seien.** Weiter wurde auf den Weg einer Beitragserhöhung zwischen ¼ und ½ Prozent und schließlich auf das bekannte einmalige Notopfer hingewiesen.

Da über alle Vorschläge große Meinungsverschiedenheiten bestehen, kann man gespannt sein, in welcher Richtung die Vorschläge des Reichsfinanzministers sowohl hinsichtlich der Deckung des Etatsdefizits wie der Aufbringung der Mittel der Arbeitslosenversicherung laufen werden.

Die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles

Berlin, 20. Febr. (Eigene Meldung.) Zu der vom Reichskabinett beschlossenen Erhöhung des Zolles auf Kaffe und Tee erfahren wir folgende Einzelheiten: Der Zoll auf Rohkaffee, der bisher 130 Mk. pro Doppelzentner betrug, wird auf 160 Mk. erhöht, für gebrannten und gemahlenen Kaffee von 175 auf 300 Mk., der Zoll auf Tee von 220 Mk. auf 350 Mk. Diese Erhöhungen bewegen sich im Rahmen der Ermächtigung, die durch das in der amtlichen Mitteilung über den Kabinettsbeschluß erwähnte Gesetz vom Jahre 1922 gegeben ist. Damals wurden die Zollmöglichkeiten auf allen anderen Gebieten ausgenutzt, während die Erhöhung auf Kaffee und Tee erst jetzt nachgeholt wird. Von zuständiger Stelle wird betont, daß aus der Erhöhung der Zölle kaum ein Rückgang des Konsums zu befürchten sei, weil die Preise in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium erwartet aus der Erhöhung des Zolles auf Kaffee eine Mehreinnahme von 46 Millionen Mark, auf Tee von 7 Millionen Mark. Dazu kommen noch 13 Millionen Mark aus der Nachverzollung der in Deutschland lagernden Bestände, sodaß die Mehreinnahme im ganzen für dieses Jahr auf etwa 60 Millionen Mark zu errechnen ist. Von der Nachverzollung bleiben Haushaltsbestände bis zu 5 Kilo frei. Im übrigen haben die Besitzer von Kaffee- und Teevorräten innerhalb einer Woche bei der Zollstelle ihres Bezirks ihre Bestände anzumelden. Für die Nachverzollung gelten dieselben Sätze wie für Neueingeführte Ware, sodaß also die Differenz zwischen den alten und den neuen Sätzen zu entrichten ist.

Im Banne der Turbine

Roman von A. Schöneberg.

(Copyright 1929 by Verlag Bechtold. Braunschweig.)

47

Wenige Tage nach der geheimnisvollen Vergiftung Weidenaus erkrankte auch Lyane Almansor schwer. Ihr Vater fand sie ohnmächtig in ihrem Zimmer liegen. Sie war beim Lesen einer Zeitung zusammengebrochen. Schon seit ihrer Rückkehr aus Paris war dem Vater die ungewöhnliche Veränderung seiner Tochter aufgefallen. Sie hatte ihn mit wachsender Sorge erfüllt. Er fürchtete ernstliche seelische Störungen, und in den letzten Wochen hatten sich die Anzeichen dazu immer mehr verdichtet. Ueber die Gründe des plötzlichen Zusammenbruchs brauchte er nicht lange nachzudenken, er fand sie in einer Zeitungsnotiz über die lebensgefährliche Erkrankung Weidenaus.

Die Zeitungen waren natürlich voll von Nachrichten über das mysteriöse Vorkommnis in Hohenkirchen. Der Vorfall war das gegebene Signal für die gesamte Presse, sich mit der Erfindung erneut zu beschäftigen. Sie tat das mit solchem Erfolg, daß der Kommerzienrat Almansor sein Verhalten Weidenau gegenüber ernstlich unter die Lupe nahm. Wären ihm die letzten Monate geschenkt worden, er wäre einen anderen Weg gegangen. Jedenfalls, er hatte es gut gemeint. Hätte er das gewußt, daß sein Kind tatsächlich tiefer für den Jugendgefährten fühlte, dann wäre von ihm aus nichts gegen eine Verbindung eingewendet worden. Der Junge fehlte ihm selbst mehr und mehr, und wenn er dieses Gefühl auch noch unwillig abschüttelte — es verneinen, hieß sich selbst betrügen.

Seine Abneigung hatte nicht der Person, sondern nur den Plänen Weidenaus gegolten. Die hielt er nach wie vor abwegig. Statt seine Arbeitskraft in den Dienst guter, erprobter Ideen zu stellen, vergeudete er sich an dieser Neukonstruktion. Die Weidenau-Turbine hatte ja nun einige Proben von Gebrauchsfähigkeit gegeben. Doch das besagte nichts. Wie manche Konstruktion war schon als leuchtender Stern über die Rennbahn gezogen, um mit den letzten Explosionsakten dieses einen Auftretens ihre Seele für immer auszuhauchen. Dieser würde es nicht anders ergehen.

Ob nun so oder so — an dem Geschehenen war nun doch nichts mehr zu ändern. Die Fusion der Almansorwerke mit der rheinischen Abteilung der Calmette-Automobilfabriken war eingeleitet. Der Abschluß stand allerdings noch in weiter Ferne. Die Leute von der Seine waren anmaßend und stellten Forderungen, die von ganz außerordentlicher Selbstüberschätzung zeugten. Doch das würde sich geben. Auch jenseits der Grenzpfähle wurde nur mit Wasser gekocht.

Unangenehmer blieb, daß der spätere Inhaber der vereinigten Werke, sein zukünftiger Schwiegersohn, ein Fremdhund schlimmster Art war. Frech, arrogant, aufgeblasen — und ohne jeden Schimmer von Arbeitslust und Verantwortungsgefühl. Der ging noch vor der Hochzeit durch seine Schule, oder der Teufel holte den Schwiegersohn.

Telegramme von Lyanens Erkrankung nach Paris jagten sich gegenseitig. Billige Wünsche zur baldigen Genesung kamen als Antwort, eifrige Nachfragen nach ihrem Befinden, Geschenke in Ueberlast. — Der Bräutigam selbst kam nicht.

Lyane vermißte ihn nicht. Nie erwähnte sie ihn mit einer einzigen Silbe. Seine Geschenke wollte sie nicht sehen. Die Blumen, die in seinem Auftrage gebracht wurden, ließ sie aus dem Zimmer entfernen. Eineinhalbe Woche rang Lyane in schwerem Nervenfieber mit dem Tode, dann hatte das Leben sie wieder. Doch langsam, überlangsam ging sie der endgültigen Genesung entgegen. Den Vorfrühling verbrachte sie an der Riviera. Aber auch der köstliche Rivierafrühling vermochte Lyane die alte Fröhlichkeit nicht wieder zu verleihen. Unausgesprochenes lastete auf ihrer Seele.

Es war, als trüge sie die Schuld. — — —

Weidenau erholte sich rasch ohne Riviera. Er hatte keine Zeit, krank zu sein. Acht Tage freilich fesselte ihn die furchtbare Erschlaffung des gesamten Organismus ans Bett, und noch weitere zehn Tage hielt ihn der Arzt gewaltsam im Krankenhaus zurück. Jede freie Stunde verbrachte Lina Heidewald an der Seite des Geliebten. Der warnte sie lachend, sich nicht restlos an ihn zu binden. „Ich bin ein ausgesprochener Pechvogel," pflegte er zu sagen, „einem solchen Tierchen muß man zehn Schritte vom Leibe bleiben."

Doch Lina schlug seine Warnungen lachend in den Wind und sagte: „Um so mehr hat er einen Glückspilz nötig, der ihm das Pech vom Leibe hält." Sie teilte die Befürchtungen ihres Verlobten, daß Lyane die Täterin gewesen sein könnte, nicht. Der Gedanke, daß ein Weib aus verschmähter Liebe zur Giftmörderin werden könnte war ihr zu furchtbar. Ihre Gedanken gingen eine andere Richtung. Immer wieder rätselte sie an den Ereignissen der Vergangenheit herum, jenem mißglückten Rennen auf der Avus und dem Brand des Fahrzeuges in Monthlery. Sie gab sich nicht mit den nackten Tatsachen zufrieden. Mit dem feinen Ahnungsvermögen des Weibes witterte sie Motive, deren Wurzeln sie nicht kannte. Sie fragte so lange, bis sie auch das letzte, das Weidenau von dem Grafen Hohensieven wußte, herausgebracht hatte.

„Der Graf ist ein Schuft!" sagte sie überzeugt. Von dieser Meinung ließ sie sich durch nichts abbringen. „Der Graf ist das Werkzeug einer Stelle, von der auch die vergifteten Marken kamen." — Warum? Weshalb? Auf diese Fragen fand sie keine Antwort. Weidenau wollte sich den Grafen für das Erstlingsrennen seiner neuen Turbine sichern. „Dann fahre ich nach Berlin!" sagte seine Braut entschlossen, „und der angebliche Graf ist mit dem Teufel im Bunde, wenn ich nicht herausbringe, in wessen geheimem Auftrag er handelt."

Weidenau wehrte erschreckt ab. Seine Braut nach Berlin?! Das Mädchen aus dem Landstädtchen allein auf dem Pflaster der Großstadt?! Da überschätzte seine Braut sich selbst und unterschätzte die Gefahren.

Vorläufig wurde von der Angelegenheit nicht mehr gesprochen. Andere, näherliegende Sorgen drängten: Geld, Geld und immer wieder Geld! lautete die Forderung der Stunde. Die Konstruktion verschlang Tausende in erschreckend kurzer Zeit. An dem einen Fahrzeug hatte er über zwei Jahre gebaut, und dann hatte er seine Motorradfabrik ja auch glänzend dabei zugrunde gerichtet.

Das fehlende Kapital wurde aufgebracht. Lina Heidewald beschaffte es. Ihr Wahlspruch war: Rede, rede, rede! Sie ließ keinen einzigen Geschäftsbekannten unberedet. Man war allgemein für Weidenau eingenommen, den Rest der Zweifel beseitigte sie mit den Ausführungen der gesamten deutschen Presse, Ausführungen, die sie zum Teil selbst geschrieben hatte.

Ein Zufall hatte sie zu dieser Verdienstmöglichkeit geführt. Findige Presseleute, die an Weidenaus Werkstatt ohne Wissen abgezogen waren, hatten sich an Lina gewandt und, als sie auch dort kühle Zurückhaltung fanden, sogar mit Geldversprechen gearbeitet. So ein kleines, dummes Ladenmädel mußte doch einem Trinkgeld zugänglich sein!

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

„Ein neuer Savonarola?"

Eine Klarstellung zum Fall Ude

Von Prof. Kabelka-Graz.

Wir geben hier eine Zuschrift aus Oesterreich wieder zu einem von uns gebrachten Artikel und verweisen auf unsere Bemerkungen am Schluß. D. Schr.

Unter der Ueberschrift „Ein neuer Savonarola?" brachte die Samstag-Nummer Ihres Blattes vom 25. Januar l. J. einen längeren Artikel, der im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit einer Klarstellung bedürftig ist. Wir möchten uns auf das rein Sachliche des Falles beschränken und dazu folgendes feststellen:

Nach unserer Kenntnis der Dinge — sie stützt sich auf genaue Einsicht in die Materie — ist in der Motivierung des im Dezember v. J. von der österreichischen Bischofkonferenz über Prof. Dr. Ude in Graz verhängten Predigt- und Redeverbotes nur ganz allgemein davon die Rede, „daß der Grazer Theologieprofessor, trotz wiederholter Mahnung zur Mäßigung in Wort und Schrift verschiedentlich Anlaß zu ernsten Beschwerden gegeben hat" — siehe Erlaß des Fürstbischofs von Seckau, Dr. Pawlikowski, vom 27. Dezember 1929. Spezielle Gründe werden nicht genannt. Es geht daher wohl nicht an, wie es in dem oben zitierten Artikel geschieht, ohne weiteres Udes als „hyperradikal" stigmatisierte Stellung zur Alkohol- und Nikotinfrage bzw. seine Einstellung zur Bekämpfung der Prostitution und ähnlichen Fragen für seine Maßregelung verantwortlich zu machen. Wenn in der — wir wissen nicht von welcher Seite inspirierten — Darstellung vom 25. Januar behauptet wird, daß Prof. Ude bei der Erörterung der genannten Probleme mehrfach in offenbaren Gegensatz zu kirchlichen Lehren geriet so wird dafür nicht der geringste Beweis erbracht: Soweit hier zunächst auf Udes Bemerkungen zum Schreiben des früheren Nuntius Pacelli an den deutschen „Kreuzbund" Bezug genommen wird, muß festgestellt werden, daß Udes Kritik sich dagegen wendete, daß mißverständliche Redewendungen in dem betreffenden Schreiben in den Zeitungen vom Alkoholkapital zu gunsten der Alkoholinteressenten ausgebeutet werden; im übrigen stellte und stellt sich Prof. Ude nach wie vor zur Alkoholfrage rückhaltlos auf den Boden der Grundsätze, wie sie der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 10. Juni 1927 ausgesprochen hat. Was dann die Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit anlangt, ist es uns nicht bekannt, daß Prof. Ude auf diesem Gebiete irgendwie gegen kirchliche Lehren verstoßen hätte. Hat doch der Hl. Vater Papst Benedikt XV. in seinem Schreiben vom 8. Dezember 1921 dem Grazer Professor für spekulative Dogmatik und christliche Ethik für dessen Arbeiten auf diesem Gebiete seinen besonderen Dank ausgesprochen und insbesondere den Wunsch ausgedrückt, daß die von Prof. Ude diesbezüglich verfaßten Broschüren, die darauf abzielen, an Hand der Grundsätze des katholischen Glaubens und der gesunden Vernunft die dringendsten und umstrittensten Fragen zu erläutern", möglichst gefördert werden mögen. Auch hohe Kirchenfürsten haben wiederholt gerade die Bestrebungen des von Prof. Ude gegründeten und geleiteten Vereines „Oesterreichische Völkerwacht", der speziell auf dem Felde der Bekämpfung der öffentlichen Unsittlichkeit, insbesondere auch der Prostitution segensreich tätig ist, warm anerkannt. Es ist also wohl nicht anzunehmen, daß es sich bei Prof. Udes Tätigkeit punkto Alkoholismus, Bekämpfung der Unsittlichkeit u. dgl. um einen Gegensatz zur kirchlichen Lehre handeln kann. Vollkommen aus der Luft gegriffen ist ferner die Behauptung, daß Prof. Ude jemals gegen Beschlüsse der österreichischen Bischofskonferenz eingetreten ist. — Schließlich wird dann noch darauf hingewiesen, daß der letzte — wenn auch nicht einzige — Grund für Udes Maßregelung gewisse Artikel im „sattsam bekannten" „Neuen Volk" geboten hätten. Wie unbedacht hier vorgegangen wird, erhellt schon daraus, daß bei dem sicherlich sehr bedauerlichen Konflikt zwischen Prof. Dr. Ude und Fürstbischof Dr. Ferd. Pawlikowski nicht Aufsätze in dem (in diesem offenbar gemeinten) von Vitus Heller herausgegebenen Würzburger „Neuen Volk", sondern die Wiedergabe einer Rede Prof. Udes in einer Wiener Zeitschrift gleichen Namens (Herausgeber der bekannte österreichische Sozialreformer Anton Orel) eine gewisse Rolle spielt. In dieser Rede, die Prof. Ude über das beklagenswerte Thema: „Die Bedeutung der Eucharistie für das soziale Leben der Katholiken" im Grazer Vogelsang-Bund bereits vor 2½ Jahren gehalten hatte und die dann später im Oktober 1927 im Wiener „Neuen Volk" abgedruckt war, hatte Prof. Ude — das sei hier freimütig zugegeben — in der Tat die These vertreten, daß die hl. Eucharistie darum für die geistige Erneuerung so wirkungslos bleibe, weil Priester und Laien wegen Vernachlässigung ihrer sozialen Pflichten vielfach unwürdig kommunizieren. — So sehr man nun Prof. Ude darin zustimmen muß, wenn er darauf Gewicht legt, daß für den würdigen Empfang der hl. Kommunion auch die Erfüllung der Forderung des Apostels im 1. Korintherbrief 11, 27—31 in Hinsicht auf Matth. 25, 31—46 ernsteste Beachtung verdient, so geht es auch anderseits zweifellos zu weit, wenn Prof. Ude in seinem seinerzeitigen Vortrag bzw. Aufsatz die Ansicht vertreten hatte, daß viele Katholiken wegen Nichtbeachtung bzw. wegen nicht genügender Beachtung dieser Forderung unwürdig kommunizieren: das wäre ja nur dann der Fall, wenn alle Kommunionempfänger in voller **Erkenntnis der Schwere ihrer Verpflichtungen sich freiwillig darüber hinwegsetzen** würden, eine Voraussetzung, die sicherlich nicht immer gegeben ist. — Dieselbe Feststellung die hier Prof. Ude gegenüber gemacht werden muß gilt auch für die von Udes Mitarbeiter, Herrn Miller-Aichholz verfaßten 12 Studien, die ihrem Inhalt nach in derselben Richtung sich bewegen wie Prof. Udes Darlegungen punkto Eucharistie und soziale Verpflichtungen. Diese Studien — das muß hier ergänzend bemerkt werden — verdienen in diesem Zusammenhange deshalb besondere Erwähnung, weil sie es waren, die in der im Oktober 1929 zwischen Prof. Ude und Fürstbischof Pawlikowski stattgefundenen Unterredung eine besondere Rolle spielen: Hat doch Prof. Ude auf eine diesbezügliche Frage seines Ordinariats die Erklärung abgegeben, daß er sich „im Meritorischen" mit Millers Studien einverstanden erkläre, eine Erklärung die Prof. Ude bedauerlicherweise wegen des zu heftigen Auftretens des Bischofs bei der auch in Ihrem Artikel erwähnten Audienz nicht näher zu präzisieren in der Lage war. Allem Anschein nach war es um diese von Prof. Ude in der Unterredung mit Fürstbischof Pawlikowski abgegebene Erklärung, die einen Hauptgrund dafür bildete, daß in der Ende November in Wien stattgefundenen österreichischen Bischofskonferenz ein Predigt- und Redeverbot über Prof. Ude verhängt wurde. Ist nun der Konflikt zwischen dem als sozialen Apostel in ganz Oesterreich und weit darüber hinaus bekannten Priester und seiner vorgesetzten kirchlichen Behörde gewiß sehr betrüblich, so ist es nicht minder bedauerlich, daß eine Presse, die nicht der Wahrheit, sondern der Sensation dient, den Fall in einer Weise aufmacht, der nicht der Sache dienlich ist. — Zudem dürfte die sensationslüsterne Presse, die aus dem Fall Ude einen zweiten Fall Wittig, wenn nicht gar einen Fall Luther konstruieren möchte, doch nicht ganz auf ihre Rechnung kommen. Durch eine Erklärung, die Prof. Ude vor einiger Zeit seiner kirchlichen Behörde, die in der Sach kompetent ist, übermittelt hat, hat der Grazer Theologieprofessor, dessen Affäre in den letzten Wochen soviel Staub aufgewirbelt hat, seine Auffassungen, insofern es sich um Übertreibungen und Unrichtigkeiten handelt, einer entsprechenden Korrektur unterzogen. In der ganzen Angelegenheit ist damit eine neue Situation geschaffen, und so dürfen wir wohl erwarten, daß auch die kirchlichen Behörden, nachdem die Voraussetzung für die Maßregelung hinfällig geworden ist, zu einer Revision ihrer Entscheidung schreiten werde . . . Jedenfalls können wir Katholiken, ohne auf das Poltern der freisinnigen und gegnerischen Presse zu achten, ruhig der Klärung der Dinge entgegensehen.

* * *

Dazu möchten wir im Einverständnis mit der Stelle, die uns in dieser Angelegenheit bedient hat, folgende Bemerkungen machen:

Die Berichtungen Professor Kabelkas heften sich u. E. an Belanglosigkeiten, lassen aber den Kern der Sache unberührt. Gleich anfangs gibt Professor Kabelka selbst zu, daß in der Begründung des erzbischöflichen Rede- und Predigtverbotes gesagt werde, und zwar ganz allgemein, daß der Grazer Theologieprofessor trotz wiederholter Mahnung zur Mäßigung in Wort und Schrift verschiedentlich Anlaß zu ernsten Beschwerden gegeben hat. Wer die Veröffentlichungen und Verlautbarungen Professor Udes in ihrer Gesamtheit kennt, wird kaum in Zweifel sein, daß das getadelte Uebermaß gutteils auf die genannten in sich wohlgemeinten Aeußerungen in den angezogenen Fragen sowie die sozialreformerischen Übertreibungen Udes Bezug nimmt. Daß Prof. Ude wegen dieser Dinge mehrfach Verwarnungen erhielt, aber nicht beachtete, wird uns als Tatsache bezeichnet. Zudem hat die amtliche Darstellung der Konferenz Udes vor dem Grazer Erzbischof ausdrücklich die Feststellung: „Nebenbei wurden in der Audienz auch die schweren Angriffe Dr. Udes gegen den Nuntius Pacelli zurückgewiesen". Das sieht doch nach etwas mehr aus als bloßer Kritik an dem Mißbrauch des Alkoholkapitals mit den Kundgebungen des apostolischen Nuntius. Man kann mit den Bestrebungen Udes im Kampfe gegen Alkohol, Prostitution usw. im Prinzip durchaus einverstanden sein und doch Uebertreibungen dabei als tadelnswert — wie übrigens Prof. Kabelka selbst durchblicken läßt — ansehen, selbst der Meinung sein, daß sie das Eingreifen der kirchlichen Obrigkeit nötig machten, auch dann noch, wenn Belobigungen höchster kirchlicher Stellen aus früheren Jahren vorliegen. In unserem Artikel waren wir aber nicht einmal bis zu dieser Behauptung vorgeschritten, sondern hatten diese „Uebertreibungen bloß zu jenen, die auch nach Kabelka den wirklichen Konflikt hervorriefen, jenen des „Neuen Volkes" über die Kommunionfrage, als beleuchtend in Beziehung gesetzt.

Zugegeben, daß für uns Deutsche sodann eine Verwechslung mit dem Würzburger „Neuen Volk" des Herrn Vitus Heller nahe gelegt war — die nähere Kennzeichnung als „Wiener Neues Volk" ist nur durch ein Versehen weggeblieben. — Dieses Versehen ist angesichts der inneren Verwandt-

Forscher und Diktatur

Zum 65. Geburtstag des Forschers Sven Hedin

Sven Hedin, der berühmte schwedische Entdeckungsreisende, feierte am 19. Februar seinen 65. Geburtstag. Wenn er an diesem Tage auch fern in Asien weilte so gedachte seiner doch die gesamte Wissenschaft und literarisch interessierte Welt. Wir haben von diesem Forscher bereits viele Bücher vorliegen, die nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die Allgemeinheit von Bedeutung sind. Eines der interessanten ist sein Buch „Auf großer Fahrt, meine Expedition mit Schweden, Deutschen und Chinesen durch die Wüste" das im Verlage von F. A. Brockhaus erschien. (Preis 13 und 15 Mk.) Mit Genehmigung des Verlages bringen wir aus diesem Werke einen Abschnitt, der nicht nur den Forscher, sondern auch seine Personen und die von ihm besuchten Landstriche beleuchtet.

Wie er einen Besuch bei dem Diktator Marschall Yang schildert, ist nicht ohne Interesse zu lesen. Nun waren wir, schreibt er, in Urumtschi, der Tihwa der Chinesen der Hauptstadt des mächtigen Yang Tseng Hsin und die vollen zwei Monate, die ich und einige Herren des Stabes hier verbrachten, wurden für die weitere Entwicklung der Expedition von großer Bedeutung. Larson und seine Kolonne langte erst am 8. März bei uns an.

Nachdem wir die üblichen Verpflichtungen reisender Gäste nachgekommen waren, unsere Ankunft angemeldet und unsere Visitenkarten abgegeben hatten, wurde ich ersucht, mich mit den bereits anwesender Herren der Expedition am 29. Februar um 12 Uhr beim Generalgouverneur einzufinden. Jetzt sollten wir also auf Herz und Nieren geprüft werden.

Durch den grundlosen Schlamm der Straßen, in dem während unseres Aufenthaltes zwei Pferde ertranken und auch Kinder umgekommen sein sollen, fuhren wir in einer Reihe kleiner blauen Karren, Chinas Mietdroschken durch die Hauptstraße der weißrussischen Niederlassung durch türkische Stadtteile und die gewaltigen Mauertore der Chinesenstadt zum Yamen, einer Gruppe roter Häuser mit dazwischenliegenden Höfen, von deren Allerheiligstem aus die riesige Provinz regiert wird. Wir hatten zwei viereckige Höfe zu überqueren, ehe wir die Audienzhalle erreichten. Am Portal standen Posten und präsentierten das Gewehr. Im Vestibül empfing uns der Machthaber von Sin-kiang, umgeben von seinen Ministern Fan Darin und Liu Darin und einigen Offizieren sowie den Soldaten seiner Leibwache.

Hier standen wir nun von Angesicht zu Angesicht dem Selbstherrscher gegenüber, der uns an der Ostgrenze seiner Provinz mit so eisiger Kälte entgegengetreten war und der, wenn es ihm eingefallen wäre, unsere Pläne vereitelt und uns hätte zwingen können, umzukehren. Er wollte sehen, wie wir aussahen, ob wir Gentlemen oder Banditen wären. Ohne eine Miene seines Gesichtes zu verziehen, musterte er uns der Reihe nach mit durchdringenden Blicken und begrüßte jeden einzelnen mit einem weichen, warmen Händedruck und einer kaum merklichen Verbeugung. Es war nicht zu verkennen, daß er der Mann war, der hier im Lande die Macht hatte, und daß wir nur armselige Gäste waren, abhängig von seiner Gnade und seinen Launen.

Nachdem der Marschall seine erste Musterung beendet hatte, reichte er mir die Hand und bat mich und die übrigen Gäste, ihm zu folgen. Wir durchschritten zwei kleinere Gemächer und betraten den Speisesaal, einem länglichen weißverputzten Raum, der zum größtenteil von einem langen Tisch eingenommen wurde. Hier ließ er sich in der Mitte der Langseite nieder und bot mir den Platz gegenüber an. Zu seiner Rechten saß sein russischer Dolmetscher und langjähriger Vertrauter der Tartare Burkhan aus Kasan und zur Linken sein bester Freund und erster Würdenträger, der Unterrichtskommissar Liu Darin. Hinter ihm stand ein wohlbeleibter Major mit schwarzem Schnurrbart und freundlichem Aussehen, der ihn in und außer dem Hause wie ein Leibtrabant begleitete und nie in seiner unmittelbaren Nähe fehlte. Links von ihm saß Professor Siu Ping Chang.

Auf dem Tisch prangten Torten, Kuchen, Konfekt — alles von dem weißrussischen Zuckerbäcker gebacken, —, Zigaretten und Flaschen. Bediente reichten Kognak und Weißwein. Vor Yang lag eine dicke Aktenmappe mit Papieren Briefen und Telegramme, die unsere Expedition betrafen. Er blätterte in den Akten, nahm einen Brief heraus und reichte ihn Professor Siu. Dabei äußerte er: „Dieser Brief von einem nationalistischen Studenten in Peking kam vor einigen Monaten hier an und ist an den Studenten Li gerichtet. Die Zensur übergab ihn mir als sehr verdächtig. Da darin von Truppen die Rede ist, die nach der Ostgrenze von Sinkiang vorrücken, werden Sie verstehen, daß ich vorsichtig sein mußte. Deshalb gab ich Befehl, Sie genau zu untersuchen, als Sie sich Hami näherten."

Siu las den Brief und überreichte ihn mir. In dem Schreiben kam die Wendung vor. Ich beglückwünsche Euch dazu, daß Ihr zweihundert Soldaten in Eurer Karawane habt — ein Scherz, der nicht böse gemeint war, wie er klang. Militärische Begleitmannschaft hatten wir ja nur in der ersten Woche auf dem Marsch durch die Räubergegenden gehabt.

Nun wurden die Sektgläser gefüllt. Yang erhob sich in seiner ganzen Größe und hielt eine Rede, die Burkhan übersetzte. Er hieß uns in Tihwa willkommen, einer Stadt, deren schmutzige Straßen ein Bild der jetzigen politischen Verhältnisse in China seien. „Es ist ein Segen für die Wissenschaft, für Sinkiang und für ganz China, daß Sie meine Herren, hierher gekommen sind. Sie werden unserer großen Provinz ihre Geheimnisse entlocken, kostbare Metalle und Kohlen finden und unsere Lehrmeister sein bei unserm Versuchen, den Wohlstand von Sinkiang zu heben. Ich sehe es als einen Vorzug an, Ihre Bestrebungen auf jede Weise zu erleichtern."

In meiner Antwort dankte ich dem Gouverneur für die großartige Gastfreundschaft, die er uns schon erwiesen hatte, und für sein Versprechen, uns seine mächtige Hilfe angedeihen zu lassen. Der Ruf seiner ausgezeichneten Regierung in der Ordnung und Sicherheit, die er aufrechterhalte, sei schon in Peking zu uns gedrungen, und auf der Reise von Hami hierher hatten wir einen lebhaften Eindruck davon erhalten, daß dieser Ruf wohlbegründet sei. Während einer Zeit, wo die ganze Welt in Gärung war, wo ein Weltkrieg raste, und wo in China noch immer der Bürgerkrieg herrsche, habe er Frieden und Ordnung in seiner Provinz aufrechterhalten und dadurch der ganzen Erde ein Vorbild gegeben. Wir hofften, durch unsere Arbeit ihm, der Wissenschaft und Sinkiang von Nutzen sein zu können, und wir würden es uns als Verdienst anrechnen, wenn wir in irgendeiner Weise zum Wohlstand der Provinz beitragen könnten.

Es herrschte eine angeregte, frohe Stimmung an der Tafel. Professor Siu sprach im Namen unserer Chinesen warf einen geschichtlichen Rückblick auf die Lage in China vor zweitausend Jahren und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sein Land jetzt eine neue Blüte erleben möge und vor allem Einigkeit und Zusammenhalt zwischen allen Provinzen.

Yang Tsen Hsin verriet im Gespräch mit erstaunlicher Offenheit seine Ansichten über den Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen Generalen. Ich reichte ihm Marschall Tschang Tso Lins eigenhändiges Schreiben, das jetzt über ein Jahr alt war. Er las es, ohne eine Miene zu verziehen, äußerte sich dann aber nicht gerade günstig über den Marschall, der Yangs Meinung nach, nur um des eigenen Vorteils willen kämpfte. „Er denkt nicht an Frieden und das Glück des Volkes, die dagegen mein einziges Ziel hier in Sinkiang sind." Jetzt, wo ich dies schreibe, sind beide von Mörderhand gefallen.

Wir wußten, daß Yang ein gelehrter und kenntnisreicher Mann war. Seine Lebenserinnerungen hatte er in dreißig Bänden drucken lassen, und er machte noch immer täglich Aufzeichnungen über sein Leben und die Verwaltung seiner Provinz. Er hegte daher große Achtung vor allen, die Bücher schreiben, und um mir eine Artigkeit zu sagen, erklärte er mir, er wisse, daß ich mehrere Werke herausgegeben hatte, nicht zuletzt über die Geographie von Sinkiang.

Ein chinesisches Festessen dauert volle drei Stunden, und die ganze Zeit sitzt man zu Tisch. Als wir uns schließlich erhoben, um nach Hause zu fahren, begleitete uns unser Gastgeber artig über beide Höfe, verbeugte sich und wartete, bis wir in unseren Wagen Platz genommen hatten. In Urmutschi hieß es allgemein, Yang habe noch nie europäische Reisende mit solcher Liebenswürdigkeit und Höflichkeit empfangen wie uns. Bei einer späteren Gelegenheit sagte er zu mir: „Ihre Expedition ist die letzte aus Europa, der ich erlaube, in meiner Provinz zu reisen. Ich werde allen die hinfort versuchen werden, hierherzukommen, die Grenzen sperren. Doch Sie können bleiben, solange Sie wünschen . . ."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

schaft beider Blätter, wie sie jetzt wieder die Kundgebung der österreichischen Bischöfe zur sozialen Frage hervorheben mußte, für die Beurteilung des Vorgehens Udes und seines Erzbischofes nicht von so wesentlicher Bedeutung, als Prof. Kabelka es hinzustellen beliebt.

Worauf es in unserem Artikel ankam, war lediglich, aus der Charakterisierung Professor Udes zu erhärten, daß es sich bei dem Konflikt doch nicht, wie die liberale österreichische Presse und ihr folgend reichsdeutsche Blätter wie Kölner und Frankfurter Zeitung glauben machen wollten, um brutale Unterdrückung eines edlen aufrechten Mannes handele — wobei wir diese Eigenschaften Prof. Ude keinen Augenblick streitig machen wollten —, sondern um einen Schritt, zu dem der Betroffene durch sein eigenes Verhalten durchaus genügend Anlaß gegeben hat. Wir werden auch gern von der Tatsache Kenntnis nehmen, daß Prof. Ude durch loyale Schritte, sei es bei seinem Erzbischof, sei es in einem Beschwerdeverfahren in Rom, zu dem er ein gutes Recht hat, den Konflikt beseitigt.

Aus der Sache einen Fall Wittig oder gar Luther zu konstruieren, lag uns fern, wie ja auch die „Sensation" nicht von uns geschaffen wurde, sondern von jenen Blättern, die wie „Grazer Tagblatt" die ersten „Berichte von Augen- und Ohrenzeugen über die sensationelle Audienz Professors Udes bei seinem Erzbischof" in die Welt setzten.

Baden

Sowjetistische Ableugnungsmanöver

Die Sowjetpresse hat ein Interview mit dem griechisch-orthodoxen Metropoliten Sergius veröffentlicht, wonach es in der Sowjet-Union überhaupt keine Religionsverfolgung gäbe, wonach die Kirchen auf ausdrücklichen Wunsch der Bevölkerung selbst geschlossen worden seien, wonach keine Priester verfolgt wurden, es sei denn, sie hätten sich eines Staatsverbrechens schuldig gemacht. Der Metropolit Sergius ist der Führer jener orthodoxen Kirche, die sich dem Bolschewismus verschrieben und ihm unter Aufgeben von religiösen Grundsätzen allerlei Zugeständnisse gemacht hat — also mehr oder weniger ein Werkzeug in der Hand der Sowjets, wie übrigens seine Erklärung, die zum Teil rein bolschewistisch politisch ist, nicht religiös-kirchlichen Charakter hat, beweist. Die Dementierungsversuche werden deshalb auch z. B. in der italienischen und tschechoslowakischen Presse als schamlose Ableugnungen bezeichnet. Aber abgesehen davon, braucht man nur die „Rote Fahne" vom 16. Februar in die Hand zu nehmen, in der gleichzeitig mit dem Interview die Reproduktion einer Fotographie mit folgender Unterschrift und folgendem Begleittext zu finden ist:

Die Pfaffen sterben aus....

Unser Bild zeigt Soldaten der Roten Armee, die die Kirche des Simonow-Klosters ausräumen. Im Laufe der letzten drei Monate wurden in Rußland 180 Kirchen und etwa 200 Moscheen und Synagogen geschlossen. Am 22. Januar, dem Todestage Lenins, wurde das Simonow-Kloster am Moskwa-Ufer in Moskau zerstört. 5000 Arbeiter widmeten einen freiwilligen Arbeitstag der Säuberung der gesprengten Baufläche, auf der für 5 Millionen Rubel ein Palast proletarischer Kultur errichtet werden wird. Allerdings sind neben den Pfaffen auch die konkordatswütigen Sozialdemokraten auf den Aussterbeetat gesetzt worden.

Das ist natürlich ein Regiefehler der „Roten Fahne". Sie wird nunmehr Moskaus Kommando abwarten müssen, um diesen Fehler wieder gutzumachen und davon zu schreiben, daß in Rußland die schönste Glaubensfreiheit herrscht, daß die Sowjetisten gar nicht an eine Christenverfolgung denken.

Nationalsozialistische „Volksaufklärung"

Vor den Landtagswahlen hat ein nationalsozialistischer Führer in einer Versammlung erklärt, daß sie die Abgeordneten-Freikarten dazu benützen werden, um im Lande herumzureisen und das Volk aufzuklären. In welcher Weise diese „Aufklärung" erfolgt, dafür bringen die zahlreichen Werbeversammlungen, welche jetzt stattfinden, immer neue Beweise. Keine verläuft, ohne daß den Zuhörern die dicksten Lügen, Beschimpfungen der Gegner, des Reiches, des Landtags und der Minister vorgesetzt werden. Von einer sachlichen Behandlung irgend einer Frage keine Spur. Das können und wollen diese Burschen ja auch gar nicht, denn erstens fehlt ihnen jede Sachkenntnis und zweitens kommt es ihnen gar nicht darauf an, den Leuten die Wahrheit zu sagen, denn sie wollen hetzen und nur hetzen.

Da hat am 2. Februar eine Versammlung in Gauangelloch stattgefunden, bei der der Nationalsozialist, Kaufmann Plattner, gegen das Zentrum losfegte und u. a. sagte, das Zentrum wäre in der Lage gewesen, zusammen mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, dann hätte man den Minister Remmele dorthin entlassen können, wohin er gehört. Es genügt, diesen Unsinn niedriger zu hängen. Der gleiche Redner bezeichnete den Landtag als eine Krach- und Schwatzbude. Scheinbar ist von Herrn Gauleiter Wagner die Parole ausgegeben worden, den „christlichen Charakter der Nationalsozialistischen Partei" in den Versammlungen hervorzuheben, denn das geschieht jetzt überall. Auch Plattner betonte, daß die Nationalsozialistische Partei auf dem Boden des positiven Christentums stehe. Heute könne man keinen Kulturkampf brauchen. In Wirklichkeit ist der Nationalsozialismus absolut liberal-kulturkämpferisch und katholikenfeindlich eingestellt. Das läßt sich jederzeit beweisen.

Selbstverständlich fehlte es auch in dieser Versammlung nicht an der üblichen **Hetze gegen die Juden.** Plattner sagte, die Nationalsozialisten wollten vor allem die Ausweisung der ostgalizischen Juden und bemerkte dazu recht geschmackvoll, sie wollten die Juden nicht aufhängen und totstechen, denn sonst hätten sie ein ganzes Jahr Arbeit. Die Gemeinheit der Gesinnung, die aus einer solchen Aeußerung spricht, ist kennzeichnend für den Geist in der Nationalsozialistischen Partei. Dann kam aus dem Munde des Plattner die unsinnige Behauptung, wenn die Juden die Wohnungen leer machen würden, könnte die Gebäudesondersteuer aufgehoben werden und die Wohnungsnot wäre behoben. Für die Verwaltung der Gebäudesondersteuer allein seien 58 000 Beamte notwendig, die 200 Millionen Mark kosteten. Man muß sich nur wundern, daß das Publikum sich einen derart blödsinnigen Schwindel vorsetzen läßt.

Die ordinäre Gesinnung dieses nationalsozialistischen Hetzers spricht auch aus seinen Auslassungen über den Herrn Minister Dr. Remmele, von dem er sagte, man werde ihm einmal 250 Mk. als Fahrgeld und ebensoviel Zehrgeld geben und ihn wieder in die Walzmühle nach Ludwigshafen schicken und an die Mühle einen Brief schreiben, sie möchte ihn wieder als Müllerburschen einstellen. Jeder anständig Denkende kann vor einer solchen Art der Bekämpfung des politischen Gegners nur Ekel empfinden.

Aus Bruchsal erfahren wir, daß dort am 9. Februar der Gaugeschäftsführer Kramer behauptet hat, Reichsminister Dr. Wirth hätte im Haag anläßlich der dortigen Verhandlungen erklärt, wenn Frankreich in dem Fall daß Deutschland nicht mehr bezahlt, allein einmarschieren wolle, so könne es das tun. Der Engländer habe dann gesagt wenn der Deutsche das sagt, so brauchen wir nichts dagegen sagen. Jeder, der die Verhandlungen verfolgt hat, weiß, daß das aufgelegter Schwindel ist. Vielmehr ist es Dr. Wirth gewesen, der sich mit aller Entschiedenheit und mit größtem Erfolg gegen jede Sanktion gewendet hat. Die nationalsozialistische Lügenpropaganda ist im höchsten Maße verächtlich.

Der gleiche Redner sagte, wenn es zu einer Reichstagsauflösung käme, wäre es möglich, daß eine rein nationalsozialistische Regierung kommt. Dann würden in Berlin nicht mehr 500 Abgeordnete ihre Diäten veressen und vertrinken, sondern an der Spitze stehe dann Adolf Hitler, der sagt, wie es gemacht wird. Es komme dann die Ausübung einer strengen Gewalt! Heil!

In der gleichen Versammlung hat auch der Abg Roth von Liedolsheim gesprochen. Er leistete sich eine unerhörte Beschimpfung des Landtages, indem er sagte: **„Man hat uns schon gesagt, daß wir nicht hineinpassen in den badischen Landtag, denn ein Pferd paßt nicht in einen Schweinestall. Aber ich sage hierzu: einen Schweinestall kann man nicht mit Glacehandschuhen ausmisten."** Daraus ergibt sich jedenfalls, daß Herr Roth von einem Schweinestall mehr versteht als vom Parlament.

Am 4. Februar hat, wie wir aus Kehl erfahren, der Abg. Wagner dort in einer nationalsozialistischen Versammlung geäußert, **er lehne es ab, auf eine so niedrige Stufe wie Minister Remmele herabzusteigen.**

Wir begnügen uns, diese Auslassungen nationalsozialistischer Abgeordneter niedriger zu hängen. Zu ihrer Kritik fehlt jeder parlamentarische Ausdruck. Aber eine andere Frage tut sich auf. **Muß sich der Landtag und müssen sich Mitglieder einer Regierung, hinter der über eine halbe Million Wähler steht, solche ordinäre Beschimpfungen und Verdächtigungen gefallen lassen?** Wohin kommen wir mit der Staatsautorität, wenn jeder Beliebige das Parlament und die Minister im Dreck herumziehen darf? Wir meinen, auch die Opposition, soweit sie noch auf politischen Anstand hält müßte mit uns einig sein, daß es so nicht mehr weiter gehen kann. Es liegt im öffentlichen Interesse, daß hier die Staatsanwaltschaft einschreitet. Wir empfehlen dem badischen Justizministerium und dem Landtag, einmal die Frage des staatlichen Ehrenschutzes zu prüfen und verweisen auf eine schon vor Jahren vom bayerischen Justizministerium erlassene Verordnung, wonach die Staatsanwaltschaft die öffentliche Anklage erheben kann, wenn einwandfreie Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen, und das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen, grundlos beschimpft oder gegen sie unbegründete Vorwürfe erhoben werden, die geeignet sind, ihre Vertrauensstellung zu erschüttern und ihnen das weitere öffentliche Wirken zu verleiden oder unmöglich zu machen. Der gemeine persönliche Kampf der Nationalsozialisten schafft allmählich eine Atmosphäre, durch welche die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht wird. Es ist höchste Zeit, daß diesem Treiben einmal gründlich das Handwerk gelegt wird.

Zu spät für Erzberger!

Man schreibt uns: Der „Siebzigjährigen Eugen Schiffer" Verdienste werden in der „Deutschen Juristischen Zeitung" vom 15. Februar 1930, Heft 4, von Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Popitz-Berlin gewürdigt, die der Jubilar als Politiker und Staatsmann um das deutsche Volk — ganz besonders in der Uebergangszeit vom alten zum neuen Deutschland — erworben hat. Als der letzte kaiserliche Staatssekretär des

Das Auswärtige Amt

Neben dem kleinen Palais in der Wilhelmstraße in Berlin, das die Reichskanzlei und die Dienstwohnung des Reichskanzlers in sich schließt, reckt sich ein düsterer, schmuckloser Bau: das Auswärtige Amt. Eine Behörde besonderer Art, die in diesem durch Anbauten und Aufbauten recht unübersichtlich gewordenen Gebäude untergebracht ist. Kein irgendwie gearteter Enthusiasmus für die politischen Gedanken des neuen Deutschland, obwohl man die Genügsamkeit der neuen Machthaber im Gegensatz zu dem früheren kaiserlichen Herrn mit Befriedigung konstatiert. Die nominellen Leiter des Amts, die Minister, kommen und gehen. Eine bleibende Stätte aber haben die Geheimräte, die hochmögenden und wirklich dirigierenden Herrn, denen die sonst vornehm ignorierte Demokratie in Deutschland allerdings höchst unsympatisch wird, wenn sie sich unterfangen wollte, ihnen in ihr Tun und Lassen hineinzureden. Dabei ist es aber nicht etwa so, daß eine große einheitliche politische Linie die ganze Tätigkeit dieses Amtes tragen würde. O nein: in Wirklichkeit macht jede Abteilung so ziemlich, was sie will und es für gut hält; sie ist souverän und verteidigt aufs äußerste diese ihre Selbständigkeit. Einig ist man nur in dem einzigen, nämlich in der Abwehr von „außen" kommenden Einflüsse, sowohl des leitenden Ministers wie des Parlaments. Selbst Stresemann hat zuletzt vor dieser Einstellung resigniert kapituliert. Er hat auch mehr denn einmal Personen, deren aufklärende Tätigkeit das Amt fürchtete und die es deshalb an ihn nicht herankommen ließ, empfehlen müssen, sich der Vermittlung seiner Angehörigen zu bedienen. Ueber die politische Oekonomie dieses mit dem Nimbus des Geheimnisvollen sich selbst umgebenden Amtes soll ein andermal geredet werden. Heute nur einige Ausführungen über das finanzielle Gehaben dieser kleinen Götter.

Es erfüllt sie mit Befremden, daß das Parlament sich seit einigen Jahren den Mut herausnimmt, auch gegenüber den Geldausgaben der Berliner Zentrale wie der Außenposten eine Kontrolle durchzuführen und sich nicht mehr mit der Bewilligung der Mittel und den mehr oder weniger wahrheitsgetreuen Mitteilungen über ihre Verwendung begnügt. Ihnen wäre es am angenehmsten, wenn alle Ausgaben des Amtes unter die

„Geheimausgaben"

fielen, die keinerlei Verwendungsnachweis unterliegen. Der dem Minister zur Verfügung stehende Geheimfonds, der vor Jahren noch 7 Millionen jährlich, dann 6 Millionen betrug, ist zu ihrem Leidwesen allerdings für das Jahr 1929 auf 4½ Millionen gekürzt worden. Sie haben aber noch mehrere Millionen-Fonds, die nur durch den Reichsschuldenausschuß geprüft werden. Aber im übrigen läßt der Reichstag nicht locker. So hat er es nach hartem Ringen erreicht, daß die eine Zeitlang geradezu unglaublich hohen Bezüge mancher unserer Auslandsvertreter auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wurden. War es doch teilweise so, daß an manchen ausländischen Plätzen die Vertreter des verarmten deutschen Volkes die höchsten Gehälter hatten. Doch sonst kümmert man sich verdammt wenig um das Budgetrecht des Reichstages. Der Bericht des Rechnungsunterausschusses zur Reichsrechnung 1928, gibt hiervon außerordentlich interessante Beispiele.

Trotz aller früheren Kritik des Reichstages ist auch im Jahre 1928 in geradezu provozierender Weise drauflosgewirtschaftet worden. So war z. B. im Reichstage beschlossen worden, die Reichsstelle für Nachlässe und Nachforschungen im Auslande, die mit 15 Beamten besetzt war, aufzuheben, und ihre Aufgaben auf eine Abteilung des Auswärtigen Amtes zu übernehmen, ohne daß dort neue Beamtenstellen einzurichten wären. Die 15 Beamten wären also zu pensionieren gewesen. Was tat das Auswärtige Amt? Es ließ statt 15 nur 3 Beamtenstellen wegfallen und übernahm ohne irgendwelche Genehmigung des Reichstages die anderen 12 Beamten ganz ruhig in den eigenen Haushalt. Das nennt man Achtung vor einem Reichstagsbeschluß! Doch es kommt noch besser. Bei den Postgebühren und Geschäftsbedürfnissen, für die 19 Millionen im Etat bewilligt waren, ergab sich ein wirklicher Aufwand von 3,1 Millionen, also eine Ueberschreitung von 1,2 Millionen. Das Auswärtige Amt erklärt in seiner gedruckten Begründung dem Reichstage gegenüber, das komme hauptsächlich daher, daß für **Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren** über 200 000 Mark mehr als bisher ausgegeben werden mußten. Der Unterausschuß, etwas gewitzigt gegenüber amtlichen Erklärungen, gab sich damit nicht zufrieden und verlangte eine genaue Entzifferung des Aufwandes. Und was stellt sich dabei heraus? Daß die ganze Begründung des Auswärtigen Amtes von A bis Z unwahr war. Die Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren hatten sich gegenüber dem Jahre 1927 überhaupt nicht erhöht, sondern um 70 000 Mark vermindert, wobei noch festgestellt wurde, daß sehr viel unnötiges Telegraphieren zu diesem Kostenaufwand beigetragen hat. Das aber ist nicht der einzige Fall, wo man

bewußt unrichtige Auskünfte

gegeben hat. Beim Umbau der Deutschen Gesandtschaft in Bern ergab sich eine Ueberschreitung von 42 000 Mark. Darüber zur Rede gestellt, erklärte das Auswärtige Amt, es habe von dieser Ueberschreitung erst erfahren, als das Geld ausgegeben gewesen sei; der Gesandte in Bern habe eigenmächtig die ihm bewilligten Beträge überschritten. Und was zeigte die genaue Prüfung des Falles? Daß gerade das Gegenteil wahr ist. Das Auswärtige Amt mußte schriftlich zugeben, daß die Gesandtschaft sich jeder unmittelbaren Einmischung in der Ausführung des Baues enthalten hat, und die Arbeiten von der Reichsbauverwaltungen ausgeführt wurden, die dem Auswärtigen Amt sämtliche Kosten teils mündlich, teils schriftlich zur Genehmigung unterbreitet hatte! Der deutsche Botschafter beim Vatikan in Rom allerdings konnte für eine Ueberschreitung von 27 000 Mark bei der Instandsetzung des Botschaftsgebäudes sich nicht in derselben Weise rechtfertigen. Er hatte die große Halle seiner Wohnung zu einem Speisesaal umbauen lassen, ohne dafür irgendeine Genehmigung oder Geldbewilligung gehabt zu haben. Ihn, der durchaus eigenmächtig gehandelt hat, machte deshalb der Rechnungsausschuß auch für die Ueberschreitung persönlich voll verantwortlich.

Wenn der Ausschuß auch sonst feststellen konnte, daß die Angaben über die Ursachen von Ueberschreitungen „nicht völlig" mit den tatsächlichen Verhältnissen übereinstimmten, dann zeugt das dafür, daß er sich außerordentliche Mühe gegeben hat, in die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes einzudringen. Aber allüberall scheint ihm das doch nicht gelungen zu sein. Denn er erklärt selbst, daß beim **„wirtschaftlichen Nachrichtenfonds"** eine restlose Klärung über die Buchungsmethode des Auswärtigen Amtes trotz eingehender Erörterung nicht erreicht worden sei; er ersucht deshalb den Rechnungshof, bei diesem Titel alle Unterlagen ganz besonders eingehend zu prüfen. Er traut also auch hier nicht und vermutet Schiebungen.

In der Oeffentlichkeit wird es interessieren, daß die Abrechnung über die Kosten der Konferenz von Locarno, die im Jahre 1925 stattgefunden hat, bis heute noch nicht endgültig geprüft ist,

und zwar, weil immer wieder Unterlagen fehlten, Rückfragen notwendig waren, und das Auswärtige Amt den Rechnungshof monatelang mit der Antwort warten läßt. Ende 1929, also zu einer Zeit, wo der „Locarno-Geist" selbst ganz bedeutend im Schwinden ist, war es noch nicht möglich gewesen, die Reise- und Verpflegungskosten der damaligen Delegation als endgültig erledigt zu erklären. Was übrigens die Delegationen anlangt, so erklärt der Ausschuß, daß nach seinen eingehenden Prüfungen die Delegationen des Deutschen Reiches bei den Völkerbundstagungen das eine oder andere Mal unnötig umfangreich gewesen seien. Man begreift diese Bemerkung, wenn man erfährt, daß bei der Septembertagung 1928 Deutschland mit nicht weniger als 54 Köpfen in Genf vertreten war. Im Dezember 1928 und im März 1929 waren es immer noch 40 und 44 Leute, die dort wochenlang versammelt waren, die Interessen Deutschlands zu vertreten.

Wir wollen hier einhalten. Es gäbe noch eine ganze Reihe von ebenso peinlichen Feststellungen wie die obigen, die aber alle schließlich nur das eine zeigen, daß nämlich im Auswärtigen Amt auf dem Gebiete der Ausgaben eine absolute Mißwirtschaft eingerissen ist. Der Nachtragsetat für 1929, der in den nächsten Tagen vom Parlament beraten werden wird, zeigt erneut, wie leichtfertig man im Auswärtigen Amte mit dem Gelde der deutschen Steuerzahler umgeht. Es ist ein Verdienst des Rechnungsausschusses, diesem gesetzwidrigen Gebaren mit Energie nachgegangen zu sein. Hoffentlich bleibt der Reichstag nun fest, und zieht die Verantwortlichen rücksichtslos zur Rechenschaft.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Reichsschatzamtes, Graf v. Roedern, in den Tagen des Umsturzes sein Amt niederlegte, wurde Schiffer 1919 der erste Minister des Reichsfinanzministeriums. Dr. Popitz, der damals ebenfalls im Reichsamt tätig war, und dem Jubilar näher treten durfte, gibt sein Urteil dahin ab, daß Schiffer in diesem Jahre eine Tätigkeit entfaltet habe, die ihn in die erste Reihe derer stelle, die die Finanzpolitik des Reiches nachhaltig beeinflußt habe."

In dieser Schilderung wird auch unseres unvergeßlichen, leider durch mörderische Bubenhände so früh entrissenen Abgeordneten und damaligen Reichsfinanzministers Erzberger gedacht. Dr. Popitz schreibt: „Man denkt, wenn man von der finanziellen Neugestaltung nach dem verlorenen Kriege spricht, gewiß in erster Linie an Erzberger. Es wäre sicher ein Unrecht, zu vergessen, was Erzberger, bei allen sachlichen und psychologischen Mängeln seiner Finanzreform mit seinem starken Willen und seiner außergewöhnlichen Geschicklichkeit für eine Rettung Deutschlands aus finanziellem Chaos, geleistet hat." (Vom Einsender gesperrt!) Dr. Popitz fährt fort: „Es wäre allerdings auch ein Unrecht, zu vergessen, daß Erzberger — wie hätte er auch sonst seine gewaltige Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit meistern können — für das, was er zur Tat werden ließ, eingehende Vorbereitung vorfand, die von Graf v. Roedern begonnen und von Schiffer weiter ausgebaut worden seien. „Die abschließende Kriegsgewinnsteuer, eine einmalige große Vermögensabgabe (für die man später die politische Bezeichnung des Reichsnotopfers fand), die einheitlich vom Reich geregelte, hochprogressive Einkommensteuer, die an der Quelle erhobene Kapitalertragsteuer, die qualifizierte Erbschaftssteuer, die einheitliche Besteuerung der Grundstücksübertragungen, die ausgebaute Umsatzsteuer, Neuregelung des formellen Steuerrechts u. a. findet man in der Rede Schiffers vom 9. Dezember 1918, gehalten in der Berliner Handelskammer, und die sich im Laufe der Zeit zu Gesetzen verdichtet haben."

Bei all der Anerkennung der Arbeitsleistung Erzbergers für Deutschlands Rettung — und nachdem feststeht, daß die Vorbereitungen von den angeführten Personen gemacht wurden, die nicht der Zentrumspartei angehören — frägt man sich: Und dennoch mußte Erzberger den Meuchelmördern zum Opfer fallen? z.

Aus der württembergischen Demokratie

Von Stuttgart wird gemeldet, daß der demokratische Abg. Scheef, der nach dem Eintritt der Demokraten in die württembergische Regierung den Vorsitz in der demokratischen Landtagsfraktion niedergelegt hatte, den Fraktionsvorsitz wieder übernommen hat, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß an der Grundlinie der demokratischen Politik keine Aenderung eingetreten ist und alle Parteigenossen verpflichtet sind, geschlossen hinter der Parteileitung und dem neuen Minister zu stehen.

Das Verhalten der verschiedenen demokratischen Fraktionen in Reich und Ländern entbehrt nicht der politischen Pikanterie. Im Reich ist die Demokratie bei der Koalition, die von der Sozialdemokratie, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei gebildet wird. In Preußen ist sie bei derselben Koalition ohne Deutsche Volkspartei. In Württemberg wird die Koalition heute gebildet von Deutschnationalen, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokratie, ohne Sozialdemokratie. In Baden dagegen haben es ihre Grundsätze nicht erlaubt, der Koalition von Zentrum und Sozialdemokratie beizutreten, obwohl sie bisher fast immer in der Regierung vertreten war.

Es scheint, daß diese Grundsätze anläßlich der Regierungsbildung bei der Demokratie etwa den Gesetzen der Ostwaldschen Farbenorgel entsprechen, insofern sämtliche Schattierungen darin vertreten sind.

Demokratische Heuchelei

Der „Vorwärts" (Nr. 82) veröffentlicht die auch von uns gebrachte Richtigstellung des Zentrums über die Neubesetzung des Preußischen Kultusministeriums und fügt hinzu: „Diese Erklärung entspricht durchaus den Tatsachen. Für eine gewisse „demokratische" Presse ist sie dahin zu ergänzen, daß das Unterrichtsministerium auch deshalb allein in Frage kam, weil die demokratische Landtagsfraktion bereits im Jahre 1929 die Koalitionsparteien hatte wissen lassen, daß bei einer Wahl zwischen den Ministern Höpker-Aschoff, Schreiber und Becker die Demokraten am ehesten auf den Unterrichtsminister Becker verzichten würden." — Mit dieser bekanntgegebenen Tatsache wird die demokratische Heuchelei um den Rücktritt Dr. Beckers am treffendsten gekennzeichnet.

Badischer Städtebund

(Verband der mittleren Städte Badens.)

Vor einigen Tagen hielt der Ausschuß des Badischen Städtebundes unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeister Renner, Rastatt, eine Sitzung in Karlsruhe ab. Der Ausschuß beschäftigte sich zunächst mit dem zur Zeit dem Landtag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Aenderung des Straßengesetzes. Es wird grundsätzlich daran festgehalten, daß eine Beteiligung der Städte und Kreise an der Kraftfahrzeugsteuer gefordert werden muß. Ist das nicht möglich, so muß der Städtebund an seiner Forderung festhalten, daß die Kraftfahrzeugsteuer, die das Land zur Zeit ganz für sich in Anspruch nimmt, vor der Berechnung des Beitrages der Gemeinden vorweg in Abzug gebracht wird.

Die Frage der Deckung von Aufwertungsfehlbeträgen der Sparkassen durch die bürgenden Gemeinden wird eingehend behandelt. Vor endgültiger Stellungnahme sind noch weitere Erhebungen erforderlich.

Bei Beratung der Lohnpolitik besteht Einmütigkeit, daß nach Sachlage eine weitere Steigerung der Löhne unter keinen Umständen in Frage kommen kann.

Einem Antrag des Landesverbandes für das Leichenschau- und Begräbniswesen in Baden, eine einheitliche Regelung der Anstellungsverhältnisse und der Gebühren des Leichenpersonals in Baden zu treffen, konnte im Hinblick auf die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse nicht stattgegeben werden.

Neben diesen Gegenständen beschäftigte sich der Ausschuß ferner mit der Verwaltungsreform, der Freigabe größerer Wohnungen aus der Wohnungszwangswirtschaft, der Wohlfahrtsstatistik, der vereinfachten Einrichtung der Belege über den Steuerabzug vom Arbeitslohn, der Vergütung der Gemeinden für den Einzug der Handwerkskammerumlagen u. a. m.

Die Vorfälle bei der Münchener Sparkasse

München, 19. Febr. Zu den Vorfällen bei der Städtischen Spar- und Girokasse, über die der „Völkische Beobachter" berichtet hatte, teilt der Städtische Nachrichtendienst mit: Anläßlich der Abwickelung der Wohnungsbauprogramme 1928 bis 1929 hat der Direktor der Städtischen Spar- und Girokasse München nach Feststellung des Städtischen Revisionsamtes für einen Girokunden gegenüber der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge vorschriftswidrig und ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Stellen Bürgschaften für Bauraten im Betrage von 220 000 Mark übernommen. Ein Schaden ist nicht eingetreten. Die der Bürgschaft zugrundeliegenden Forderungen sind abgedeckt. Wegen seiner eigenmächtigen Handlungsweise wurde gegen den Direktor der Städtischen Spar- und Girokasse eingeschritten.

Zur Notlandung des Dornier-Superwal bei Bingen

Bingen, 19. Febr. Gestern traf ein Ingnieur aus Friedrichshafen hier ein, der heute eine eingehende Untersuchung des beschädigten Motors des bei Bingen notgelandeten Dornier Superwal D 1785 vornehmen wird. Von dieser Untersuchung hängt es ab, ob das Flugzeug an Ort und Stelle instand gesetzt werden kann, oder ob es zur Reparatur nach der Werft abgeschleppt werden muß. Zahlreiche Schaulustige umsäumten den ganzen Tag das Binger Rheinufer, um das große Flugboot zu besichtigen.

Ein 45 Millionen-Kredit für Berlin

Berlin, 19. Febr. Der Magistrat hat heute das Angebot eines unter Führung der Preußischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Discontogesellschaft stehenden Bankenkonsortiums auf einen Kredit von 45 Millionen RM. angenommen.

Das im Liebknecht-Haus beschlagnahmte Material

Berlin, 19. Febr. Die genaue Durchsicht des gestern im Karl-Liebknecht-Haus beschlagnahmten Materials hat ergeben, daß sich darunter zahlreiche Broschüren und Flugblätter befinden, die aufgrund der Beschlüsse verschiedener Gerichte der Beschlagnahme unterliegen. Daneben wurden Druckschriften und Flugblätter sowie sonstige Aufzeichnungen gefunden, die der Zersetzung der Reichswehr und Schupo dienen sollten. Andere Schriftstücke beziehen sich auf die Vorbereitung zur Illegalität der KPD. und die Fortführung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes. Außerdem wurde Material der Deutschnationalen Volkspartei aus den Jahren 1926/27 vorgefunden und beschlagnahmt, das offenbar einem Mitgliede dieser Partei abhanden gekommen ist.

Wetterbericht

Karlsruhe, 20. Febr. Während der Norden des Landes gestern schon wolkenloses Wetter hatte, bringt die Aufheiterung sehr langsam nach Süden vor. Die Temperaturen lagen in den Einstrahlungsgebieten um Mittag bei 4—5 Grad über Null, während die Nachtfröste in der Rheinebene —2 Grad und in den höheren Lagen —5 Grad erreichten. Die Druckverteilung über Europa ist im wesentlichen gleich geblieben. Ueber Südskandinavien hoher Druck, von dem ein Rücken über Ostsee und Polen bis zum Schwarzen Meer auskeilt. Ueber dem westlichen Mittelmeer langsam sich auffüllender tiefer Druck und bei Island eine atlantische Zyklone, deren Vorderseite über England an Raum gewinnt. Morgen wird die Ostströmung anhalten. In ihr enthaltene warme Luft wird vorübergehend Bewölkung bringen.

Wetteraussichten für Freitag. Vorübergehend wolkig und trüb, östliche Winde, Ebene Temperaturen um Null und meist trocken, Gebirge nebeliger Frost, höchstens vereinzelt leichte Schneefälle.

Wasserstände des Rheins: Waldshut 167, unverändert; Basel 89, gest. 2; Schusterinsel 26, gest. 1; Kehl 149, gef 2; Maxau 327, unverändert; Mannheim 194, gest. 1; Caub 114, gef. 3.

Rechtsanwalt Dr. B.

ist ein weit berühmter Verteidiger. Ruhig, sachlich – und doch eindringlich und überzeugend sind seine Plädoyers. Er beherrscht stets die Materie bis ins Letzte. Seine Gegner fürchten seine Schlagfertigkeit, seine Klienten bewundern die Menschenkenntnis, mit der er auch die geheimsten Beweggründe und die Tücken überreizter Nerven versteht.

„Viele Ehekonflikte – sagt er oft – sind nichts weiter als ein Versagen der Nerven. Wieviel froher und glücklicher würden viele Menschen leben, wenn sie stets den unschädlichen Kaffee Hag tränken. Coffein kann eben nicht jeder vertragen. Ich trinke Hag seit Jahren und möchte ihn auch wegen seines unübertrefflichen Geschmacks nicht missen."

Zwei entgegengesetzte Welten

„Parsifal" und „Die Gezeichneten". — Neuer Triumph volksverwurzelter Kunst in der Krolloper. Humor und Krampf in alten und neuen Opern.

Große Freude bereitete die Lindenoper den hiesigen Kunstfreunden durch die Neuinszenierung des „Parsifal", der z. Zt. wegen des Opernumbaues vom Spielplan abgesetzt werden mußte. Es sei dankbar anerkannt, daß alle Verantwortlichen diesen geheimnisvollen Ausklang des Wagnerschen Lebenswerkes nur aus dem Geiste seines Schöpfers zu gestalten suchten. So wurde diese neue Parsifal-Aufführung wiederum ein großes, tiefwirkendes Erlebnis. Das Hauptverdienst gehört Max von Schillings, einem der wenigen Dirigenten, die noch um die große Linie des Wagner-Werkes wissen und sie in ihrer ganzen Herrlichkeit aufdecken.

Eine Welt trennt dieses auf einsamer Höhe stehende Weihefestspiel von dem in der Städtischen Oper neu herausgebrachten musikdramatischen Werk Franz Schrekers „Die Gezeichneten". Das vielgespielte, 1918 in Frankreich uraufgeführte Werk des Berliner Hochschuldirektors, der mit seiner letzten Oper, dem „singenden Teufel" eine empfindliche Niederlage an der Lindenoper erlebte, zeigt in voller Deutlichkeit alle Vorzüge des Schrekerschen Schaffens, deckt aber gleichzeitig unbarmherzig alle Grenzen seines Könnens auf. Eine ungesunde Atmosphäre weht in diesem Bühnenwerk, das ohne Lösungen und Erlösungen vollkommen in der Problematik eines sinnlichen Trieblebens stecken bleibt und nicht den Weg in die Sphäre des Rein-Geistigen findet. Die beiden „Gezeichneten", der nach den Weib gierende Krüppel Salvago und die hysterische Carletta, die wohllüstig den Kranken bis zum Wahnsinn aufpeitscht und sich dann von dem „Starken" vergewaltigen läßt, sind dafür aufschlußreiche Belege. Diese schwüle Gedankenwelt des Dichters Schreker, die nur ein Sichtreibenlassen, keinen entschlossenen Willen zur Lebensmeisterung und Lebensüberwindung kennt hat ihre Parallele in der blassen und kraftlosen Thematik des Komponisten Schreker. Dieser findet keine Themen von bezwingender Größe und scharfgeschnittenem Profil. In dieser Musik ist kein kraftvolles Wachsen, kein Sichentfalten aus dem Innern heraus, so daß wegen des Mangels an wirklicher musikalischer Substanz oft eine Häufung, eine Addition äußerer Mittel über das Mißverhältnis von Wollen und Können hinwegtäuschen muß. Was aber Schreker wie kaum ein zweiter sein eigen nennt, das ist sein unerforschter, höchstentwickelter Klangsinn. In der raffinierten, klangschwelgerischen Pracht seiner Partituren, die glitzernde Ströme von Farbe und Licht aufrauschen, die dunkle Gluten und leuchtende Flammen losbrechen lassen, liegt der Grund, daß man von Schreker in einer Zeit, die nach neuen Führern ausschaute, längerer Zeit die Lösung großer Zukunftsaufgaben erwartete. Aber alle neuen Farbenwunder konnten ihm keinen Dauererfolg sichern, da uns seine Tongewoge wohl blenden, aber gerade darum schließlich ermüden. Professor Dr. Hörth als Spielleiter und der Dirigent Georg Sebastian gaben der Aufführung großstädtisches Format. Josef Burgwinkel und Delia Reinhardt wirkten in den tragenden Rollen durch das Maßhalten in den dämonischen Ausbrüchen besonders eindringlich.

Smetanas liebenswürdiges Meisterwerk „Die verkaufte Braut" bewies in der Staatsoper am Platze der Republik von neuem ihre unverwüstliche Lebenskraft. Es war eine prächtige, von unfruchtbaren Experimenten sich fernhaltende Aufführung, die für den neuen Kurs dieser vielumstrittenen Bühne sehr bezeichnend ist. Nur daß der Chor den Einleitungs- und Schlußgesang wie ein Gesangverein konzertmäßig singen mußte, war eine Entgleisung, über die man aber schmunzelnd hinwegsah. Der durch seine langjährige Prager Tätigkeit mit Smetanas volksverwurzelter Musik besonders vertraute Alexander von Zemlinski war der sichere und temperamentgeladene Führer; Jarmila Novotna war eine entzückende Marie der Artur Cavara als Hans trefflich fekundiert. Der Meisterhumorist Eduard Kandl als heiratsvermittelnder Kezal war überwältigend komisch. Das echte volkstümliche Werk schlug mächtig ein.

Dagegen hatte Dohnanyis heitere Oper „Der Tenor" in der Stadtoper weniger Glück. Sofort war festzustellen, daß die bekannte Komödie „Bürger Schippel" durch die Veroperung an Beschwingtheit und Schlagkraft verloren hat. Das Werk ist als „komische Oper" firmiert. Dohnanyis Musik umgeht auch geflissentlich alles allzu Derbe und Grobschlächtige eines Schwankes oder einer Posse und strebt nicht ohne Erfolg in die Bezirke eines echten Humors vor. Indem aber Regisseur Otto Kraus (früher in Karlsruhe) gerade das unterstrich, was der Komponist bewußt vermeidet (eine billige Veralberung des Männerchorwesens wirkt schließlich peinlich), hatte er zwar die anspruchsloseren Lacher des Publikums auf seiner Seite, jedoch tat er damit dem Werke den schlechtesten Dienst. Robert Denzler tat als Dirigent sein Möglichstes, um die Feinheiten der Partitur gegenüber dem Bühnenulk durchzusetzen.

Die Lindenoper bescherte noch unter der beschwingten Leitung Erich Kleibers eine wirklich herrliche Aufführung der Mozartschen „Entführung", außerdem Leo Blechs feinhumoristischen Einakter „Versiegelt" den der Komponist selbst mit sichtbarer Vaterliebe betreute. Und einmal gab's sogar eine lustige Operette: Franz von Suppés „Schöne Galathee", sehr hübsch aufgemacht, dezent gespielt und mit aktuellen Pointen frisiert, die auch die höchsten und allerhöchsten Persönlichkeiten dieses Hauses nicht verschonten. Es wurde viel und herzlich gelacht.

Fritz Ohrmann.

Von Aaba bis Zyzzak

Das Buch der achttausend Autoren

Nach zweijähriger Ruhepause ist er jetzt wieder, pünktlich zum neuen Jahr, erschienen: der neue Band des „Kürschner"! Zum 45. Male kommt der „Deutsche Literatur-Kalender", traditionsgemäß im roten Einband, aber längst schon ausgewachsen zu einem stattlichen Lexikon von anderthalb Tausend Seiten. Der „Kürschner" ist längst schon ein Begriff geworden, genau wie der „Duden". Hier finden sich von dem Volk der Denker und Dichter diejenige Hälfte rubriziert, die zu den Dichtern gerechnet wird oder doch wenigstens sich selbst dazu rechnet. Die Denker wohnen ein Haus weiter: im „Gelehrten-Kalender" desselben Verlages.

Der „Kürschner" ist die Stammrolle der 8800 lebenden deutschen Schriftsteller. Seit der letzten Ausgabe sind rund 900 Autoren mit ihren Personalien in den „Kürschner" eingezogen

Doch in Wirklichkeit ist es gar nicht so schlimm: der Ehrgeiz, im „Kürschner" zu stehen, ist billig. Weshalb denn hier nun nicht nur die paar hundert Berufenen rubriziert sind, sondern alle Verfasser von Doktordissertationen, Zweckbroschüren und selbstverlegten Lyrikbüchern! Und die „Prominenten", von Gerhart Hauptmann bis zur Courths-Mahler dürfen im „Kürschner" noch nicht einmal sich vordrängen, sondern müssen sich brav alphabetisch in die große, ruhmlose Masse eingliedern. Ein Name gilt hier so viel wie der andere! Bloß daß Gerhart Hauptmann mit allen seinen Werken, auch mit dem jetzt erschienenen Roman „Buch der Leidenschaft" verzeichnet ist, während die Courths-Mahler nur ihre bis 1916 verfaßten Werke aufführen konnte und alle übrige Produktion mit einem „und verschiedene andere" andeuten mußte — wahrscheinlich, weil bei einer vollständigen Aufzählung ihrer Romane der vorgesehene Umfang des „Kürschner" sonst nicht ausgereicht hätte....

Der alphabetische Flügelmann in der deutschen Schriftsteller-Armee ist seit Jahren schon Roda Roda. Sein eigentlicher Platz ist zwar zwischen dem Wiener Professor Alboprand Roczek und der Zippendorfer Tiergeschichtenerzählerin Hedwig Radatz-Maß, aber Roda Roda wollte unbedingt an der Spitze des „Kürschner" stehen. Was tat er? Er, der wirklich keinen Decknamen braucht, weil ihm sein Witz, wie seine berühmte rote Weste ja doch verraten, legte sich ein Pseudonym zu: Aaba. Damit eröffnet er nun das Buch der achttausend Autoren: „Aaba, s. Roda Roda A.," heißt dort jetzt ständig die erste Zeile.

Der letzte Platz in der Namenliste ist ebenfalls durch ein Pseudonym erobert worden: Georg Lichen, ein Schweidnitzer Schriftsteller, hat außer sonstigen Decknamen sich auch diesen erkoren, mit dem er der „letzte Mann" im Alphabet bleibt: Zyzzak. Bnn.

Badischer Landtag

Debatte über die Wohlfahrtspflege

Sitzungsbericht

Karlsruhe, 20. Februar 1930.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet Vizepräsident Maier-Heidelberg die Sitzung und würscht unter lebhafter Zustimmung des Hauses dem erkrankten Präsidenten Dr. Baumgartner baldige Genesung. Es wird in die Beratung des

Voranschlags des Ministeriums des Innern

fortgefahren.

Abg. Reinhold (Soz.) berichtet über die Voranschlagstitel des Landesarbeitsamtes Kislau, der Heil- und Pflegeanstalten und der Badeanstalten

Abg Heid (Soz) berichtet über Staatszuschüsse an verschiedene caritative Einrichtungen, sowie über Arbeitsrecht und Gewerbeaufsichtsamt.

In der Aussprache erhält als erste Rednerin das Wort Frau Abg. Siebert (Ztr.), die darauf hinweist, daß zu den vom Staat für Wohlfahrtszwecke angesetzten Mitteln noch die großen Beträge der Gemeinden und Fürsorgeverbände und Städte kommen. Dazu stoße noch die freie Wohlfahrtspflege, die aus freiem Willen Leid linderten. Den Trägern der freien Caritas gelte besonderer Dank. Die Fürsorgeverordnung verleihe auch dem freiwilligen Wohlfahrtspfleger die reichsgesetzliche Anerkennung. Ohne die freie Wohlfahrtspflege könne man der Not nicht beikommen. Sie sei eine wesentliche Ergänzung der Staatsfürsorge und erspare dem Staat ungeheuere Mittel. Die Wohlfahrtspflege dürfe nicht bürokratisiert werden. Es komme auch in der Wohlfahrtspflege auf den ausübenden Menschen an, damit nicht beim Betreuten eine Verbitterung und innere Abkehr erfolge. Es sei allen freien Caritativen für ihre opfervolle Arbeit zu danken Die christliche Caritas, deren Hauptträger der Caritasverband der Erzdiözese Freiburg mit seinen vielfachen Organisationen ist, leiste in Baden Großes. Waisenhäuser bestünden 22, 12 Jugendheime, 17 Gesellenheime, 8 Haushaltungsinstitute, 13 Erholungsheime, 11 Krankenhäuser, 42 Altersheime. 65 Wandererheime der Gesellenvereine hätten über 24 000 Nachtherbergen gegeben. Die große Cretinenanstalt enthalte über 600 Kinder. Im ganzen seien in Baden 6000 Ordensschwestern, die 828 492 Kranke gepflegt hätten in 8,9 Millionen Tagen und 145 000 Nachtwachen aus dem tiefen christlichen Empfinden und Drang für Nächstenliebe tätig. Dabei seien noch ein Viertel der badischen Ordensschwestern in der staatlichen Wohlfahrtspflege, in Kleinkinderschulen, Waisenhäusern usw. aus dem gleichen christlichen Berufsethos tätig. Anträge im Landtag stellen sei nicht schwer gegenüber den großen Opfern, die von den Fürsorgerinnen im Dienste der Caritas ausgeübt würden. Dank sei allen im Dienste der Nächstenliebe Tätigen zu sagen, den Fürsorgerinnen, den Gefängniswärtern, dem Personal der Heil- und Pflegeanstalten, den Diakonissinnen, den Roten-Kreuzschwestern usw Diese große Pflicht könne man nur im Geiste einer von christlicher Gesinnung erfüllten Berufsauffassung, der sittlichen Verpflichtung erfüllen. Die Bahnhofsmission habe in Baden Bedeutendes an Schutz für alleinreisende Mädchen zu leisten. Die Erhöhung des Zuschusses sei durchaus zu begrüßen. Der Abstrich von 6000 Mk bei der Tuberkulosefürsorge ist sehr zu beklagen, da zu befürchten sei, daß dadurch die kleinen Unterstützungsempfänger besonders hart betroffen würden.

Die Gemeinden müßten die Anträge der alten Hebammen auf Altersversorgung schneller und sozialer behandeln, die Gewährung der Elternrente für gefallene Söhne sollte loyaler und entgegenkommender gehandhabt werden, insbesondere sollte man bei armen, arbeitslosen Eltern nicht immer allzuscharf die Frage der Unterstützungstätigkeit des gefallenen Sohnes zu Lebzeiten untersuchen. Ein Verwahrungshaus für asoziale Elemente zum Schutz der Familie und der heranwachsenden Kinder sei dringend geboten. Am guten Willen fehle es trotz der kargen Mittel nie. Die Caritas habe ihre schönste Krone in der warmen Liebe zum Nächsten, ohne diesen Geist sei die staatliche Fürsorge leer und schal. Die Frau, zur staatlichen Durchformung mitberufen, arbeite in der Oeffentlichkeit aus dem Gefühl der Mutter und der tiefen Verantwortung. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Abg. Frau Fischer (Soz) fordert die Bereitstellung von mehr Mittel für die Wohlfahrtspflege und nimmt den sozialen Wohlfahrtsstaat gegen die Angriffe des Wirtschaftlers Spielmann in Schutz. Der Gemeinschaftsgeist im Volk müsse stärker werden. Die sozialen Versicherungen erfüllten ein großes caritatives Werk. Den Kleinrentnern sollte man endlich den verdienten Rechtsanspruch auf Unterstützung geben. Rednerin wendet sich gegen den von der Wirtschaftspartei gestellten Antrag auf Aufhebung der Bezirksfürsorgeverbände. Auch intelligenten Volksschülerinnen sollte der Zugang zur sozialen Frauenschule ermöglicht werden.

Abg. Hartmann (Ztr.) weist darauf hin, daß das Gewerbeaufsichtsamt sein 50jähriges Bestehen bereits gefeiert habe. Das Gewerbeaufsichtsamt habe eine große Tradition und habe mustergültig für ganz Deutschland gearbeitet Die Tätigkeit dieses Amtes sei segensreich und komme Arbeitern wie Arbeitgebern zugute. Die Beamten nehmen nicht bloß Betriebskontrollen vor, sondern sorgten auch durch Vorträge für Aufklärung. Das Gewerbeaufsichtsamt sollte auch die anonymen Zuschriften sorgfältig behandeln. Es gebe leider Arbeitgeber, die es einem Arbeiter nicht verzeihen, wenn er die Durchführung der Schutzbestimmungen forderte. Es sei zu bedauern, daß ein Teil der Arbeiterschaft dem Betriebsrätegesetz gleichgültig gegenüberstünden, ebenso bedauerlich sei die Gegnerschaft eines Teiles der Unternehmerschaft. Die große Zahl der Arbeitslosen sei ein Gradmesser der schlechten Wirtschaftslage. Der Antrag des Landtags auf Mittelbeschaffung durch das Reich für die unter der Arbeitslosigkeit schwer leidenden Gemeinden sei zu begrüßen. Die Erpressertaktik einzelner Unternehmer, die Notlage der Gemeinden zur Umlagesenkung auszunützen, sei ebenso zu verwerfen wie der auf die Arbeiterschaft ausgeübte Zwang zur Arbeit unter Tariflohn. Ein Teil der Arbeitgeber nütze auch die Arbeitslosenversicherung aus. Der Arbeiterschutz sei ständig zu fördern und das Aufsichtsamt müsse als ständiger Mittler die Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszugleichen versuchen. (Beifall im Zentrum!)

Abg. Frau Richter (Dntl.) redet der caritativen freiwilligen Fürsorge das Wort, da sie besser und billiger sei wie die vom Staat betriebene. Ein Verwahrungsgesetz müsse kommen. Die Erhöhung des Zuschusses zur sozialen Frauenschule sei zu begrüßen. Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten habe gute Erfolge gezeitigt.

Abg. Merk (Nat.-Soz.) wirft die Frage auf, ob man in der Fürsorge für die Kranken nicht doch zu weit gegangen sei. Den alten Leuten gehörte eine Pension. Die Caritas gehe zu weit. (Entrüstung!)

Abg. Ewald (Evang. Volksb.) bezeichnet die soziale Entwicklung des Staates als gut und entwirft eine historische Entwicklungsstufe des sozialen Gedankens.

Abg. Großhans (Soz.) beschäftigt sich mit den Heil- und Pflegeanstalten und geht insbesondere auf die Dienstverhältnisse des Personals ein.

Abg. Heurich (Ztr.) weist auf die Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes und seine große historisch-soziale Leistung während der 50 Jahre seines Bestehens hin. Die Statistik zeige, daß das Gewerbeaufsichtsamt sich weit über seinen Rahmen hinaus entwickelt hat. Das sei erfreulich. Die umfassenden statistischen Arbeiten des Amtes seien zu begrüßen, es gehe daraus hervor, daß in Baden eine Entproletarisierung eingetreten sei. Dem Amt und seinen Führern soll bester Dank ausgesprochen sein.

In einer Zeit der wirtschaftlichen Not und Arbeitslosigkeit verlangten die Kommunisten die Streichung der Tarifgesetzgebung und des Schlichtungswesens. Das wäre verhängnisvoll Die Kommunisten riefen überall Putsche hervor. (Widerspruch der Kommunisten.) Das Schlichtungswesen sei zur Lohnregulierung unbedingt nötig. Man dürfe nur auf die ungeheuren Zahlen der Schlichtungsverfahren von über 8000 hinweisen. Redner bestreitet, daß die Kommunisten das Recht haben, im Interesse der Arbeiterschaft zu sprechen. Die Kommunisten hätten 55 000 Stimmen erreicht, während freie und christliche Gewerkschaften über 200 000 Arbeiter organisiert hätten. Hier hätte man das Recht, von wirklicher Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu sprechen. (Zustimmung.) Das Schlichtungsverfahren habe für die Wirtschaft ersprießlich gewirkt. Die Schlichterbezirke gehörten vergrößert. Die Anleihemöglichkeit für wertschaffende Arbeit müsse gesichert werden. Der Beharrungszustand dauernder Arbeitslosigkeit könne von einem Volke nicht ertragen werden. Die ganze schwere Arbeit würde von der Koalition getragen, während links und rechts nur Kritik geübt würde. Die Nazi hätten überhaupt nichts Positives im Landtag und in den Ausschüssen geleistet. Ihre politische Methode sei unanständig und widerlich (Erregung!) Die Zuschüsse für Arbeitersekretariate und Volksbüros könnten gebilligt werden. Die Bildungsarbeit an den Betriebsratsmitgliedern sei im Interesse der Wirtschaft gelegen. Die Einsetzung von Mitteln zum Besuch der Textilschule in Reutlingen sei zu begrüßen. Die Uebersetzung der Heil- und Pflegeanstalten sei untragbar.

Abg Amann (Ztr.) schließt sich dem Dank an das Heil- und Pflegepersonal, das einen schweren Dienst habe, an Baden marschiere in Bezug auf Gehalt an der Spitze der deutschen Länder; doch seien noch manche Unebenheiten vorhanden, die eine Ausgleichung bei besserer Finanzlage erfahren müßten. Für eine Verringerung der Dienstzeit könne man Verständnis haben, soweit die Finanzlage dem nicht entgegenstünde. Es bestehe ein Mißverhältnis zwischen Beamten- und Arbeiterprozentzahl, aber das sei nicht Schuld der Regierung. Die berechtigten Wünsche müßten Erfüllung finden Es sei zu bedauern, daß im außerordentlichen Etat für Erweiterungsbauten nichts eingesetzt sei. Es sei kein idealer Zustand, daß der Festsaal der Anstalt Reichenau auch als Kirche benützt würde.

Frau Abg. Siebert (Ztr.) wendet sich entrüstet gegen die Auffassung von Merk von der Unschädlichmachung des wertlosen Lebens. Die Nationalsozialisten seien Kriegshetzer und würden dann die im Kriege Verstümmelten ihrem Schicksal überlassen. Kein Nationalsozialist stehe im Dienste der Caritas. Kein Leben sei dem Christen wertlos. Mit Stolz müsse man sich zur Pflege der Kranken und Hilflosen als Christ bekennen. Der Abg. Merk habe schon des öfteren seine Partei gewechselt. (Beifall im Zentr.)

Schluß der Sitzung 1 Uhr Fortsetzung halb 4 Uhr.

*

Nachmittagssitzung

Kurz nach halb 4 Uhr beginnt die Sitzung mit einer Rede des Abg. Böning (Komm.), der die Fürsorgelasten den Polizeilasten gegenüberstellt und eine Zusammenlegung aller sozialen Versorgungszweige zu einer allgemeinen sozialen Versorgung fordert.

Minister des Innern Wittemann weist darauf hin, daß man schon an einem Gesetz arbeite, das eine Verwahrung der asozialen Elemente, die ihren Unterhaltspflichten nicht nachkämen, vorsehe. Der Staat sei auf die freiwillige Fürsorgetätigkeit angewiesen, und die im Budget eingesetzten Beträge seien nur kleine Anerkennungsgebühren. Der Staat wünsche nur, daß die freiwillige Wohlfahrtspflege bei der Erkennung der eigenen staatl. Unzulänglichkeit sich mehr und mehr entfalte. Der Umfang dieser freiwilligen Wohlfahrtspflege sei großartig. Die Regierung will keine bürokratische Fürsorge sondern eine menschliche, die von der Form und den Akten den hilfsbedürftigen Menschen hilft. Bei der Gewährung von Elternrenten sei eben das Reichsversorgungsgesetz maßgebend, das vielfach eben in der Auslegung Härten bringe. Es sei zu hoffen, daß in Zukunft möglichst billig und sozial verfahren werde. Die Regierung habe auf die Entscheidungen keinen direkten Einfluß. Die Bekämpfung der Tuberkulose habe solche Fortschritte gemacht, daß eine Ueberführung von 6000 RM. zur Krebsbekämpfung, dieser modernen Geißel, wohl gerechtfertigt erscheine. Die sozialen Frauenschulen Mannheim, Freiburg, Heidelberg seien paritätisch nach ihrer Frequenzziffer mit staatl. Mitteln bedacht worden. Es sei auch Volksschülerinnen der Zugang zu den sozialen Frauenschulen durchaus möglich, in Heidelberg befänden sich 38 Prozent. Die Volksschülerinnen hätten vielfach größere praktische Erfahrungen. Nach Aufhebung der Kasernierung der Dirnen habe auf der Straße ein übler Zustand eingerissen, der die schärfste Aufmerksamkeit fordere. Während die Syphilis abgenommen hätte, hätte die Gomorrhoe zugenommen. Der Minister weist schärfstens die Auffassung der Tötung des unwertens Lebens zurück und bezeichnet sie als einen Rückfall in die schlimmste Barbarei. Man könne ja nie wissen, wo die Grenze des Unwerten sei. Die Auffassung des Christentums sei die, daß der Gesunde für den Kranken zu sorgen habe, das sei erste Kulturpflicht. Die Ausführungen des Abg. Böning über Rußland und seine soziale Fürsorge seien Potemkinsche Dörfer. Das Gewerbeaufsichtsamt habe die lebhaft gezollte Anerkennung verdient, das Amt gehe auch anonymen Beschwerden nach, da man die vielfach unsoziale Einstellung mancher Unternehmer zu gut kenne. Die Gewerbeaufsicht sei immer bestrebt, das Betriebsrätegesetz in den einzelnen Betrieben zur Durchführung zu bringen; gerade Baden habe auch das Antragsrecht des Aufsichtsbeamten zur Einrichtung von Betriebsräten in das Gesetz eingeführt. Der Staat müsse Baden-Baden in seinem Konkurrenzkampf mit andern Weltbädern unterstützen. Die Aussprache darüber sei aufgenommen. Ein endgültiger Plan bestehe noch nicht. Die darüber angefertigte Denkschrift biete genügend Material. Die Regierung beklagt die Zustände der Uebersetzung der Kranken- und Pflegeanstalten; erst eine Besserung der Finanzen könne auch hier eine Besserung bringen.

Es wird in die Einzeldebatte eingetreten.

Abg. Bock (Komm.) spricht über Kislau in übler kommunistischer Weise und polemisiert gegen die Nationalsozialisten.

Abg. Lenz (Natsoz.) versucht die Rede des Abg. Merk abzuschwächen. (Zuruf: Du rettest den Freund nicht mehr!)

Der komm. Antrag auf Aufhebung des Arbeitshauses Kislau wird abgelehnt.

In der Spezialdebatte zum Kap. 8 Wohlfahrtspflege würdigt Abg. Dr. Leers die hohen Fürsorgelasten des bad. Etats. Einer besonderen Fürsorge bedürften die Kriegsbeschädigten. Die Unterstützung des Caritasverbandes mit 8000 RM. sei hoch genug. Die Bahnhofsmission verdiene eine Erhöhung der bisherigen Unterstützung. Der Redner würdigt den Idealismus der in der freien Liebestätigkeit tätigen Personen.

Frau Abg. Langendorff (Komm.) zeigt vollkommene Verständnislosigkeit für die Caritas.

Abg. Martzloff (Soz.) weist den Kommunisten haltlose Demagogie nach.

Abg. Bauer (Lib.) setzt sich für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ein.

Abg. Lenz (Natsoz.) schließt sich dem an.

Innenminister Wittemann weist aber darauf hin, daß es nicht angängig sei, an den Staat Forderungen zu stellen, dem Staat aber die dazu nötigen Mittel vorzuenthalten. Der Aufwand im Lande Baden für Fürsorge von Städten, Kreis und Gemeinden sei rund 75 Millionen, eingerechnet die Krankenkassen- und sonstigen Bezüge. Das stemple den heutigen Staat zum sozialen Volksstaat. Die Regierung dränge immer auf Einstellung der Kriegsbeschädigten und sei ständig besorgt, diese Dinge zu überwachen. Es seien rund 600 Schwerkriegsbeschädigte in Baden ohne Arbeit. An der Fürsorge fehle es bestimmt nicht.

Die Erhöhung der Position für den Caritasverband von 8000 auf 11 000 RM. wird mit allen gegen 5 Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Liberalen und Demokraten angenommen. Für

Stimmungsbild

W. B. Den heutigen Tag eröffneten die Frauen der verschiedenen Fraktionen. Es war das ganz natürlich, denn die Wohlfahrtspflege, die im Mittelpunkt der heutigen Debatte stand, ist das Gebiet der Sorge und Fürsorge der Frau ganz besonders. Die Berichterstatter skizzierten in ihren Berichten die tausendfältige Not, das Leid der Krankheit, die fürchterliche Nacht des erloschenen Verstandeslichtes der annähernd 4000 Insassen der überfüllten badischen Heil- und Pflegeanstalten, der Wanderburschen, Krüppel, Blöden. Auf diesen trüben und düsteren Hintergrund zeichnete die Zentrumsabgeordnete Klara Siebert ein majestätisches Bild vom Walten der christlichen Caritas. Eine ungezählte Anzahl staatlicher Stellen befaßte sich von Amtswegen mit Wohlfahrtspflege, aber neben dieser staatlich verordneten, in die Klammern der Bürokratie eingezwängten amtlichen Fürsorge, erhebt sich die Opfertätigkeit der freiwilligen, auf christlicher Gesinnung gewachsener Liebestätigkeit am kranken Nebenmenschen. Einige trockene Zahlen sollen die Fülle dieser ergänzenden katholischen Liebestätigkeit angeben: 11 Krankenhäuser, 43 Altersheime, 1 Kretinenanstalt, 11 Säuglingsheime, 22 Fürsorgeanstalten in Baden allein und viele andere Einrichtungen mehr. In Baden sind 6000 Ordensschwestern tätig, die 328 000 Kranke in annährend 4 Millionen Pflegetagen und 150 000 Nachtwachen pflegten, die Ordensschwestern in staatlichen und städt. Anstalten noch gar nicht gerechnet. Die dankbare Anerkennung und Würdigung aus dem Munde des Innenministers, sowohl wie des demokratischen Abg. Dr. Leers, für diese großartige caritative Leistung ist durchaus wohlverdient. Daß die Kommunisten diese erhabene Aufopferung, diese Verzehrung im Dienst der Nächstenliebe nicht verstehen, zeigt die gemeine Behauptung der Abgeordneten Langendorff, daß das ja ein gutes Geschäft sei. Diese Kennzeichnung des Opferdienstes am Nächsten wirft ein bezeichnendes Licht auf die niedrige Denkart der Weltrevolutionäre. Es wurde — und gegenüber der sozialistischen Einstellung von der alleinigen Fürsorgetätigkeit des Staates ist das bemerkenswert — anerkannt, daß der Staat auf diese freiwillige Liebestätigkeit insbesondere in seiner Finanznot nicht verzichten könne. Damit ist erfreulich klar ausgesprochen, daß auch der moderne Staat des heilsamen Wirkens der Kirche auf caritativem Gebiet nicht entraten kann und will. Einen geradezu ungeheuerlichen Standpunkt zum Problem der Wohlfahrtspflege nahm der Nationalsozialist Merk ein, der in aller Offenheit darlegte, daß die Caritas heutzutage zu weit ginge, daß man zuerst die Gesunden erhalten müsse, der ganz nackt und brutal die Unschädlichmachung des wertlosen Lebens, besonders der Krüppel propagierte. Das entspricht der nationalsozialistischen Absicht, ein starkes Geschlecht heranzubilden. Wenn man bis jetzt nicht wußte, was damit gemeint sei, so weiß man's jetzt. Das bedeutet die Austilgung der Kranken und Schwachen. Das ganze Haus war entrüstet. Der Abg. Großhans von der Sozialdemokratie erklärte, in 11 Jahren im Landtag eine so rohe und brutale Auffassung noch nicht gehört zu haben. — Eine geradezu glänzende Abfuhr wurde dem Rassenpolitiker von der Frau Abg. Siebert bereitet, die den Nationalsozialisten mit Recht vorwirft, daß sie auf der einen Seite den Krieg verherrlichten und auf der anderen die im Krieg um ihre Gesundheit gekommenen Menschen dem Verderben ausliefern wollten. Die nationalsozialistische Haltung ist vollkommen unchristlich und bedeutet einen fürchterlichen Rückfall in die Barberei. Es gibt für den christlichen Menschen kein wertloses Leben, da in Beziehung auf Gott alles Lebendige seinen Wert besitzt. Mit Stolz weist am Schluß Frau Abg. Siebert auf die Leistungen der katholischen Caritas in der Fürsorge hin, beleuchtet die nationalsozialistische Auffassung vom Standpunkt der Kriegsbeschädigten und im Arbeitsprozeß um ihre Gesundheit gekommenen Veteranen und bekennt sich unter dem Beifall des Hauses zum Befehl Gottes, für die Armen und Kranken zu sorgen. So wurde ein „teutscher Mann" von einer Frau abgeführt und erledigt. Der Abg. Lenz versuchte zwar eine Ehrenrettung, aber der Zuruf: „Du rettest den Freund nicht mehr" hatte seine Richtigkeit. Mit ebenso tiefer sittlicher Entrüstung wies der Innenminister die Auffassung von der Unschädlichmachung des wertlosen Lebens zurück und postulierte die menschliche Pflicht der Gesunden für die Kranken zu sorgen. Mit diesem nat.-soz. Bekenntnis einer barbarischen, kulturlosen Seelenhaltung, die jeden Gefühles der Liebe, auch der Pietät gegen die Eltern entbehrt, sollten die Nazi in den Augen jedes anständigen Menschen gerichtet sein, so wie der Abg. Merk gerichtet wurde. In einer stark polemisch gegen die Kommunisten eingestellten und darum äußerst wirkungsvollen Rede nahm der Abg. Heurich das Schlichtungswesen in Schutz und zeigte daß Sinn und Bedeutung für die Arbeiterschaft sowohl wie für die Gesamtwirtschaft auf, während der Abg. Hartmann die Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes würdigte. Die Heil- und Pflegeanstalten fanden in Abg. Amann ihren Fürsprecher. Bei der Abstimmung gabs noch ein heiteres Intermezzo, da die Nationalsozialisten nicht mehr wußten wie sie abstimmen sollten. So lehnten sie einen Zuschuß für die Bahnhofsmission ab, während sie einen Zuschuß für die „marxistische" Arbeiterwohlfahrt genehmigten. Führerlose Führer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

die Erhöhung des Zuschusses der Arbeiterwohlfahrt stimmen auch die Nazisozi.

Zu Kapitel 9 „Heil- und Pflegeanstalten" wird ein komm. Agitationsantrag einstimmig abgelehnt.

Zu Kapitel 10 „Badeanstalten" fordert Abg. Haas (Ztr.) besondere Berücksichtigung des Landesfolbades Dürrheim, dessen Leitung und Leistung vorzüglich sei und das große Heilerfolge aufzuweisen habe. Eine Erweiterung des Bades und Reparaturen seien nötig. Die Gemeinde Dürrheim habe gewaltige Opfer gebracht und verdiente Unterstützung.

Abg. Dr. Leers (Dem.) hält die Interessen Badens für die wichtigeren.

Titel 10 „Badeanstalten" und 11 „Landesfrauenklinik" werden ohne weitere Debatte mit allen bei Stimmenthaltung der Nazi und Kommunisten angenommen.

Schluß der Sitzung halb 8 Uhr.

Fortsetzung Freitag 9 Uhr.

Badische Chronik

Ettlingen, 20. Febr. (Die Schulungskonferenz) der Vertreter der katholischen Vereine und Vertrauensleute der Zentrumspartei in Ettlingen am Sonntag, den 16. d. M., erfreute sich eines sehr guten Besuches aus Stadt und Bezirk. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Prof. Müller ergriff Herr Studienrat Netzhammer von Gernsbach das Wort zu seinem Referat über die katholische Bewegung und unsere Vereine. Die Umsetzung der katholischen Gedanken und Forderungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung, im öffentlichen Leben, behandelte Herr Landtagsabg. Heurich.

Nach einer Aussprache, an der sich Herr Hauptlehrer Emmerich von Reichenbach, Herr Abg. Heurich und Herr Dekan Kast beteiligten, schloß der Vorsitzende mit Worten des Dankes für die Redner und Teilnehmer die sehr gut verlaufene Veranstaltung. Im Anschluß an die Referate und die Aussprache wurden in der Konferenz folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

Zur Wahrung der so schwer gefährdeten öffentlichen Sittlichkeit stellt sich die heutige Konferenz aus voller Ueberzeugung auf den Standpunkt der Leitsätze und Weisungen der deutschen Bischöfe. Sie fordert alle ihre Vertreter in Staat und Gemeinde gemäß den bischöflichen Weisungen auf, noch energischer als bisher alle Maßnahmen zu treffen, um den schmachvollen Niedergang des deutschen Volkes aufzuhalten.

Sie dankt dem Minister des Innern für seine Bemühungen um eine Einschränkung der allzuvielen und langen Tanzvergnügungen, stellt aber mit Bedauern fest, daß die nachgeordneten Organe nicht immer wirksam genug ihnen entsprechen.

Was die Strandbäder betrifft, so erwartet die Konferenz, daß bezüglich der Kleidung usw. nicht bloß Vorschriften erlassen, sondern daß diese auch durchgeführt werden.

Sie verlangt ferner im Namen aller anständigen Menschen, daß endlich einmal das wilde Baden und nackte Herumliegen in allen Tälern unseres Schwarzwaldes verboten und das Verbot auch durchgeführt wird; die Zustände, wie sie im letzten Sommer in Alb- und Moosalbtale zu beklagen waren, dürfen unter keinen Umständen länger geduldet werden. Was bis jetzt bei allen Kulturvölkern in diesen Dingen noch selbstverständlich war, muß auch bei uns möglich sein, wenn unsere Jugend nicht vollends ganz zu Grunde gehen soll.

Schließlich erwarten wir ebenfalls in Uebereinstimmung mit den bischöflichen Weisungen, daß die katholische Presse sich der großen Verantwortung bewußt bleibt, die sie in diesen Dingen hat; wir erwarten von ihr, daß sie zu rechter Zeit immer wieder ein ernstes Wort redet, daß sie weder durch Inserate noch im Texte und erst recht nicht durch kritiklose Berichte Vereine und Bestrebungen unterstützt, welche in den Fragen der öffentlichen Sittlichkeit den katholischen Grundsätzen entgegenhandeln. Sie beauftragt die Leitung der heutigen Konferenz, alle nötigen Schritte zu tun, um dem guten katholischen Volke eine Presse zu verschaffen, der die Wahrung der Sitte höher steht als alle materiellen Rücksichten. Andererseits fordern wir alle Katholiken dringend auf, unsere Presse durch Abonnement, Mitarbeit und Inserate zu unterstützen und zu fördern.

Hockenheim, 20. Febr. (Besitzwechsel.) Das Gebäude der Federnfabrik an der Karlsruher Straße ging für 29 100 RM. in den Besitz der Hansabank Mannheim über.

Schwetzingen (bei Mosbach), 20. Febr. (Unglücksfall.) Der Holzhauer Emil Heinzler stürzte auf der Fahrt zu seiner Arbeitsstätte im Walde durch einen plötzlichen Gabelbruch seines Fahrrades so unglücklich, daß er mit einer schweren Gehirnerschütterung und bedenklichen Wunden im Gesichte auf der Straße liegen blieb. In bewußtlosem Zustande wurde er von Arbeitskollegen nach Hause verbracht.

Lichtenau, Amt Kehl, 20. Febr. (Ein Kind überfahren.) Die neun Jahre alte Annette Tiawatze aus Straßburg, die bei ihren Großeltern in Lichtenau zu Besuch weilte, wurde von einem mit Kies beladenen Anhänger eines Lastkraftwagens überfahren und erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Haslach i. K., 20. Febr. (Brennkessel explodiert.) Beim Schnapsbrennen explodierte der Brennkessel des Landwirts Maus. Durch die herausgeschleuderte Maische wurde der Küfer Roser schwer verbrannt. Die Verletzungen sind jedoch nicht lebensgefährlich.

Schönwald, 20. Febr. (Schwarzwald-Jugendskimeisterschaft.) Am Sonntag, den 23. Februar werden in Schönwald die Wettkämpfe um die erste Schwarzwald-Jugendskimeisterschaft des S. C. S. ausgetragen. Die skisportlich hochinteressante Veranstaltung verspricht sehr spannend zu werden. Der Langlauf, zu dem vormittags 9.30 Uhr in einer Juniorklasse gestartet wird, geht über eine Strecke von rund 5 Kilometer. Besonders anerkennend sei erwähnt, daß die Schönwalder Hoteliers sich bereit erklärt haben, von fernher eintreffenden Jugendlichen mit ihren Jugendleitern freies Quartier mit Frühstück zu gewähren.

Zum Oefinger Brandunglück

Oefingen, 19. Febr. Die Gendarmerie nahm unter dem Verdacht der Brandstiftung den Landwirt Kinzle und seine Frau fest und lieferte sie ins Amtsgefängnis Donaueschingen ein. Sie stehen im Verdacht bei dem großen Brand ihr Anwesen selbst angezündet zu haben. Nunmehr befinden sich 6 Personen wegen Brandstiftung in Untersuchungshaft, von denen zwei, wie bereits gemeldet, gestanden haben, Feuer gelegt zu haben.

Freiburg i. Br., 20. Febr. (Vermißt.) Vermißt wird seit dem 17. d. M. der 15 Jahre alte Mittelschüler Heinz Boustedt, zuletzt hier Klarastraße 42 wohnhaft. Ferner seit dem 17. d. M. der verheiratete Kaufmann Eduard Boll, geboren am 22. 1. 1902 zu Lörrach, zuletzt hier, Zähringerstraße 59, wohnhaft. Im letzteren Fall wird vermutet, daß er sich ein Leid angetan hat oder daß ein Unglück zugestoßen ist. — (Polizeibeamter überfallen.) Bei der Verfolgung von Tätern wegen Ruhestörung und Hausfriedensbruch fand ein Polizeiwachtmeister in den Kleingärten der verlängerten Egonstraße einen am Boden liegenden Mann. Im Begriff, diesem zu helfen und ihn vom Boden aufzuheben, wurde er hinterlistig von rückwärts überfallen und zu Boden geschlagen, wobei der Polizeibeamte erhebliche Verletzungen am Kopf und Schultern davontrug. Mit Hilfe von mehreren beherzten Männern gelang es kurz darauf, einen der vermutlichen Täter in der Nähe des Tatortes festzunehmen.

Freiburg i. Br., 20. Febr. (Südamerikanischer Besuch in Freiburg.) Eine Reisegesellschaft von 50 Südamerikanern — meist Akademikern — hat auf ihrer Informationsreise durch Europa auch der Schwarzwaldhauptstadt Freiburg einen Besuch abgestattet. Die Gäste unter Führung eines Reisemarschalls des Norddeutschen Lloyd besuchten auf Einladung der Stadtverwaltung eine Vorstellung des Stadttheaters und besichtigten Stadt, Münster und Umgebung.

Titisee, 20. Febr. (Titiseeregulierung genehmigt.) In öffentlicher Sitzung des Bezirksrates wurde das Gesuch der Schluchseewerk A.-G. über die Titiseeregulierung bzw. die Entnahme von Wasser aus dem Titisee sowie der Einbezug des Windgefällweihers und die Wasserentnahme aus diesem genehmigt.

Lörrach, 20. Febr. (Durch Starkstrom getötet.) Der 35 Jahre alte verheiratete Albert Philipp aus Maulburg, der an einem Leitungsmast beschäftigt war, kam der Leitung zu nahe, und wurde durch Starkstrom sofort getötet.

Zell im W., 20. Febr. (Religiöser Wahnsinn.) Im benachbarten Orte Hausen ist ein junger Mann irrsinnig geworden. Als der Arzt die Wohnung betrat, schlug der Irre heftig mit einem Stock auf ihn ein und rief dauernd, er wolle das Wort Gottes verkünden. Endlich gelang es, den Tobenden zu überwältigen. Er wurde in die psychiatrische Klinik in Freiburg eingeliefert.

Der Rumänen-Friedhof in Haltingen

Im Badischen Landtag waren die Verhältnisse auf dem Rumänenfriedhof in Haltingen kritisiert worden, weil dieser sich in einem ganz unwürdigen Zustand befinden sollte. Der Gemeinderat veröffentlicht jetzt eine Erklärung, in der er dieser Kritik entgegentritt und sie als unberechtigt bezeichnet. Die Gemeinde habe immer ihre Pflicht getan. Sie habe mehrere Wagen guter Erde auf den für Anpflanzungen völlig ungeeigneten Boden fahren lassen, habe außerdem die Holzkreuze mit einem Betonsockel versehen und werde, falls der im vorigen Winter erfrorene Efeu nicht wieder ausschlagen sollte, auch für eine neue Bepflanzung der Grabhügel sorgen.

Schopfheim, 20. Febr. (Sprengunglück.) Im Steinbruch Abbiati in der Nähe von Tegernau wurden der Sohn des Steinbruchbesitzers Dominik Abbiati und sein Schwager Ernst Walter, als sie eine Sprengladung zu früh betraten, verletzt. Während Abbiati mit leichteren Verletzungen davonkam, mußte Walter ins Schopfheimer Krankenhaus übergeführt werden.

Die Leiche der Frau Dreßler geländet

Der Ehemann der Mörder?

Waldshut, 19. Febr. Die Leiche der seit dem 5. Febr. vermißten, von ihrem Mann getrennt lebenden Frau Ida Dreßler, wurde gestern bei Dogern geländet. Dreßler, der bekanntlich seine Frau telegraphisch von Wollmatingen, wo sie wohnte, nach Waldshut bestellt hatte und in Konstanz wenige Tage nach dem Verschwinden seiner Frau festgenommen wurde, ist in das Amtsgefängnis Waldshut übergeführt worden.

Bermatingen, Amt Ueberlingen, 20. Febr. (Endlich gefaßt.) Den Bemühungen der Gendarmerie ist es jetzt gelungen, den Wüstling zu fassen der vor einiger Zeit eine Landwirtsehefrau in unsittlicher Absicht anfiel und, nachdem dieser die Flucht gelang, eine andere Frau auf dem Feld überfiel. Zuerst wurde ein Handwerksbursche als der Untat verdächtig festgenommen. Die Gendarmerie hat aber auch die anderen Verdachtsmomente weiterverfolgt und nun einen in der Nähe bediensteten Knecht verhaftet. Umfassende Beweise liegen bereits vor.

Neuhausen, Amt Engen, 20. Febr. (Freches Gaunerstück.) Landwirt Bernhard Dietrich hatte vor einiger Zeit zwei Ochsen für 1150 RM. verkauft und wollte dafür zwei jüngere einstellen. Er verhandelte auch mit zwei Burschen, die ihm angeblich zwei Ochsen verkaufen konnten. Die Verkäufer kamen jedoch nicht wieder und der Landwirt mußte entdecken, daß ihm die 1150 RM. gestohlen worden waren.

Straßennotflagge für Autofahrer.

Durch Unglücksfälle und Pannen kann jeder Kraftfahrer leicht in die Lage kommen, auf offener Straße der Hilfe anderer zu bedürfen. Bisher war es in solchen Fällen den betreffenden Fahrern nur schwer möglich ihre Notlage vorüberkommenden Fahrzeugen in auffallender Weise kenntlich zu machen. Einfaches Winken mit der Hand wird leicht übersehen oder auch mißdeutet. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, hat der Deutsche Touring-Club (DTC.) die Initiative ergriffen und eine Notflagge eingeführt, die zusammengerollt bequem in einer Tasche mitgeführt werden kann. Die rechteckige Flagge, 40 × 60 Zentimeter groß, ist von roter Farbe und enthält in schwarzen Buchstaben das Wort „Hilfe" in ovalem weißem Feld. Durch ihre auffallende Farbe ist die Gewähr gegeben, daß die Fahne, wenn sie am Wagen angebracht bzw. vom Fahrer hochgehalten wird, von weitem schon gut sichtbar ist und nicht übersehen werden kann. Der DTC. hat sich auch an die zwei anderen großen Kraftfahrer-Organisationen, den ADAC. und AvD. gewandt und sie aufgefordert, im Interesse der Allgemeinheit der Kraftfahrer auch in ihrem Mitgliederkreis für die Notflagge zu werben.

Badisches Landestheater

„Ingeborg."

Curt Götz hat schon ergötzlichere Dinge geschrieben als diese „Ingeborg". Draußen im Konzerthaus, das ja sein eigenes Publikum hat, wäre sie das klassische Zugstück geworden; in diese vergleichsweise heiligen Hallen des Landestheaters verpflanzt, nimmt sie sich wie ein Gast aus, der über die Treppe „für Lieferanten" widerrechtlich Zutritt zur besseren Gesellschaft gefunden hat (über welch letztere wir, nebenbei, unsere eigene Meinung haben). Es ist ein nicht unwitziges, manchmal aber recht fades Geplänkel zu dreien über die Erlaubtheit oder Nichterlaubtheit eines Ehebruchs — das Thema schon stempelt den Unsinn zu einer Angelegenheit schlüpfriger Asphaltliteratur, für die der Berliner ein angeborenes Verständnis aufbringen mag, die aber ganz fehl am Ort ist, sobald sie die geschützten Bezirke von Berlin W verläßt. Curt Götz, der sein eigener Darsteller ist und als tüchtiger Berliner Schauspieler sich auf Theaterwirkungen versteht, erweist sich auch hier wieder als ein meisterlicher Küchenchef für menschliches Wildpret, und wie er es auf reich garnierten Schüsseln nachher zu servieren weiß, das zeigt ihn auch als einen Mann von ausgeprägtem ästhetischen Geschmack. Dies alles zugegeben, bleibt unsere Meinung doch zu Recht bestehen, daß man uns mit derartigen Kostproben doch lieber hätte verschonen sollen, zumal, um im Bilde zu bleiben, die Bedienung nicht den wünschenswerten letzten Schliff von Eleganz und Zungenfertigkeit hatte. Es war gewissermaßen die zweite oder dritte Garnitur, die an diesem Abend Dienst tat, für unsere mittleren Verhältnisse indessen die beste, die aufgetrieben werden konnte. Darüber darf man sich nicht wundern wenn man weiß, daß es in den letzten Jahren unterlassen wurde, auch unser Lustspielensemble auf der Höhe zu halten, die einmal, auch in diesen Spalten, Bewunderung erregt hatte. So aber kam die Aufführung über mehr oder weniger deutliche Schwankwirkungen nicht hinaus, alles wurde zu schwer und zu stofflich genommen — der gewisse Esprit, die schwebende Heiterkeit stieg nicht in leichten Wölkchen kräuselnd auf, sondern senkte sich allzu gewichtig zu Boden. Das soll nicht heißen, daß sich die Spieler nicht die beste Mühe gegeben hätten; aber kein Mensch kann nun einmal aus seiner Haut. Eva Quaiser traf den unbeschwerten Konversationston noch am besten, sie sah zudem in den verschiedenen Gesellschaftskleidern entzückend aus. Hermann Brand und Alfons Klöble als ihre männlichen Partner hatten ihre besten Momente in der großen Bowlenszene, wo sie im angeheiterten Zustande ganz niedliche Stilproben von sich gaben; aber sonst und im ganzen kämpften sie einen vergeblichen Kampf gegen ihre eigene Erdenschwere. Hermine Ziegler konnte sich als einzige einen burschikosen Ton leisten, die Gelegenheit dazu nützte sie denn auch weidlich aus, so daß eine brüllend echte Tante Ottilie das Haus erheiterte. Den sonderbaren Diener spielte Paul Müller mit vergnüglicher Pose. Dr. Walter Landgrebe war nicht schuld an der allgemeinen Enttäuschung, er machte aus dem Stück, was nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte zu machen war. Und durfte als witziger Ansager des Spiels zu Beginn des Abends sich selbst recht beifällig vorstellen. H. A. B.

Ein Großer starb vor 75 Jahren!

Zum Gedenken an einen Frühvollendeten: Karl Friedrich Gauß.

„Sein Geist drang in die tiefsten Geheimnisse der Zahl und der Natur. Er maß den Lauf der Gestirne, die Gestalt und die Kräfte der Erde. Die Entwicklung der mathematischen Wissenschaften eines kommenden Jahrhunderts trug er in sich" — diese Worte finden sich im Ehrensaal des Deutschen Museums in München unter dem Bildnis des „Fürsten der Mathematiker": Karl Friedrich Gauß. Er ist in der ersten Stunde des 23. Februar 1855 — vor 75 Jahren — in Göttingen gestorben.

Der Name Karl Friedrich Gauß steht über einem der genialsten Kapitel in der Geschichte menschlicher Geistesarbeit. Mit diesem Namen unlösbar verknüpft sind die Untersuchungen über die Zahlenlehre, ist die Bahnberechnung der kleinen Planeten Ceres, die Erfindung und Verwendung des ersten elektrischen Telegraphen, neue bis heute gültige Erkenntnis über den Erdmagnetismus, die Aufstellung des heute in der ganzen Welt üblichen absoluten Maßsystems und eine große Reihe bedeutender Untersuchungen auf dem Gebiet der reinen Mathematik.

Eine Aufzählung der wissenschaftlichen Großtaten eines Gauß würde mehrere Bände füllen, sollte sie lückenlos sein. Dabei hat diese geniale Schöpferkraft in einem Menschen gewirkt, dessen äußeren Lebensumstände ihm fast unüberwindliche Schwierigkeiten bei dem steilen Aufstieg zu den höchsten Gipfeln geistiger Arbeit bereiten mußten.

Sein Vater war Lehmarbeiter, Maurer, später Metzger, dann Aufseher der Brunnenleitung der Stadt Braunschweig und zuletzt Bote einer Sterbekasse. Schon als dreijähriger soll Karl Friedrich Gauß eines Tages seinen Vater beim Auszahlen von Tagelöhnern auf einen Rechenfehler aufmerksam gemacht haben, als zehnjähriger beschäftigte er sich mit höherer Analysis; lesen lernte er selbständig, indem er sich bald von diesem, bald von jenem Hausgenossen einen unbekannten Buchstaben angeben ließ. Schon auf der Katharinenschule in Braunschweig wurde seine außergewöhnliche Begabung entdeckt; er fand in dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig einen Gönner, der ihm das Weiterstudium ermöglichte.

Schon mit 24 Jahren begründete der junge Gelehrte mit einer eigenartigen Arbeit seinen Weltruhm: In der ersten Nacht des 19. Jahrhunderts hatte G. Piazzi einen kleinen Stern achter Größe entdeckt der bisher auf keiner Sternkarte zu finden war. Da dieser Himmelskörper eine starke Eigenbewegung aufwies, konnte er kein Fixstern sein; gegen einen Kometen sprach die nicht parabolische Bahn. Man vermutete in ihm einen Planeten und gab ihm den Namen Ceres. Im ganzen war dieser Stern nur etwa einen Monat lang zu beobachten gewesen und dann infolge seiner Sonnennähe unsichtbar geworden. Es galt jetzt, um ihn wieder aufzufinden, seine mutmaßliche Bahn zu berechnen und zwar auf Grund der ganz ungenügenden Beobachtungsergebnisse, die vorlagen. Der Versuch mißlang. Im Herbst 1801 aber wurden Gauß die Beobachtungen Piazzis bekannt, und bereits 3 Monate später veröffentlichte er die Bahnberechnung des Ceres, die am 1. Januar 1802 dazu führte, daß Olbers in Bremen den Stern genau an der von Gauß vorher berechneten Himmelsstelle wiederfand.

Seit 1807 wirkte Gauß als Direktor an der Sternwarte in Göttingen, seit 1830 zusammen mit dem ihm eng befreundeten Physiker Wilhelm Weber. Jetzt häufen sich interessante Entdeckungen, Berechnungen, Abhandlungen, jetzt wird von diesem unerschöpflichen Hirn ein gewaltiges Hochgebirge wissenschaftlicher Erkenntnisse in rastloser Arbeit aufgetürmt. Gauß ersann die Meßapparate zur zahlenmäßigen Bestimmung der erdmagnetischen Kraft an jeder Stelle der Erdoberfläche. Er bestimmte rechnerisch im voraus die Lage der Magnetpole unseres Planeten, aufbauend auf der von ihm geschaffenen Theorie des Erdmagnetismus; den magnetischen Südpol fand am 1. Juni 1841 die Roßexpedition tatsächlich genau an der von Gauß vorausgesagten Stelle. Im „Absoluten Maßsystem", der ersten klaren Begriffsbildung physikalischer Größen, dem sogenannten Centimeter-Gramm-Sekunden-System, hat er die Grundlagen gegeben für alle physikalischen Messungen, die heute auf der Welt ausgeführt werden.

Ganz nebenbei, als Hilfsmittel für seine magnetischen Studien d. h. um in einen Schnellverkehr mit seinem Freund Weber vom physikalischen Institut treten zu können, baute er den ersten elektrischen Telegraphen, von dem er übrigens überzeugt war — damals schon: 1838 — daß „auf diese Weise auf einen Schlag von Göttingen nach Hannover und von Hannover nach Bremen telegraphiert werden könnte!" Er ist auch der Erfinder einer — im weitesten Sinne gesehen — „drahtlosen Telegraphie", denn er schuf den Heliographen, jenes Spiegelinstrument, welches lange Zeit für militärische Zwecke eine große Rolle gespielt hat, wobei Lichtblitze (reflektiertes Sonnenlicht) zur Nachrichtenübermittlung auf verhältnismäßig große Entfernungen benutzt wurde.

In der mathematischen Wissenschaft der Gegenwart, in dieser Disziplin des menschlichen Denkens, die heute die allergrößten Anforderungen an die Geistesschärfe des Hirns der abendländischen Rasse stellt, gibt es nur wenig Probleme, die nicht in irgendeiner Form in den mathematischen Erkenntnissen von Gauß ihren Ausgangspunkt finden — und das nach 75 Jahren einer Entwicklung, die gerade für die Mathematik und die Naturwissenschaften einen besonders steilen Aufstieg zu verzeichnen hat. Man darf dabei nicht vergessen, daß Gauß mit seinen mathematischen Arbeiten zunächst in dem Deutschland seiner Zeit nur auf sehr wenig Verständnis stieß, denn der Beginn des 19. Jahrhunderts sah eigentlich nur französische Forscher an der Arbeit, wie d'Alembert und seine Nachfolger, die im Reich der Mathematik sich vorwärtskämpften. So wurde Gauß der Begründer der deutschen Mathematik, der „Fürst der Mathematiker".

Hanns Derstroff.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

HANDEL / WIRTSCHAFT / VERKEHR

Oeffentliche Hand in der Privatwirtschaft

Die Merkuria schreibt in Nr. 22:

Vorstehende Ueberschrift berührt ein in der Oeffentlichkeit stark umstrittenes Kapitel. Gerade in den letzten Monaten ist diese Frage auf großen Tagungen, in Versammlungen und Diskussionen, nicht zuletzt auch durch die gesamte Tages- und Fachpresse, sehr stark in den Vordergrund der Erörterungen gestellt worden. Sehr maßgeblich haben dazu vor allem die bekannten sich um den Sklarek-Skandal gruppierenden Berliner Vorgänge beigetragen. Unser vorigjähriger Verbandstag in Karlsruhe hat die schon alte Stellungnahme unseres Verbandes noch einmal in folgender Entschließung niedergelegt:

„Im Artikel 164 der Reichsverfassung ist dem Mittelstande in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel zugesagt, ihn in der Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Aussaugung zu schützen. Der wirtschaftlich hart bedrängte kaufmännische und gewerbliche Mittelstand wartet bis heute vergebens auf die Einlösung dieses Versprechens. Neben den Maßnahmen, die auf steuerlichem Gebiet zu treffen sind, halten wir für notwendig: die öffentliche Hand hat sich jeder wirtschaftlichen Betätigung zu enthalten, soweit es sich nicht um die Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität handelt."

Diese Forderung ist auch im abgelaufenen Jahre den gesetzgebenden Körperschaften wiederholt unterbreitet worden. In diesem Zusammenhang soll unseren Mitgliedern die Stellungnahme nicht vorenthalten werden, die der Preußische Landtag im Monat Oktober zu diesem Problem eingenommen hat.

Dem Ausschuss für Gemeindeangelegenheiten lagen mehrere Anträge zur Beratung vor. In einem dieser Anträge wurde u. a. die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit bei Errichtung wirtschaftlicher Unternehmungen und bei Uebernahme neuer Aufgaben durch die kommunalen Selbstverwaltungskörper gefordert. Ein noch weiter gehender Antrag verlangte das völlige Verbot privatwirtschaftlicher Betätigung durch die Kommunen. Um es vorweg zu sagen: Beide Anträge wurden abgelehnt.

Daß die Sozialdemokraten jeglicher Schattierung die immer stärkere privatwirtschaftliche Betätigung der Kommunen anstreben und auf diesem Wege ihre bisher unerfüllt gebliebenen Sozialisierungsabsichten zu verwirklichen suchen, ist bekannt. Man kann schließlich auch verstehen, wenn bei der parteipolitischen Zusammensetzung der Parlamente ein völliges Verbot heute kaum oder auch gar nicht zu erreichen ist. Von allen nicht sozialistischen Parteien hätte man aber erwarten müssen, daß sie einer ungehemmt weiteren Ausdehnung privatwirtschaftlicher Betätigung der Kommunen durch ihre Zustimmung zu der geforderten Zweidrittelmehrheit einen Riegel vorgeschoben oder sich doch wenigstens zu diesem Verlangen bekannt hätten.

Wirtschaftsschau

Handels- und Gewerbebank Karlsruhe. Wie WTB. Handelsdienst erfährt, ist in dem gerichtlichen Vergleichsverfahren der Handels- und Gewerbebank Karlsruhe Verkündigungstermin über die Annahme oder Ablehnung des vorgelegten Vergleichsvorschlages auf Dienstag, den 26. Februar, anberaumt worden. — Während, wie berichtet, die beiden Vertrauenspersonen des Gläubigerausschusses die Quote auf etwa 40 Prozent schätzten, dürften nach dem vom Bücherrevisor Sommer auf Grund der jüngsten Prüfung der Bücher erstatteten Bericht über 60 Prozent, vermutlich 64 Prozent herauskommen.

Berliner Karlsruher Industrie A.-G. Der Prozeß des Generaldirektors v. Gontard gegen die Gesellschaft ist durch Vergleich beigelegt worden.

Eine Million Reichsmark Verlust bei Emelka. Die Münchener Lichtspielkunst A.-G. (Emelka) gibt bekannt, daß sich für das Zwischengeschäftsjahr Januar-Juni unter Berücksichtigung von 012 Millionen Reichsmark Gewinnvortrag ein Verlust von 962 630 Reichsmark ergibt (i. V. 004 Millionen Reichsmark Gewinn). Dieser sei entstanden durch den Film „Waterloo"; er sei ferner eine Folge der vorsichtigeren Bewertung des vorhandenen Filmbestandes, die mit Rücksicht auf die Umstellung vom stummen Film zum Tonfilm erforderlich ist. Im laufenden Jahre, das sich im allgemeinen nicht schlecht angelassen hat, mache sich im Theatergeschäft die allgemein ungünstige Wirtschaftslage fühlbar. Die Produktion ist noch nicht wieder in Angriff genommen bis auf einen Tauber-Film, der in Berlin hergestellt wird.

Autoabsatz nach der Schweiz. Im Jahre 1929 führte die Schweiz 6250 Motorfahrzeuge und 14 000 Fahrräder im Gesamtwert von 83 Millionen schweizer Franken gegen 81 Millionen im Jahre 1928 ein. Während derselben Zeit betrug die schweizerische Ausfuhr von Motorfahrzeugen, vor allem Lastwagen und Motorrädern, 23,5 Millionen Franken.

Zu den Einschränkungen in der amerikanischen Kunstseidenindustrie. Die Verwaltung der Kunstseide Unie hat aus Anlaß der Meldungen über eine Einschränkung der Erzeugung der American Bemberg und der American Glanzstoff um 15 Prozent im Amsterdamer Telegraaf mitgeteilt, daß sie zwar noch keinen Bericht über die Betriebseinschränkung der amerikanischen Tochtergesellschaften erhalten habe, aber die Möglichkeit solcher Maßnahmen zugeben müsse, da diese Politik der Aku-Courtaulds-Gruppe hinsichtlich der Herabsetzung der Vorräte entsprechen würde. Außerdem ist die Lage am Kunstseidemarkt gedrückt, und die Nachfrage blieb seit Jahresbeginn, mit Ausnahme von einigen Spezialartikeln, unbefriedigend. Die Aussichten der Kunstseidenindustrie seien auch im Hinblick auf den schleppenden Gang der Verhandlungen über ein Abkommen zwischen den europäischen Erzeugern unsicher.

Konkurs einer Weingroßhandlung. Das Amtsgericht Ueberlingen hat am 11. Februar über das Vermögen der Firma Karl Trunz, Weingroßhandlung in Meersburg am Bodensee, den Konkurs eröffnet. Zum Verwalter wurde Kaufmann Fritz Mangold in Ueberlingen bestellt. Die erste Gläubigerversammlung findet am 10. März statt.

Weitere Insolvenz im pfälzischen Holzgroßhandel. Die Zahlungsschwierigkeiten bei der Holzgroßhandlung Karcher u. Raquet in Kaiserslautern haben nunmehr zur Konkurseröffnung zugleich über das Vermögen des alleinigen Inhabers Friedrich Karcher geführt. Zum Verwalter ist Rechtskonsulent Jean Rubel in Kaiserslautern ernannt worden. In einer Gläubigerversammlung am 15. März soll u. a. auch ein Gläubigerausschuß bestellt werden.

Auflegung der Badenwerk-Anleihe in der Schweiz. Von der 6prozentigen Fr. 12 Mill.-Anleihe der Badischen Landes-Elektrizitäts-Versorgung A.-G. (Badenwerk) Karlsruhe sind bekanntlich Fr. 8 Mill. von einem schweizerischen Großbankenkonsortium einschließlich der Kantonalbank von Bern fest übernommen worden und werden jetzt, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, bis und mit 24. Februar zu 95 Prozent zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Schweizerische Creditanstalt wurde als Treuhänderin für die Gesamtheit der Teilschuldenverschreibunggen bezeichnet. Laut Prospekt wird auch für das am 31. März ablaufende Geschäftsjahr mindestens wieder eine Dividende von 9 Prozent ausgeschüttet werden.

Hunderttausende deutscher Volksgenossen von Kreditschwindlern bedroht!

Ein Hilferuf der Osnabrücker Handelskammer

Die Industrie und die Handelskammer in Osnabrück befaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Lage des deutschen Kreditmarktes. Dabei wurde auch der Kreditschwindel einer Erörterung unterzogen. Man beschloß folgenden Hilferuf an die „zuständigen Behörden" zu erlassen: „Es ist an der Zeit, die Behörden auf Genossenschaften und Gesellschaften aufmerksam zu machen, die sich mit Kreditbeschaffung befassen, obwohl sie bei der Gründung nur über ein belangloses Kapital verfügen, das kaum für die erste Propaganda ausreicht. Die Darlehen werden nur dadurch möglich, dass jeder Darlehnssucher, der Mitglied wird, ausser einem nicht unbeträchtlichen Mitgliedsbeitrag einen Teil derjenigen Summe, die er als Kredit erstrebt, selber an das Kreditinstitut einzahlen muss, sobald er um Kredit ersucht. Das geschieht in Hunderttausenden von Fällen, weil die Kreditsuchenden der irrigen Meinung sind, dass sie mit der Einzahlung einen gesicherten Rechtsanspruch auf die Auszahlung der Kreditsumme erwerben. Tatsächlich hat der Kreditsuchende keine Sicherheit, weil ja erst eine Reihe von Kreditsuchenden außer den Mitgliedsbeiträgen die erforderlichen Prozentsätze einzahlen müssen, ehe ein einziger der Kreditsuchenden Kredit erhält. Dabei ist es gleichgültig, ob die Kreditauszahlung durch behördlich genehmigte Auslosung oder nach der Reihe in einem Kettensystem erfolgt das zwischen Glücksspiel und Schneeballsystem steht. Beide Arten dieser Kreditinstitute müssen zusammenbrechen sobald die Kette der Beteiligten reißt, und bei beiden Systemen muß endlich die überragende Mehrheit der Kreditsuchenden nicht nur leer ausgehen, sondern muß auch die Mitgliedsbeiträge und den eingezahlten Hundertsatz der erstrebten Kreditsumme verlieren, der bis zu 25 v. H. dieser Summe beträgt. Deshalb muss vor einer Beteiligung an solchen Unternehmungen gewarnt und die zuständigen Behörden müssen gebeten werden, diesen bedenklichen Zuständen auf dem deutschen Kreditmarkt ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen, zumal sich die Zahl dieser Kreditinstitute in bedrohlicher Weise vermehrt und Hunderttausende von Darlehnsbeflissenen sich beteiligen, weil sie nicht erkennen, dass schon die niedrige Verzinsung und die scheinbar günstigen Amortisationsbedingungen, die unter den heutigen Verhältnissen sich mit keiner auch nur allenfalls gesunden Geldwirtschaft vereinbaren lassen, das Unlautere dieser Art von Kreditbeschaffung beweisen." (W.d.)

Die Fried. Krupp A.-G. schließt ihr Geschäftsjahr 1928/29 mit einem Betriebsüberschuß von 38 160 399,21 RM. gegen 40 019 916,66 RM. im Vorjahr. Hinzu kommen noch verschiedene Einnahmen (Ertrag aus Beteiligungen, Zinsen usw.) in Höhe von 6 941 094 59 (i. V. 3 664 283,99) RM. sowie der Gewinnvortrag aus 1927/28 in Höhe von 4 013 883,73 (1 036 673,63) RM. Dagegen betragen die Steuern einschließlich Industriebelastung 15 619 765,67 (14 021 223,73) RM., die Ausgaben für Angestellten- und Arbeiterversicherung 12 016 645,49 (11 867 303,38) RM., die freiwilligen Wohlfahrtsausgaben 5 313 026,29 (5 380 088,69) RM., Zinsen, Bergschäden, Patentabgaben, Lizenzgebühren, Abschreibungen auf Wertpapiere u. dgl. 5 246 828,21 (6 438 374,75) RM. Insgesamt erreichen die Ausgaben 38 196 265,66 (37 706 990,55) Reichsmark. Es ergibt sich also ein Reingewinn von 10 919 111,87 RM. gegen 7 013 883 73 im Vorjahr. Die Beihilfen für die Pensionäre wurden auch im verflossenen Jahre aus der Geschäftskasse bestritten. Der bisherige, unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitnehmer verwaltete Sonderfonds für die Sicherstellung dieser Beihilfen in Höhe von 3 Mill. RM. bleibt daher unverändert, sofern er nicht durch die von der Steuerbehörde noch immer festgehaltene Forderung der Besteuerung dieser Summe eine Verminderung erfährt. Von der Ausschüttung einer Dividende wird abgesehen. Nachdem die frühere Rückstellung auf Werkerhaltungskonto im abgelaufenen Geschäftsjahr zu Sonderabschreibungen auf die Neuanlagen bestimmungsgemäß verwandt wurde, wird aus dem Reingewinn diese Rücklage in der ursprünglichen Höhe von 9 Mill. RM. neugebildet, um für weitere Aufgaben auf dem Gebiete betrieblicher Erneuerungen gerüstet zu sein. 1919 111,87 (4 013 883,73 RM. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Grün & Bilfinger A.-G. in Mannheim. Die Kursbesserung der Aktien in den letzten Börsentagen dürfte nach einer Meldung des „B.B.C." auf die Möglichkeit einer Dividendensteigerung bei dieser Gesellschaft zurückzuführen sein. Man rechnet mit einer Erhöhung von 12 auf 14 Prozent.

Börsen

Berlin, 20. Febr. Der Vormittagsverkehr und die Vorbörse lagen zwar völlig geschäftslos, doch war eine etwas zuversichtlichere Stimmung zu erkennen, und man hoffte, dass sich die höheren Abendkurse würden behaupten können. Die relativ schnell zum Abschluss gelangten Berliner Kreditverhandlungen, die Zunahme der Ruhrkohlenförderung, der Goldzufluß aus Spanien und die internationale Verständigung der Rohgummiproduzenten gaben mehr oder weniger stark wirkende Anregungen. Der schwächere Schluß in Newyork fand keine Beachtung und die Dividendenreduktion der Adca kam nicht mehr überraschend. Infolge der drückenden Geschäftslosigkeit lag das Anfangsniveau teilweise etwas unter den gestrigen Abendkursen, gegenüber dem Berliner Schluß aber meist 1—1½ Proz. gebessert. Darüber hinaus gewannen Schade 4¼ Proz., Polyphon 3¾ Proz., Zellstoff Waldhof 2¾ Proz., Aschaffenburger Zellstoff 2½ Proz., Rheinische Braunkohle 2⅝ Proz., Aku 2½ Proz. und Hotelbetrieb 2 Proz. Gesfürel und Dessauer Gas eröffneten ebenfalls recht freundlich. Hammersen mußten wieder minus notiert werden, daneben verloren Werte wie Hansa Lloyd, Schlesisch Zinn, Felten & Guillaume, Gebr. Körting, Feldmühle, Svenska und Deutsch-Atlanten bis zu 2 Proz. Im Verlaufe wurde es, hauptsächlich auf Deckungen, freundlicher. Die Kurse zogen um zirka 1 Proz. an. Farben waren auf die zur Beratung stehenden Abfindungen in Amerika etwas gesuchter. Für die übrigen Märkte stimulierten Meldungen, wie die voraussichtlich unveränderte Dividende bei Eisenbahnverkehrsmittel, die Pläne Moldenhauers zur Entlastung der Wirtschaft nach erfolgter Sanierung der Reichsfinanzen und das Zusammenarbeiten der Danatbank mit I. Behrenberg, Goßler & Co. Anleihen behauptet, Ausländer nicht einheitlich, vielfach etwas freundlicher. Pfandbriefe besser, Liquidationspfandbriefe und Anteilscheine matter, auch Stadtanleihen etwas nachgebend. Devisen angeboten, Pfunde etwas fester, Spanien anziehend, Paris leicht erholt, Buenos und Rio leichter. Geldmarkt weiter erleichtert, Tagesgeld 4—6½, Monatsgeld 7—8½ Proz. Hammersen wurden im Verlaufe mit einem Verlust von 6½ Proz. gegen den Vorkurs zur Notiz gebracht. Im weiteren Verlaufe setzten sich in den Hauptwerten kräftige Besserungen durch.

Frankfurt a. M., 20. Febr. Trotzdem infolge des großen Ordremangels an der Abendbörse nur vereinzelt Umsätze zustande kamen, blieb die Grundstimmung freundlich. Die Kurse waren zumeist gut behauptet; nennenswerte Veränderungen gegen den Berliner Schluß traten nicht ein. Auch die Rentenmärkte lagen geschäftslos. Auch im Verlaufe erfuhr das Geschäft keine Belebung. Der franz. Franken wurde amtlich mit 16.39 notiert.

Einigung der Favag-Gläubiger

In der Sitzung des Gläubigerkomitees der Favag am Montag ist ein Vergleichsvorschlag entworfen worden, der die einstimmige Billigung des Gläubigerkomitees gefunden hat. Danach wird den Gläubigern ein außergerichtlicher Vergleich vorgeschlagen.

Die Favag soll alsbald in Liquidation treten. Die Abwicklung wird von den Liquidatoren gemeinsam mit einem Gläubigerausschuß durchgeführt, der aus 14 Personen besteht. In diesem Ausschuß sind vertreten: die ausländischen Finanzgläubiger mit 4 Sitzen, die Versicherungsgläubiger mit 4 Sitzen, die inländischen Finanzgläubiger mit 2 Sitzen und die Verwaltungsbanken mit 4 Sitzen.

Der Liquidationserlös wird in folgender Weise zur Befriedigung der Kreditoren verwendet: Zunächst erhalten sämtliche Gläubiger mit Ausnahme der Banken, die der Favag nahestehen, 40 Proz. ihrer Forderungen. Alsdann erhalten diejenigen Gläubiger, welche am 16. November 1929 weder gedeckt waren noch außer der Favag andere Schuldner für ihre Forderungen hatten, weitere 10 Proz. Nach diesen Gläubigern erhalten die der Favag nahestehenden Banken 40 Proz. ihrer Forderungen. Ein etwa verbleibender Rest wird nach konkursmäßigen Grundsätzen unter sämtliche Gläubiger verteilt. Ein deutsches Bankkonsortium gewährt der Favag alsbald nach Zustandekommen des Vergleichs einen Kredit von 8 Millionen RM., wogegen die sofortige Ausschüttung einer Quote von 20 Proz. auf die festgestellten Forderungen ermöglicht wird. Im übrigen garantiert dieses Bankenkonsortium sämtlichen Gläubigern eine Quote von 20 Proz. für den Fall, daß der Vergleich zustandekommt. Als Stichtag für die Anmeldung der Forderungen ist der 16. November 1929, das ist der Tag des Erlasses des Zahlungsverbots, festgelegt worden. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung ist einstimmig vom Gläubigerkomitee ersucht worden, sämtliche Maßnahmen zu treffen, welche die Durchführung des vorgeschlagenen Vergleichs auf außergerichtlichem Wege möglich machen.

Das Gläubigerkomitee hat einstimmig beschlossen, den ausgearbeiteten Vergleichsvorschlag den Gläubigern zur Annahme zu empfehlen.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse vom 20. Febr. Weizen märk. 232 bis 235, März 241,50—240,25, Mai 252,50—252, Juli 161 bis 259,50, Roggen 169—173, März 168—169, Mai 173,50—174, Juli 175,50-175,75, Braugerste 160-170, Industrie u. Futtergerste 140—150, Hafer, märk. 123—133, März 138, Mai 144, Juli 149, Weizenmehl 27,25—34⅝, Roggenmehl 20,75—24,25, Weizenkleie 8—8.50, Roggenkleie 7,25—75, Viktoriaerbsen 22—29, kleine Speiseerbsen 20—22, Futtererbsen 16—17, Peluschken 16,50—18,50, Ackerbohnen 16,50—18.50, Wicken 18,50—23, Lupinen, blaue 13—14, gelbe 16—17,50, Seradella, neue 23—28, Rapskuchen 15,50—16, Leinkuchen 18—18,75, Trockenschnitzel 6.70—6,80, Soyaextractionsschrot 14—15.20, Kartoffelflocken 13—13,50, Speisekartoffeln, weiße 1,70—2,00, rote 3,70—4,10, gelbfleischige 2,50—2,80, Fabrikkartoffeln 7,75—8,75.

Berliner Metallbörse vom 20. Febr. Elektrolytkupfer 170.50, Raffinadekupfer 148—150, Standardkupfer 136,50—139,50, Standardblei per Febr. 40,75-41,75, Australzinn 180, Silber per kg 59.25—61,25, Gold Freiverkehr p. 10 Gramm 28—28,20, Platin Freiverkehr p. 1 Gramm 6,50—8,50.

Mannheimer Produktenbörse vom 20. Febr. Weizen, inl. 26, ausl. 28—32, Roggen, inl. 17,75, Hafer, inl. 15,75—16,50, Braugerste 18,50—20,50, Futtergerste 15—16, Mais 16, Soyaschrot 15—15,25, Biertreber, mit Sack 12—12,25, Trockenschnitzel 9,25 bis 9,50, Wiesenheu 10—10,60, Rotkleeheu 10,40—10,80, Luzernkleeheu 11—11,80, Preßstroh Roggen-Weizen 5,30—5,50, Hafer-Gerste 5,30, geb. Stroh, Roggen-Weizen 5,60—5,80, Hafer-Gerste 5,40—5,70, Weizenmehl Spezial 0, mit Sack 39, Roggenmehl, mit Sack 25—29, Weizenkleie (feine) mit Sack 8. Tendenz: ruhig. Das große Angebot vom Ausland und die ermäßigten Forderungen von dort beeinflussen den hiesigen Markt in ungünstiger Weise. Der Konsum blieb weiter zurückhaltend.

Schweinemarkt in Bruchsal vom 19. Februar. Angefahren wurden: Milchschweine 63, Läufer 13, verkauft wurden: Milchschweine 60, Läufer 13, höchster Preis, Paar Milchschweine 82, Läufer 105, häufigster Preis, Paar Milchschweine 75, Läufer 95, niedrigster Preis, Paar Milchschweine 70, Läufer 90.

Viehmarkt in Bruchsal. Großvieh Stück 100, Kleinvieh Stück 42, Kälber Stück 19.

Der erste Freiburger Weinmarkt. Es ist nicht nur in den Kreisen der Winzer, sondern auch bei den anderen Weininteressenten, d. h. den Konsumenten mit großer Genugtuung aufgenommen werden, daß Freiburg, das sich mit Recht „die Stadt des Weines" nennt, unsern nicht auf Rosen gebetteten Weinbauern die Möglichkeit gibt, ihre Erzeugnisse in Form eines Marktes zum Absatz zu bringen. Winzerkreise selbst sind es gewesen, die die Anregung zur Abhaltung des Marktes gegeben haben. Die Beschickung des Marktes durch die Weinproduzenten des Kaiserstuhls und der benachbarten Weinbaugebiete ist daher auch eine ungewöhnlich starke. Wie wir vernehmen, sind bereits jetzt — vor Ablauf des Meldetermins, der endgültig auf den 22. Februar festgestezt wurde, über 200 Sorten Weine angemeldet worden. Es wird also die denkbar größte Auswahl an einfachen Konsumweinen der billigsten Preislagen über die süffigen Tischweine bis zu den edlen Spitzenweinen bekannter Lagen und Erzeuger vorhanden sein. Mit Rücksicht auf die Weinmärkte in Offenburg und Müllheim mußte der Termin des Freiburger Marktes schon auf Mittwoch den 26. Februar, gelegt werden.

Häute- und Fellauktion in Frankfurt a. M. Es wurden folgende Preise erzielt (in Pfennigen): Klasse I: rote ohne Kopf, rein und beschädigt (für Notierungen mit Kopf sind die Preise in Klammern beigefügt): Kuhhäute: 30—49 Pfd. 68—72 Pfg., 50—59 Pfd. 66—73,50, 60—79 Pfd. 65—72, 80—99 Pfd. 64,25—67,50. Ochsenhäute: bis 29 Pfd. 75,25. 30—49 Pfd. 63—66, 50—59 Pfd. 67,75—73,75, 60—79 Pfd. 68—75,25, 80—99 Pfd. 62—72, 100 u. m. Pfd. 61,75—71 Pfg. Rinderhäute: 30—49 Pfd. 74—80,75, 50—59 Pfd 74—81,75, 60—79 Pfd. 71—76,25, 80 u. m. Pfd. 72,25 Pfg. Bullenhäute: 30—49 Pfd. 59, 50—59 Pfd. 57—60,50, 60—79 Pfd. 56—62,50, 80—99 Pfd. 47,50—50, 100 u. m. Pfd. 45,25 Pfg. Angebot: 9499 Stück Großviehhäute. Bullenhäute Klasse II: 29 bis 100 u. m. Pfd. alles 38 Pfg. Kalbfelle: alles Klasse I: schwarze ohne Kopf, rein und beschädigt (rote ohne Kopf in Klammern beigefügt): bis 9 Pfd. 114,50—127,75 (130,50—144,75), 9,1—15 Pfd. 107 (116—123 Pfg.). Fresserfelle: 78. Angebot: 9902 Stück Kalbfelle, 52 Stück Fresserfelle. Schaffelle: mehrwollig: Vollwollige 57 Pfg., halbwollige 50 Pfg. Blößen: zurückgezogen. Schußfelle: 30 Pfg. Angebot: 3178 Stück. Roßhäute: 220 cm und mehr 17,50. Angebot: 18 St. Roßhäute. Allgemeine Tendenz: Großviehhäute und Kalbfelle teils letzte Preise, teils kleine Abschläge. Ein kleiner Teil unverkauft. Schaffelle ungefähr letzte Preise, Besuch gut, Verkauf flott.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Karlsruher Nachrichten

Freitag, den 21. Februar 1930

Bestanden!

Bald sind sie überwunden, die bangen, ungewissen Tage des Ratens und Lernens. Die Prüfungsarbeiten nähen mit unheimlicher Sicherheit. Thema und Aufgaben stoßen auf verdutzte Gesichter. Die vom Studieren blaß und schmal gewordenen Wangen werden einen Augenblick noch blässer. Aber schon regt sich das Gedächtnis. Zahlen, Begriffe, Formeln steigen aus dem Bewußtsein auf. Stundenlang glühen die Köpfe über den weißen Schreibbogen; die Feder fliegt . . . . Nach einigen Stunden werden die Bogen gefaltet. „Schicksal, nehme deinen Lauf!"

Dann kommt das Mündliche. Manch stilles Stübchen beherbergt ein emsig büffelndes Menschenkind. Morgen wirds ernst, zum erstenmal ernst im Leben. Die Klügsten bringen den Mut auf zu einem erfrischenden Spaziergang, um den Tag der Entscheidung mit ruhigen Nerven an sich herankommen zu lassen.

Er bricht an wie jeder andere, und dennoch früher, feierlicher. „Man" tritt hinaus auf die Straße wie jemand, der einen wichtigen Gang zu tun hat, steht klopfenden Herzens in den Gängen der Schule und lacht nervös im Gespräch mit den andern „Leidensgenossen".

Nach einigen Stunden geistigen Turniers zwischen Frage und Antwort naht der Augenblick, vor dem man schon lange zuvor ganz heimlich gezittert hat.

„Bestanden!" jubelt es in jungen Herzen! „Bestanden" lacht es durch die langen Gänge des Schulgebäudes. Also schleunigst heimwärts mit der Botschaft, damit die daheim auch wissen, daß es überstanden ist . . . E. R.

Die Polizei meldet

Ein Personenkraftwagen gestohlen

Am Mittwoch abend entwendete ein bis jetzt noch unbekannter Täter auf dem öffentlichen Parkplatz, Ecke Karl- und Akademiestraße einen Personenkraftwagen samt den im Wagen befindlichen Papieren. Es handelt sich um einen Zweisitzer-Opelwagen, hellgelber Karosserie, roten Kotflügeln und Scheibenrädern. Der Wagen hat einen Wert von 2000 Mark.

Magere Beute

In der Nacht zum Mittwoch statteten bis jetzt noch unbekannte Diebe dem Neubau einer Lebensversicherungs-A.-G. in der Kaiserallee einen Besuch ab. Sie stiegen vermutlich durch ein beschädigtes Türfenster ein und drangen von dort mittels Nachschlüsseln in einige Büroräume ein, wo sie mehrere Schreibtischschubladen sowie eine Kassette aufbrachen und mit den dort vorgefundenen Schlüsseln zwei feuersichere Aktenschränke öffneten. Ihre Beute betrug jedoch nur eine Armbanduhr einer Angestellten und 6 Flaschen Bier.

Selbstverschuldeter Verkehrsunfall

In der Kaiserallee wurde am Mittwoch mittag ein Radfahrer, während er den Fahrdamm in der Nähe der Scheffelstraße überquerte, von einem Personenkraftwagen angefahren und an Nase und Stirne erheblich verletzt. Das Fahrrad wurde stark beschädigt. Der Kraftwagenführer brachte den Verletzten nach dem städt. Krankenhaus, wo er nach Anlegen eines Notverbandes sofort wieder entlassen werden konnte. Die Schuld dürfte den Radfahrer selbst treffen, weil er die Straße kreuzte, obwohl ihm durch ein haltendes Pferdefuhrwerk der Ausblick versperrt war.

Ins Motorrad gelaufen

In der Litzenhardtstraße in Bulach lief am Mittwoch nachmittag ein 8 Jahre alter Schüler aus Unvorsichtigkeit einem Motorradfahrer in die Maschine und wurde so auf die Straße geschleudert, daß er liegen blieb. Passanten brachten ihn in die Wohnung seiner Eltern. Er hatte mehrere Beulen am Kopf und Hautabschürfungen an Händen und Knieen. Der Motorradfahrer kam zu Fall, ohne sich zu verletzen, sein Kraftrad wurde leicht beschädigt.

In der Rüppurrerstraße fuhr am Mittwoch abend ein Lieferkraftwagen auf einen vor ihm fahrenden Motorradfahrer auf. Dieser stürzte, ohne Schaden zu nehmen. An seiner Maschine entstand ein Sachschaden von etwa 50 Mk.

Schlägereien

Ein lediger 24 Jahre alter Musiker und ein lediger 30 Jahre alter Uhrmacher werden sich wegen erschwerter Körperverletzung zu verantworten haben, weil sie sich in der Nacht zum Donnerstag in der östlichen Kaiserstraße mit harten Gegenständen (vermutlich Messer und Totschläger) bearbeiteten und sich die Köpfe dabei blutig schlugen.

Eine harmlosere Schlägerei spielte sich am Mittwoch nachmittag vor einer Wirtschaft in der Schützenstraße ab, wo sich einige auf Wanderschaft befindliche Handwerker vor einer größeren Zuschauermenge auf der Straße herumschlugen, bis die Polizei dem Streit ein jähes Ende machte.

Festgenommen

Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses gelangte ein 52 Jahre alter Handwerker von hier zur Anzeige.

Fahrplanbesprechung bei der Reichsbahndirektion Karlsruhe

Auf Dienstag, den 18. Februar, waren die Handelskammern Karlsruhe und Pforzheim zur Aussprache über den kommenden Jahresfahrplan zu der Reichsbahndirektion Karlsruhe eingeladen. An die Bekanntgabe der recht beträchtlichen Fahrplanänderungen im europäischen, innerdeutschen und innerbadischen Verkehr durch die Reichsbahndirektion schloß sich eine rege Aussprache an. Man wünschte frühzeitigere Abhaltung der Besprechungen bei der Reichsbahndirektion entsprechend dem Beschluß in der letzten Eisenbahnratssitzung, besseres Wagenmaterial, Durchführung der Liegewagen für die Reisenden 3. Klasse über Frankfurt a. M. bis Karlsruhe, handlichere Gestaltung des amtlichen Kursbuches und trug dann die bei der vorausgegangenen Fahrplanbesprechung bei der Handelskammer geäußerten Fahrplanwünsche vor. Einzelne Herren vertraten noch besonders ihre örtlichen oder Bezirksinteressen. Reichsbahnoberrat Fingado sagte für eine Reihe von Wünschen nochmalige Prüfung zu, lehnte aber im Hinblick auf die rückläufige Bewegung des Personenverkehrs weitere Zugleistungen ab.

Grosszügiger Wochenend-Kraftpostverkehr nach den Wintersportzentren

Weiterer Ausbau der Kraftpostlinien

cn. Die letzten Schneesonntage haben den Beweis erbracht, daß die Schneelaufgebiete des nördlichen Schwarzwaldes sich einer fortgesetzten und rasch steigenden Frequenz erfreuen, ein Umstand, der auf die in weitesten Kreisen wachsende Beliebtheit des Wintersportes als solcher zurückzuführen ist. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß man bei weiterhin günstigen Schneeverhältnissen im Gebirge mit dauernd stärkerem Besuch unserer nächstgelegenen wintersportlichen Gelände im nördlichen Hochschwarzwald zu rechnen hat und daß diese Tatsache zwangsläufig die Frage aufwirft, in welcher Weise eine möglichst flotte, bequeme und vor allem ständige Verkehrsmöglichkeit am Wochenede zwischen der Landeshauptstadt und den Schneelaufzentren geschaffen wird.

Die Reichspost beobachtet schon seit langem aufmerksam die steigende Frequenz der Wintersportler, vorab der Skiläufer, und hat bereits erkannt, daß ein Ausbau des unmittelbaren Wochenend-Kraftpostnetzes Karlsruhe—Höhenkurorte des Nordschwarzwaldes als ein wirkliches Bedürfnis erscheint. Als hauptsächlichste Zielpunkte — von Karlsruhe aus — sind der 720 m hoch gelegene Dobel, die 900 m hoch gelegene Hundseck (mit Zwischenstationen Wiedenfelsen und Sand), der 930 m hoch gelegene Ruhestein, die Hornisgrinde und der über 1000 m hoch gelegene Mummelsee anzusprechen.

Eine unmittelbare Wochenend-Kraftpostverbindung Karlsruhe—Dobel und Karlsruhe—Hundseck besteht seit dem letzten Winter. In der gegenwärtigen Wintersaison wurde die Kraftpostverbindung Karlsruhe — Dobel bisher einmal, diejenige Karlsruhe — Hundseck bisher dreimal durchgeführt. Diese überaus bequeme Verkehrseinrichtung erfreut sich eines schnell wachsenden Zuspruches, so daß z. B. am Sonntag, den 16. Febr. die Kraftposten nach der Hundseck in sechsfacher Stärke mit je 30—45 Personen verkehrten, also insgesamt an diesem Wintersporttage etwa 220 Karlsruher Wintersportler von der Landeshauptstadt nach der Hundseckhöhe und zurück beförderten. Die eleganten 30-Sitzerwagen fahren Sonntag früh 6.30 Uhr ab Karlsruhe-Moninger ab und treffen etwa um 9 Uhr auf der Hundseck ein. Hin- und Rückfahrt einschl. Schneeschuhtransport oder Rodelgerät kosten pro Person 6 Mark, nach dem Dobel 3.20 Mk. Die Kraftwagen nach dem Dobel beginnen ihre Fahrt ebenfalls am Moninger um 8 Uhr morgens und treffen am Ziel — Hotel Sonne, Dobel — schon kurz nach 9 Uhr ein. Die Rückfahrt erfolgt bei einbrechender Dunkelheit.

Diese direkte und bequeme Einrichtung der Linie Karlsruhe—Hundseck erspart z. B. dem Skiläufer eine Fahrt mit der elektrischen Straßenbahn zum Bahnhof, Einsteigen in den Zug in Karlsruhe, Aussteigen in Bühl, Einsteigen dortselbst in die Nebenbahn, Aussteigen in Obertal, alsdann den etwa zweistündigen beschwerlichen Aufstieg zur Hundseckhöhe. Die steigende Nachfrage nach Plätzen für die direkten Kraftpostlinien erfordert allmählich das Bereitstellen von weiterem Wagenmaterial durch die Reichspost, so daß zu erwarten ist, daß an künftigen Schneesonntagen förmliche „Kraftpostzüge" ab Moninger-Karlsruhe nach Hundseck und zurück „starten" werden. Nur bittet die Verwaltung der Reichspost, Abt. Kraftpostverkehr, Anmeldungen für die Teilnahme an den Kraftpostfahrten möglichst frühzeitig, spätestens bis zum Spätnachmittag des Samstag. (Anmeldungen auch telephonisch auf Zimmer 80 im Karlsruher Hauptpostgebäude.)

Die Leitung des Kraftpostverkehrs erwägt indessen auch den sofortigen Ausbau des unmittelbaren Kraftpostverkehrs von Karlsruhe nach anderen bevorzugten Wintersportzentren des Nordschwarzwaldes und hat sich entschlossen, künftig auch schon an Samstag-Nachmittagen, etwa ab 3 Uhr (evtl. schon früher) direkte Kraftpostwagen Karlsruhe-Moninger—Hundseck abzulassen, falls sich zu diesen Fahrten mindestens 30 Personen rechtzeitig vorher, bis etwa Freitag spätabends, anmelden; desgleichen wurde beschlossen, bei rechtzeitiger Anmeldung bzw. Teilnahme einer Zahl von 30 Personen künftig Sonntag früh Kraftposten von Karlsruhe-Moninger nach Ruhestein (über Ottenhöfen—Seebach—Wolfsbrunnen) und zurück für den Preis von 7.80 Mk. pro Person einschl. Gerätetransport, sowie von Karlsruhe-Moninger nach Bühl — Neusatzeck — Unterstmatt — Mummelsee und zurück für den Preis von 7.50 Mk. einschließlich Gerätetransport verkehren zu lassen. Damit würde sich die Zahl unmittelbarer Wochenend-Kraftpostlinien von der badischen Landeshauptstadt nach den Wintersportgebieten des Nordschwarzwaldes auf 4 erhöhen, und zwar:

1. Linie Karlsruhe—Dobel,
2. Linie Karlsruhe—Hundseck (über Bühl—Wiedenfelsen—Sand),
3. Linie Karlsruhe—Ruhestein (über Achern—Ottenhöfen—Seebach),
4. Linie Karlsruhe—Mummelsee (über Bühl—Neusatzeck—Unterstmatt).

Von den Samstag mittag verkehrenden Kraftpostwagen zur Hundseck würden diese Wagen am nächsten (Sonntag) Morgen nach Bühl-Station abfahren, um von hier aus einen Teil der mit der Bahn in Bühl eintreffenden Wintersportler aufzunehmen und zur Höhe zu befördern, um so die ständige Kraftpostlinie Bühl—Höhenkurorte zu entlasten.

Endlich hat die Verwaltung des Kraftpostverkehrs beschlossen, auf der Strecke Karlsruhe-Moninger—Hundseck unterwegs in Rüppurr (Festhalle) und in Ettlingen (Schillerschule) anzuhalten, um hier zur Mitfahrt vorgemerkte Fahrtteilnehmer aufzunehmen.

Man darf der Reichspost für ihr weitherziges Entgegenkommen der Wintersportwelt unserer Landeshauptstadt gegenüber nur aufrichtigen Dank und Anerkennung wissen; sie hat in der Tat eine dringende Verkehrsbedürfnisfrage rasch und bestens gelöst und mit den direkten, bequemen Kraftpostlinien zum Wintersportzentrum des nördlichen Hochschwarzwaldes ein überaus flottes und angenehmes Beförderungsmittel geschaffen. Es ist jetzt nur zu hoffen und wünschen, daß die Freunde der Berge, des Skilaufes und des Rodelns künftig in weitgehendster Weise von den vorhandenen oder noch zu schaffenden neuen Verkehrseinrichtungen Gebrauch machen.

Das Oberversicherungsamt Karlsruhe gegen die Beschränkung der Freizügigkeit

Der Vorstand und der Ausschuß der Ortskrankenkasse Karlsruhe hatten mit Mehrheit beschlossen, in der Dienstordnung für die Angestellten der Ortskrankenkasse inbezug auf Anstellung von Angestellten eine Bestimmung aufzunehmen, die folgenden Wortlaut hat:

„Eine erledigte oder neugeschaffene Stelle soll möglichst einem bereits im Dienste der Allgemeinen Ortskrankenkasse Beschäftigten übertragen werden. Kann dies aus irgend einem Grunde nicht geschehen, so soll die Stelle zur Bewerbung öffentlich ausgeschrieben oder die Arbeitsnachweisstelle des Zentralverbandes der Angestellten in Anspruch genommen werden."

Da trotz Widerspruch der Vertreter der christl. Gewerkschaften dieser Passus aufrecht erhalten blieb, legten diese beim Oberversicherungsamt gegen diese Bestimmung Einspruch ein. Bekanntlich bedarf die Satzung der Genehmigung des Oberversicherungsamtes. Demgemäß wurde beantragt, dem angeführten Passus die Genehmigung zu versagen. Erfreulicherweise hat das Oberversicherungsamt in dieser Sache Entscheidung dahingehend gefällt, daß fraglicher Passus die Genehmigung nicht erhält. Das Oberversicherungsamt hat sich der Begründung der Antragsteller angeschlossen. In dieser Begründung wird zum Ausdruck gebracht, daß der umstrittene Passus in Widerspruch stehe mit Artikel 159 der Reichsverfassung, da er die Vereinigungsfreiheit einschränke. Daß die Einstellung eines Arbeitnehmers nicht von seiner politischen, militärischen, konfessionellen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Zugehörigkeit zu irgend einem Verein abhängig gemacht werden darf, besagt auch das Betriebsrätegesetz in seinem § 81. Für den Fall, daß der umstrittene Passus die Genehmigung des Oberversicherungsamtes gefunden haben würde, hätte künftighin die Kassenverwaltung in den Fällen, in welchen ein Arbeitsnachweis in Anspruch genommen worden wäre, die Nachweisstelle des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes in Anspruch genommen. Zutreffendenfalls wären nur Mitglieder dieses Verbandes vermittelt worden. Die große Mehrzahl der Angestellten gehört aber nichtfreigewerkschaftlichen Organisationen an, und mußte der umstrittene Passus mit Recht als verfassungswidrig bezeichnet und die Genehmigung durch das Oberversicherungsamt versagt werden.

M. Fassbender.

Der Kindheit-Jesu-Verein St. Stefan veranstaltet nicht am Samstag abend, wie gestern irrtümlich gemeldet, sondern am **Sonntag, den 23., abends ½8 Uhr, im St. Agnes-Haus seinen Elternabend.**

Karlsruhe als Kongreßstadt

Vom 1. bis 4. August d. J. findet in unserer Residenzstadt der Bundestag des Reichsbundes für deutsche Kurzschrift (Nationalstenographie) statt. Gleichzeitig tagt der Südwestdeutsche Verband innerhalb des Reichsbundes für deutsche Kurzschrift zur Abhaltung des Verbandstages. Zusammen mit dieser Tagung begeht der hiesige Ortsverein (Verein für Nationalstenographie 1905) die Feier seines 25jährigen Stiftungsfestes. Die Vorbereitungen zu den genannten Veranstaltungen sind bereits in vollem Gange. Zahlreiche Anmeldungen von Bundesmitgliedern, speziell aus dem Norden des Reiches, zur Teilnahme am Bundestag liegen bereits vor. So hat sich der Festausschuß, dessen Vorsitz in den bewährten Händen des Ehrenvorsitzenden des hiesigen Vereins, Herrn Otto Velte, liegt schon konstituiert, während die propagandistischen Maßnahmen dem 1. Vorsitzenden des Karlsruher Vereins, Herrn Otto Berberich, übertragen wurden. Der Bundestag ist gleichzeitig als machtvolle Kundgebung für die Verwirklichung einer deutschen Volks-Kurzschrift geplant. Für den geselligen Teil der Veranstaltungen ist ein großzügiges Unterhaltungsprogramm in Aussicht genommen.

Der hiesige Verkehrsverein hat durch Herrn Verkehrsdirektor Lacher bereits in entgegenkommender Weise zugesagt, die Tagung nach besten Kräften zu fördern, um den auswärtigen Kurzschriftjüngern und Ehrengästen den Aufenthalt in der Landeshauptstadt recht angenehm zu machen. K. H.

⊙ **Die Macht der Sonnenwärme.** Mit welcher Kraft die Sonne zur Zeit auf die Natur einwirkt, ist daraus zu ersehen, daß am 14. Februar ein Distelfalter, also nicht etwa der besonders frühe Zitronenfalter, sondern immerhin ein etwas späterer Schmetterling, von den Strahlen der Sonne zum Leben erweckt, sich in den Gärten Villingens tummelte. Die Wärme, der Sonne, die seit Wochen in ungetrübter Klarheit strahlt, ist bereits von solcher Intensivität, daß im Freien Liegekuren gemacht werden können. Kein Wunder also, wenn der schöne Distelfalter auch einen Ausflug ins Freie riskiert hat.

× **Wieviel Schläge macht das Herz?** Bei der gleichlautenden Notiz im lokalen Teil vom letzten Sonntag hat der Druckfehlerteufel wieder einmal einen Possen gespielt. Es heißt dort, wie uns ein Leser aufmerksam macht, daß eine gewöhnliche Uhr in der Stunde 17 160 mal tickt und in einem Zeitraum von 100 Jahren 15 042 956 000 mal, während das Herz in der Stunde 5000 mal schlägt, und ein Hundertjähriger somit 45 Milliarden Herzschläge absolviert. Hier hat der Druckfehlerteufel, boshaft wie er ist, einfach das Komma unterschlagen, es muß natürlich heißen: 4,5 Milliarden Herzschläge. Es geht dies ja auch schon ohne weiteres aus den Vergleichszahlen hervor; denn wenn das Herz nur ein Drittel weniger Schläge in der Stunde vollführt als die Uhr, so kann ein Hundertjähriger nicht die dreifache Zahl von Schlägen tun in der gleichen Zeit wie eine Uhr, die mehr Schläge ausführt. **Wir freuen uns aber, daß selbst solch versteckte Fehler bei kleinen Notizen von unsern Lesern mit Aufmerksamkeit entdeckt werden.**

Die Albtalbahn gegen die Konkurrenz der Post

Wie der „Bad. Landsmann" hört, beabsichtigt die Badische Lokaleisenbahn, der Verkehr an Sonn- und Feiertagen während des Winters auf der Strecke Ettlingen—Herrenalb einzustellen, wenn ihr durch die Post oder durch Privatunternehmen mit oder ohne Zustimmung der Gemeinden auf diese Weise Konkurrenz gemacht wird. Die Badische Lokaleisenbahn ist nicht gewillt zu dulden, daß man ihr trotz des günstigen Fahrplanes an einzelnen Tagen den Verkehr entzieht und ihr an den vielen übrigen Sonntagen, wo nichts zu verdienen ist, die Reisenden ruhig überläßt.

Deutsch-Ausländischer Abend

Die Akademische Auslandsstelle Karlsruhe veranstaltet am Dienstag abend im studentischen Tagesheim der Technischen Hochschule einen Deutsch-Ausländischen Abend, der, wie Professor Dr. Holl als Vorsitzender des Studentendienstes in seiner herzlichen Begrüßungsansprache darlegte, den Zweck haben sollte, deutschen und ausländischen Studenten die Möglichkeit geben sollte, sich außerhalb der Hör- und Arbeitssäle kennenzulernen und in nähere menschliche Beziehungen zu treten. Im Mittelpunkt des Programms stand der Vortrag des Herrn Oberregierungsrates Broßmer vom Kultus- und Unterrichtsministerium: „Studentische Wanderfahrten im Lande Baden". Der Vortragende verstand es in geistvollen, tiefschürfenden Worten, unterstützt durch eine große Anzahl hervorragender Lichtbilder, der studentischen Jugend die einzigartigen Schönheiten des badischen Landes zu offenbaren und ihr klarzumachen, wie gerade heute der Akademiker mit in erster Linie berufen ist, mit allen seinen Kräften am Wiederaufbau, an der Wiedergesundung des deutschen Volkes zu arbeiten. Dies ist nur möglich durch intensive Erziehungsarbeit an sich selbst; unsere heutige Zeit hat keinen Platz mehr für so manche überwundene studentische Sitte, sie muß aufgeschlossen in die Welt sehen, muß erkennen, daß vor allem Charakterbildung notwendig ist, wozu Leibesübungen und Sport, Wandern und Reisen ihr Teil beitragen. Der Redner packte die Jugend dadurch, daß er ganz in ihrem Geiste sprach, sich selbst noch einmal mit ihr jung fühlte, wobei er warme Worte fand für das große badische Jugendherbergswerk, als dessen Pionier und Mitgründer er sich große Verdienste erworben hat und das heute noch, dank seiner Tatkraft und unbeugsamen, freudig bejahenden Energie in stetem Vorwärtsschreiten begriffen ist. Mancher bekam an diesem Abend den Weg gewiesen, wie er seine Ferien, auch ohne größere Geldmittel verbringen kann und gewiß ist, daß er unauslöschliche, nutzbringende Eindrücke mit nach Hause bringt. Begeisterter Beifall dankte dem Redner seine zündenden Ausführungen. Zur künstlerischen Verschönerung des Abends hatte sich das seit einiger Zeit unter der Führung unserer bekannten Violinvirtuosin Elisabeth Neumann stehende Kölble-Quartett freudig zur Verfügung gestellt. In ungetrübtem, reinen und temperamentvollen Zusammenspiel kam das Allegro und Finale aus dem Mozartschen Klavierquartett G-Moll plastisch und klar gegliedert zum Vortrag, wobei Hermann Bischler als überlegener Pianist und Elisabeth Neumann als seelenvolle Geigerin besonders hervortraten, ohne daß Gertrud Jösel (Bratsche) und Fritz Kölble (Cello) zurückgesetzt seien. Noch lange saß man bei Tee und Brötchen gesellig und vergnügt zusammen, schnell war der Kontakt hergestellt und gar mancher entpuppte sich noch als Künstler, der Bestes zu bieten hatte. So dürfte der Abend den eingangs erwähnten Zweck voll erfüllt haben und jeder weitere beifällig aufgenommen werden.

K. A.

(:) **Die Fischerei in Baden.** Mit der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung war auch eine Feststellung der Fischereibetriebe verbunden. Das kürzlich erschienene Zahlenmaterial gibt einige interessante Aufschlüsse über die Fischereiverhältnisse in Baden. Darnach wurden in Baden insgesamt 952 Fischereibetriebe ermittelt, darunter waren 703 Betriebe, die ohne jegliches Personal arbeiteten. Wie überall in der Binnenfischerei sind die badischen Fischereibetriebe größtenteils mit einem anderen Beruf, meist Landwirtschaft, verbunden, und zwar so, daß die Fischerei überwiegend nur nebenher betrieben wird. Im Dienst der badischen Fischereibetriebe standen insgesamt 268 Wasserfahrzeuge, 69 Dampf- bzw. Motorboote und 199 sonstige Fischerboote.

÷ **Wieviel Gebrechliche gibt es in Deutschland?** Nach Feststellung des Statistischen Reichsamtes gibt es im gesamten Gebiete des Deutschen Reiches 657 808 Gebrechliche. Der bei weitem größte Teil dieser Zahl entfällt auf die Männer. Im einzelnen gibt es 31 000 Blinde, 42 000 Taubstumme oder Taube, 409 000 sonstige körperlich Gebrechliche und 217 000 geistig Gebrechliche.

RDV. FD-Züge zum Schnelldampferdienst des Norddeutschen Lloyd. Wie bei der Ankunft der aus Amerika in Bremen eintreffenden Großdampfer des Lloyd, wird die Reichsbahn in Zukunft auch bei der Abfahrt besondere FD-Züge zwischen Berlin und Bremerhaven verkehren lassen. Zur Abfahrt der Dampfer „Bremen", „Europa" und „Columbus" wird jeweils ein FD-Zug mit Schlafwagen ab Berlin Lehrter Bahnhof 0.30 Uhr gefahren. Die Schlafwagen stehen bereits eine Stunde vor Abfahrt des Zuges zur Benutzung bereit. Zum ersten mal verkehren diese Züge in der Nacht vom 4. zum 5. März zur Ausreise der „Bremen" und in der Nacht vom 18. zum 19. März zur ersten Ausreise der „Europa". Da zwischen Hamburg und Berlin ein fahrplanmäßiger FD-Zugverkehr (ohne Halt) seit längerem besteht, wird damit zwischen den beiden großen deutschen Häfen und der Reichshauptstadt ein guter und schneller Eisenbahnanschluß zu den Ueberseedampfer-Abfahrten geschaffen.

Bergwacht in Tier- und Pflanzenschutz

Die segensreiche Einrichtung der Bergwacht macht nicht Halt bei Unfallhilfe im Gebirge, sie tritt ein und schützt alles, was in der Natur durch die Unvernunft der Menschen in ihrem Bestand gefährdet wird.

So ist die Bergwacht, die aus Mitgliedern aller Wandervereine zusammengesetzt ist, besonders für Schutz gewisser immer seltener werdender Pflanzen eingetreten, weil Gefahr besteht, daß gewisse Pflanzen bei uns durch die Menschen ausgerottet bzw. die natürliche Ausbreitung stark gefährdet wird. Aber auch für Pflanzen wird Schutz gefordert, die eine gewisse Notwendigkeit für bestimmte Insekten als Nahrung sind. So z. B. die zur Zeit blühenden Kätzchenarten. Sie dienen unseren Insekten, insbesondere unseren Bienen, als erste natürliche Nahrung und sind durch die Pflanzenschutzverordnung geschützt. Selbst wenn die Forstmänner aus berechtigten anderen Gründen die aufblühenden Weidekätzchen abhauen (aushauen), ist deren Mitnahme verboten, sie dienen auch dann noch lange den Insekten zur Nahrung.

Wie für den Bestand und Schutz der Pflanzenwelt, tritt die Bergwacht auch für die Tier- insbesondere für die Vogelwelt ein. Eine Anzahl Futterhäuschen wurden diesen Winter von der Bergwacht ausgehängt und die Vögel mit Futter versorgt. So schätzt und erhält die Bergwacht die Vogelwelt, die wieder die Menschen durch ihren Gesang erfreuen und dem Landwirt und Forstmann bei Vertilgung gewisser Schädlinge des Gartens und Waldes willkommen sind.

Darum möge der Vogelschutz mehr als bisher Beachtung aller Naturliebenden finden. Jeder kann mit oft wenig Mitteln hier viel Gutes tun. Besonders aber unserer Jugend muß wieder mehr Gefühl für unsere Vogelwelt beigebracht werden. Selbstredend geht die Bergwacht in Hinsicht des Vogelschutzes mit dem Tierschutzverein Hand in Hand. Nur schade, daß die Mittel immer knapper werden, um in diesem Punkt nicht mehr leisten zu können.

Sp.

Zehn Jahre Kleinrentnerbund Karlsruhe

Am 20. Februar 1920 wurde, aus der Not der Inflationszeit geboren, der Kleinrentnerbund Karlsruhe mit 80 Mitgliedern gegründet. Durch Fühlungnahme mit anderen in Baden bereits ins Leben gerufenen Rentnervereinen konnte noch im gleichen Jahr der Zusammenschluß der badischen Ortsgruppen zum Badischen Landesverband und der Anschluß an den deutschen Rentnerbund, der die Zusammenfassung sämtlicher Rentner in Deutschland erstrebte, erfolgen.

Die Arbeit in der Ortsgruppe Karlsruhe begann damit, Behörden, Vereine, Private und sonstige Interessenten über die Not der Rentner aufzuklären, den Mitgliedern Rat und Auskunft in Steuer- und sonstigen Angelegenheiten (Reichsnotopfer, Mietsfragen, Hypothekenforderungen usw.) zu erteilen und ihnen durch gelegentliche Geldspenden und Lebensmittelverteilungen zu helfen. Durch Sammlungen und private Verbindungen wurden Geld und Lebensmittel beschafft. Letztere kamen in reichlicher Weise aus der Schweiz, hauptsächlich aus Basel, aus Norddeutschland und sogar von deutschen Freunden aus Amerika und Afrika. Allen Spendern sei nochmals herzlich gedankt.

Durch Vereinbarung mit Aerzten, Zahnärzten und Apothekern wurden günstige Bedingungen für unsere Mitglieder erzielt; wir ermöglichten ihnen billige Bäder und durch Entgegenkommen der Direktion des Landestheaters auch öfters einen Theaterbesuch zu ganz geringem Preis, und freien Eintritt in Kunstverein und Museen. Ganz besonders dankbar werden immer die Freikarten für das Residenztheater entgegengenommen und auch von der Vergünstigung beim Besuch der Badischen Lichtspiele wird viel und dankbar Gebrauch gemacht.

Die Mitgliederzahl wuchs rasch; sie erreichte ihren Höchststand im Jahr 1927 mit 1050; von da an übersteigen leider die Todesfälle die Neuanmeldungen, so daß jedes Jahr eine kleine Abnahme zu verzeichnen ist.

Ende 1921 wurden die bedürftigen Kleinrentner den von der Stadt neu geschaffenen Fürsorgeämtern zugewiesen und das Reich sowie das Arbeitsministerium gaben Richtlinien heraus über Anwendung, Art und Maß der Kleinrentnerfürsorge. Damit begann die weitaus wichtigste Arbeit; denn von Anfang an wurde diese Art der Hilfe als unerwünscht und unrichtig angesehen, obwohl sie vorerst die einzig mögliche war. Der Kampf um ein Rentnerversorgungsgesetz begann, das den durch Krieg und Inflation verarmten Leuten, einst die besten Steuerzahler, einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf den Bezug einer Rente als Existenzminimum verschaffen sollte.

1922 wurde dem Fürsorgeamt ein städtischer Ausschuß angegliedert, dem 8 unserer Vorstandsmitglieder angehörten, womit die beste Gelegenheit geschaffen war, die Interessen der Mitglieder im allgemeinen und von Fall zu Fall zu vertreten. Als 1922 die sogenannten „Faustpfandverträge" mit den Städten abgeschlossen werden sollten, die darin bestanden, daß die hilfsbedürftigen Kleinrentner sich schriftlich verpflichten mußten, mit ihrem gesamten Mobilar und Vermögen für die vorschußlich gewährte Beihilfe zu haften und diese Verträge zuerst vom Deutschen Rentnerbund und vielen Ortsgruppen auf das heftigste bekämpft wurden, war die Ortsgruppe Karlsruhe eine der ersten, welche ihren Mitgliedern zum Abschluß riet, indem man sich auf den Standpunkt stellte, es ist besser, das Erreichbare vorerst anzunehmen, als gar nichts zu erreichen. Im Jahr 1928 wälzte das Reich die Rentnerfürsorge auf die Länder und Gemeinden ab. Wiederholt wurden Eingaben an das Ministerium des Innern, den Oberbürgermeister und Stadtrat gerichtet um Verbesserung der Fürsorge und Erhöhung der Beihilfen, die zwar leider nicht immer, aber doch ab und zu Erfolg hatten. Die monatliche Beihilfe von ursprünglich 40 Mark wurde allmählich bis zu augenblicklich 52 Mark heraufgesetzt.

Im Lauf der Jahre trat im Vorstand des Kleinrentnerbundes manche Veränderung ein, hervorgerufen durch Tod oder zunehmendes Alter. Die Leitung hatte im ersten Jahr Herr Adolf Heppeler und Frau Kammersänger Hauser; von 1921—1925, in der schwierigsten Zeit, als alles mühsam Erkämpfte und Erreichte durch Inflation und Zusammenbruch vernichtet und dann wieder neu aufgebaut werden mußte, Herr Medizinalrat Dr. Blume, der sich bis zu seinem Tod mit selbstloser Liebe und Hingebung voll und ganz für die Rentnersache einsetzte und dessen Andenken bei allen Mitgliedern treu und dankbar bewahrt wird. Eine unschätzbare Arbeitskraft war auch der leider früh verstorbene Oberst Rau.

Auch die juristischen Berater, zu denen die Rentner mit ihren vielen Nöten und Anliegen kamen und immer ein williges Ohr und Rat und Hilfe fanden: Geheimrat Schellenberg, Exzellenz Seubert, Geheimrat Dr. Cron und Senatspräsident Dr. Fürst werden nie vergessen werden. Rasch wechselten auch die Rechner: Bahnverwalter a. D. Katz, Amtsgerichtsdirektor Kaiser, General Braun, Professor G. Schneider und Oberpostsekretär Freudemann, heute noch Rechner des Landesverbandes. Vom Tage der Entstehung des Kleinrentnerbundes 1920 sind aber heute noch tätig im Vorstand die beiden Mitbegründerinnen Frl. Gertrud Baumüller und Frl. Paula Himmelheber. Bis heute wirken sie vorbildlich selbstlos für die Interessen der schwer heimgesuchten Rentner, die den beiden Damen viel zu verdanken haben. Der Vorstand hat es sich deshalb nicht nehmen lassen, seinen beiden bewährten, rührigen und erfahrenen Mitgliedern den herzlichsten Dank des Kleinrentnerbundes in der letzten Monatsversammlung auszusprechen; auch der Landesvorsitzende, Herr R. Gehrig in Mannheim, hatte seine vollste Anerkennung bekannt gegeben. Wir wünschen, daß die beiden eifrigen Damen noch lange dem Vorstand angehören und im Interesse der Rentner wirken mögen.

Zur Zeit besteht der Vorstand aus dem Vorsitzenden O.-Finanzrat i. R. Dr. Kaiser, den beiden Schriftführerinnen Gertrud Baumüller und Paula Himmelheber, dem Rechner Finanzrat a. D. Kirsch, dem Rechtsbeistand Landgerichtspräsident i. R. Dr. Kempff, und den Beisitzern W. Westphal, Syndikus am Handelshof und Frau L. Kiby, Wwe.

Belastung der Wohlfahrtspflege durch den Alkoholismus

Schon lange vor dem Kriege, ganz besonders aber in den Nachkriegsjahren ist von Fachleuten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege darauf hingewiesen worden, daß die private sowohl wie die öffentliche Wohlfahrtspflege sehr beträchtlich durch Ausgaben belastet wird, die unmittelbar und mittelbar aus der Fürsorge für Alkoholkranke und deren Angehörigen herrühren. In noch stärkerem Maße als der Alkoholverbrauch ist nach dem Kriege der Alkoholismus gestiegen und hat neuerdings die private und öffentliche Hilfe so erheblich in Anspruch genommen, daß eine Reihe von Stadtverwaltungen buchstäblich nicht mehr in der Lage ist, diese ständig wachsenden Kosten zu tragen. Es handelt sich hier um eine Frage, mit der sich die Oeffentlichkeit sehr ernst und sehr gründlich auseinanderzusetzen hat. Es ist daher lebhaft zu begrüßen, daß auf einer Tagung der organisierten deutschen Alkoholgegnerschaft, dem 3. Deutschen Alkoholgegnertag, der vom 23. bis 25. Juni d. J. in Dresden stattfindet, der eine der Verhandlungstage der Belastung der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege durch den Alkoholismus gewidmet sein wird. Stadtmedizinalrat Dr. Wendenburg (Gelsenkirchen) und Dr. Weltring (Köln), zwei anerkannte Fachleute auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, werden in ihren Referaten diese mittlerweile sehr brennend gewordene Frage eingehend behandeln.

Windthorstbund Karlsruhe

Heute abend 8.15 Uhr spricht im Bundeslokal „Alte Linde" (Ecke Zirkel und Adlerstraße) Herr Fr. Sprauer über

„Konservativ einst und jetzt"

wozu die Mitglieder und Parteifreunde eingeladen sind.

Der Vorstand.

Gang über den Markt

Der Vorrat an Kartoffeln war zwar nicht erheblich; aber die Nachfrage konnte befriedigt werden. Das Gemüseangebot dagegen war wie fast stets in den letzten Wochen recht groß. Ausländischer Blumenkohl herrschte vor. Dann gabs noch, ebenfalls in reichlichen Mengen, Rosenkohl, Rotkraut, Weißkraut, Wirsing, Spinat, gelbe Rüben und Schwarzwurzel. Das Interesse nach Gemüse war recht rege, besonders nach Rosenkohl, Blumenkohl und Spinat. Wenig begehrt waren Bodenkohlraben, von denen auch nur ein kleiner Posten vorhanden war. Groß war das Angebot an Kopf- und Endiviensalat und Meerrettich. Auf dem Obstmarkt gabs in reichlichen Mengen Tafeläpfeln und Tomaten, in kleineren Posten Kochäpfel, Kochbirnen und Pfirsiche. Von Südfrüchten wurden in größeren Mengen Orangen angeboten, sodann Bananen und Zitronen. Das Interesse für Zitronen und Orangen war auffallend gering, größer das für Bananen. Wenig Interesse zeigte sich für Pfirsiche und Kochäpfel, etwas mehr für Tomaten und Kochbirnen; befriedigend war nur die Nachfrage nach Tafeläpfeln. — Das Ausland war vertreten und zwar Holland mit Rotkraut, Weißkraut, Wirsing und Schwarzwurzeln — Frankreich mit Rosenkohl, Wirsing, Spinat, Kopf- und Endiviensalat — Italien mit Blumenkohl, Endiviensalat, Zwiebeln, Orangen und Zitronen — Spanien mit Kopfsalat, Orangen und Mandarinen — die kanarischen Inseln mit Tomaten — Westindien mit Bananen — Argentinien mit Tafeläpfeln und Südafrika mit Pfirsichen.

÷ **Befreiungsfahrt der deutschen Paddler.** Wir erfahren soeben, daß der Deutsche Kanuverband im Juli d. J. eine Huldigungsfahrt anläßlich der Befreiung der besetzten Gebiete plant. Auf Lahn, Mosel, Main und Rhein werden die Vorfahrten durchgeführt, die teilweise, — wie auf der Mosel — mit größeren örtlichen Veranstaltungen verbunden sein sollen. Am 12. Juli treffen sich alle verbandsangeschlossenen Vereine zu einer Auffahrt am Deutschen Eck in Koblenz, der am Abend des gleichen Tages eine Kundgebung im Kreiswanderheim des Deutschen Kanuverbandes am Deutschen Eck folgt. Wenn die Veranstaltungen des südwestdeutschen Kreises allein schon 1600 Teilnehmer in den letzten Jahren vereinigten, wird diese Huldigungsfahrt zweifellos die größte wassersportliche Veranstaltung des Jahres werden.

Dienst am Kunden

Schnellverkehr nach den Wintersportplätzen

Bei anhaltend günstigen Sportverhältnissen wird am Samstag, den 22. Februar, wieder der Wintersportsonderzug 2600 Mannheim—Offenburg verkehren. Mit Rücksicht auf den am Sonntag, den 23. Februar, zu erwartenden stärkeren Verkehr anläßlich der Austragung der Schwarzwald-Ski-Meisterschaften im nördlichen Schwarzwald, ist auf Anregung des Badischen Verkehrsverbandes erstmals ein Schnellverkehr für Wintersportler von Karlsruhe nach Obertal und von Karlsruhe nach Ottenhöfen vorgesehen worden. Zu diesem Zweck verkehrt am Sonntag, den 23. Februar, ausnahmsweise der im Fahrplan erst ab 1. April vorgesehene Sontagszug 892, Karlsruhe ab 7.40 Uhr, Rastatt ab 8.07, Baden-Baden-West 8.19, Bühl 8.35, Achern 8.47 Appenweier 9.00, Offenburg an 9.12 Uhr. Ab Bühl und Achern wird der Anschluß durch Sonderfahrten der Nebenbahnen vermittelt. Bühl ab 8.39, ohne Halt durch bis Obertal, an 8.58, ferner von Achern, ab 8.50, Kappelrodeck 9.07 und weiter ohne Halt bis Ottenhöfen, Ankunft 9.19 Uhr. Bisher betrug die Fahrzeit bei Benützung der Frühzüge von Karlsruhe nach Obertal bzw. Ottenhöfen 2 bezw. 2¼ Stunden. Die neuen Fahrzeiten, **Karlsruhe—Obertal mit 78 Min. und Karlsruhe—Ottenhöfen mit 99 Min.,** stellen somit eine Rekordleistung dar, die von den Wintersportlern sehr angenehm empfunden werden dürfte. In der umgekehrten Richtung bestehen ebenfalls günstige Anschlüsse an den Sportsonderzug Offenburg—Mannheim und an den voraussichtlich wieder doppelt zur Ausführung kommenden beschleunigten Personenzug Richtung Karlsruhe und Mannheim. Die üblichen Fahrtausweise, auch ermäßigte Sonntagskarten, sind ohne Zuschlag gültig, so daß die neuen Verbindungen eine recht vorteilhafte und billige Beförderungsmöglichkeit darstellen.

Alles mit Musik

Aus unserer nächsten Illustrierten

Könnten wir uns eine Fastnacht ohne freundliche Musikkapellen mit ihren funkelnden Trompeten, mit ihren gewaltigen Bässen, mit ihren Pfeifen, Pauken und Trommeln denken? Aber nicht nur da, fast bei jeder Veranstaltung, bei jedem Fest muß die Musik dabei sein. Alles mit Musik! Unsere nächste Nummer enthält Aufnahmen von den verschiedenartigsten Kapellen. Wir finden da eine Südtiroler Blasmusik, eine Bergmannkapelle, eine griechische Tanzmusik, schottische Dudelsackpfeiferinnen. Auch amerikanische Cowboys sind vertreten. Alles mit Musik ..... auf der ganzen Erde! — Eine andere Bildreihe zeigt das Leben bei den Deutschen Skimeisterschaften in Oberstdorf. Besonderes Interesse werden wohl die Bilder von den Meisterschaftsrennen des Deutschen Heeres finden — Unsere Illustrierte bringt für den Freund der Schönheit eine ganz besondere Ueberraschung, von der wir nicht viel reden wollen. Ein jeder wird die Spitzenleistungen der Photographie finden und bewundern. — Sehr reichhaltig ist auch diesmal wieder „Die Woche im Bild".

Wolfförsters Marionetten. Echten Humor, guten Mutterwitz, konnte man am Sontag in den Wolfförsterschen Puppenspielen hören. Wie lustig und gewandt das Katerchen „Mutzenputz" als „Gestiefelter Kater", wie drollig-täppisch der Kasperle als „Armer Müllerbursche" und erst als „Graf von Carabas" oder „Schnarabas" wie er sich betitelt; wie komisch der König mit Serviette, Messer und Gabel und so viele, viele andere gute Typen, die noch zu nennen wären! Es war ein köstlicher Nachmittag für alle Kinder, die großen und die kleinen, und ein nicht endenwollender Beifall zeigte die Freude, die „Der gestiefelte Kater" mit seinen anderen kleinen Schauspielern, den Anwesenden gab. Am nächsten Sonntag, den 23. Februar 1930, um ½8 und 5 Uhr, wird der „Gestiefelte Kater" zum dritten und vierten Male auftreten und dann, dann kommt der langersehnte „Max und Moritz" am Sonntag darauf. Hei, das wird aber lustig werden! — Und nun will ich noch ein Geheimnis ausplaudern: Kasperle hat mir verraten, daß an diesem Sonntag schon die neue Bühne mit einem herrlichen Bühnenrahmen eingeweiht wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Veranstaltungen

Badisches Landestheater. Es sei nochmals nachdrücklich auf den am Sonntag, den 23. Februar, vormittags 11½ Uhr, im Landestheater stattfindenden Vortrag des Pater Dr. Expeditus Schmidt hingewiesen, der über „Theater, Volk und Publikum" sprechen und im Rahmen dieses Themas auch zu der Frage des vielumstrittene „Zeittheaters" Stellung nehmen wird. Als eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Theaterwissenschaft darf gerade dieser gelehrte Ordensgeistliche für seine Anschauungen über Probleme des Gegenwartstheaters allgemeinstes Interesse beanspruchen. Platzkarten sind zum Preise von 1.50, 1.—, 0.60 und 0.40 RM. an den üblichen Verkaufsstellen erhältlich.

Badische Lichtspiele. Der bekannte Dramatiker Hans Müller hat für Ludwig Berger eine Filmromance geschrieben, die das Liebeslied zweier Menschen erzählt. Dieses Liebeslied berichtet von einem jungen Mädchen aus kleinen russischen Verhältnissen, das den Wunsch hegt, eine große Sängerin zu werden, wie so viele des Augenblicks harren, der sie als große Künstlerinnen an die Oberfläche bringt. Dieses junge Mädchen, das aus der Provinz in die Großstadt kommt und hier ihre erste große Liebe erfährt, ist Mady Christians. Ihr Partner, ein junger Komponist, der mit starker Energie aufwärts strebt, ist Gustav Fröhlich. Mady Christians und Gustav Fröhlich zusammen in einem Film, das bedeutet einen Genuß, ein Fest. Der Film „Das brennende Herz" der vom Freitag ab im Konzerthaus zur Vorführung gelangt, zeigt uns in seiner packenden Handlung, die uns durch die Tiefen des Großstadtelends zu den Lichtpunkten künstlerischen Schaffens führt, die Schicksale der beiden zueinander strebenden Menschenkinder, bis der Erfolg das Werk des jungen Meisters krönt, ungetrübtes Glück einkehrt, und die Romance, die von zwei Liebenden singt, in voller Harmonie endigt. Jugendliche haben zu diesem Spielplan keinen Zutritt.

Große Karnevalsgesellschaft „Grokage": Mittwoch, 26. d. M., abends 8.11 Uhr findet im großen Festhallesaal die 2. und letzte Damen- und Fremdensitzung der „Grokage" statt. Die Sitzung ist diesesmal abends, um allen denen, die sich an Sonntagnachmittagen lieber im Freien und beim Sport aufhalten, Gelegenheit zum Besuch einer Sitzung zu geben. Infolge vielfach lautgewordener Wünsche sind die Preise diesesmal so weit ermäßigt worden, als es im Hinblick auf das Gebotene möglich war. Besondere Vergünstigungen genießen Vereine, Organisationen und Gesellschaften durch die neu eingeführten Dutzendkarten (näheres siehe im Inserat). Das Programm wird dem der ersten Sitzung in keiner Weise nachstehen. Neben allerhand Ueberraschungen und aktuellen Scherzen und neuen Liedern bringt es eine große Zahl künstlerisch-karnevalistischer Kräfte. Heute sei nur erwähnt, daß Hansi Mayer, von ihrer Tätigkeit an unserer Bühne in bester Erinnerung als bunte Komkerin die Lachmuskeln energisch in Tätigkeit setzen wird. Nicht minder wird dies dem beliebten Frankfurter Komiker Balzer-Backes gelingen. Ein paar Leger-Bübble werden die Männer ergötzen und die unvergleichlichen Gebrüder Elegöck Brothers die Frauenherzen entzünden. Selbstverständlich wird es auch nicht an Büttenreden aller Art fehlen und noch vieeel, vieeel, viieeeel mehr. Der Vorverkauf in der Musikalienhandlung Fritz Müller hat begonnen ebenso der Verkauf der Dutzendkarten im Verkehrsverein, Ritterstraße.

Colosseum. Die seit 15. d. M. im Colosseum über die Bretter gehende Lokal-Revue „Karneval 1930" hat bis jetzt allabendlich ein großes und beifallfreudiges Publikum gefunden. Zu verstehen ist dies, da die Handlung der Revue auf Witz, Humor und Satire eingestellt ist. Die beiden Karlsruher Lokal-Poeten Karl Rieger und Rudolf Schmitthenner haben entsprechende Schlager geliefert, wobei unserem bekannten Lokal-Humorist Adi Walz Gelegenheit geboten ist, die Letzteren in waschechter Karlsruher Manier zum Vortrag zu bringen. Die u. a. zu Gehör kommenden Schlager: „Groß-Karlsruhe ist die Sensation", „Du kannst mich mal im Dammerstock besuchen", „Rappenwört", und „Ein Hoch Dir mein Karlsruh' am Rhein" dürften auch im Hinblick auf ihre rassige und schmissige Musik bald Allgemeingut werden. Neu angefertigte, zu den Schlagern passende Dekorationen usw. geben der Revue eine besondere Note. Das lustige und die Alltagssorgen vergessende Publikum erzwingt sich allabendlich Dreingabe auf Dreingabe, was am besten davon zeugt, welch' große Zugkraft diese Revue auf die Besucher ausübt. Um den auswärtigen Besuchern den Besuch zu ermöglichen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß an den Sonntagnachmittagen ½4 Uhr die beliebten Fremdenvorstellungen stattfinden. — Kartenvorverkauf den ganzen Tag im Zigarrenhaus Mehle, Waldstraße 34.

Das neue Kaffee des Westens erfreut sich in der kurzen Zeit seit seiner Eröffnung allgemeiner Beliebtheit. Die behaglich eingerichteten, hellen und luftigen Räume gewähren einen gemütlichen Aufenthalt und die moderne Ent- und Belüftungsanlage sorgt dauernd für frische Luftzufuhr, so daß Belästigung durch Rauch vollständig vermieden wird. Mit dem Engagement der Kapelle Farkas Lajos hat die Leitung des K. D. W. einen guten Griff getan, dieselbe genießt in Karlsruhe bereits den besten Ruf und die Gäste bringen den musikalischen Darbietungen, insbesondere den zahlreich eingelegten Violin- und Cimbalsoli größtes Interesse entgegen, das bewies auch der erste Sonderabend am vergangenen Dienstag. Für heute, Freitag, ist ein sogenannter Wunschabend angesetzt, die Kapelle wird allen Wünschen der anwesenden Gäste Rechnung tragen. Morgen, Samstag, ist das Abendkonzert wieder bis 1 Uhr verlängert. Eintritt wird nicht erhoben, die Getränkepreise sind die auch sonst üblichen. Die Leitung des neuen Koffee des Westens glaubt vielen Wünschen aus dem Publikum Rechnung zu tragen, wenn sie von irgendwelchen karnevalistischen Veranstaltungen Abstand nimmt, und nur gediegene musikalische Veranstaltung bietet.

Sterbeüberschuß durch Grippe

Das Reichsgesundheitsamt veröffentlicht eine interessante Zusammenstellung über die Auswirkung der letzten Grippeepidemien im Deutschen Reich. Daraus geht hervor, daß durch die Grippe in den letzten Jahren unser an sich schon geringer Geburtenüberschuß verschlungen, ja in einen Sterbeüberschuß verwandelt wurde. Im Deutschen Reich haben im ganzen zwar die beiden Epidemien 1926/27 und 1928/29 die Sterbefälle die Geburtenzahl nicht übertroffen, doch verringerte sich der Geburtenüberschuß, der in den 1. Vierteljahren 1925, 1926 und 1928 auf 1000 der Bevölkerung und aufs Jahr noch 9,8, 7,5 und 6,7 betragen hatte, im 1. Vierteljahr 1927 auf 4,8 und im gleichen Zeitraum 1929 sogar bis auf 1,9. In den deutschen Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern ging der an sich schon geringe Geburtenüberschuß im 1. Vierteljahr 1927 auf 1,1 zurück und verwandelte sich im 1. Vierteljahr 1929 in einen Sterbeüberschuß von 2,8. Die Feststellungen des Reichsgesundheitsamts erstrecken sich auch auf einige andere europäische Länder. Dabei ist erkennbar, daß sich die Auswirkung der Grippeepidemien auf den Geburtenüberschuß um so verheerender gestaltete, je geringer die Geburtenziffer in den einzelnen Ländern war. Am stärksten wurde in dieser Beziehung Frankreich betroffen, das durch die beiden letzten Grippeepidemien einen Sterbeüberschuß erhielt, der in den 1. Vierteljahren 1927 und 1929 3,2 bzw. 7,0 betrug.

Das Glückslos 20 873

In der Ziehung der fünften Klasse der 34. Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie fiel der 300 000 Mark-Gewinn auf das Los Nr. 20 873. Das Glückslos wird in der ersten Abteilung in Breslau, in der zweiten in München gespielt und zwar in beiden Abteilungen in ganzen Losen. Die Besitzer der Lose erhalten somit jeder 240 000 RM. ausbezahlt.

× **Wer hat die „klügsten" Kinder?** Der preußische Kultusminister hat dem Landtag eine Uebersicht über die Schüler und Schülerinnen zugehen lassen, die schon nach dreijährigem Grundschulbesuch zum Uebergang auf mittlere und höhere Schulen zugelassen werden, denen also das vierte Grundschuljahr erlassen wurde. Interessant ist, daß der Hauptanteil der „klugen" Kinder, die ein Schuljahr übersprungen haben, von den Familien der „Kaufleute und Apotheker" gestellt wurde. Auffällig ist in beiden Jahren die Ziffer ganz gleich, es sind 420 Schüler und Schülerinnen, also mehr als der fünfte Teil. Es kommen dann die Kinder der Aerzte und Rechtsanwälte, der Industriellen und Ingenieure, der höheren und mittleren Beamten und der Lehrer an höheren und mittleren Schulen. Erfreulich ist, daß im Jahre 1928 84, im Jahre 1929 125 Kinder von Handwerkern ebenfalls das vierte Grundschuljahr erlassen wurde. Aber auch die Arbeiterschaft fehlt nicht: im Jahre 1928 stellten Arbeiter 28, im Jahre 1929 31 Kinder für die bevorzugte Zulassung zu den mittleren und höheren Schulen.

Vergebung der Karlsruher Bahnhofwirtschaft

Die Karlsruher Bahnhofswirtschaft wurde bekanntlich nach Schwanks Tod zur Verpachtung ausgeschrieben. Es haben sich auf das Ausschreiben gegen 40 Bewerber gemeldet, darunter viele Karlsruher Wirte (u. a. auch die Witwe Schwank mit dem seitherigen Geschäftsführer), ferner Bahnhofwirte aus Baden, Hessen und der Pfalz. Wider Erwarten wurde kein Karlsruher berücksichtigt. Die Reichsbahndirektion entschied sich gestern für den Pächter der Bahnhofswirtschaft in Singen a. H. Karl Dubronner.

÷ **Verstärkte Werbung für die Fremdenlegion.** In letzter Zeit haben die Werbungen der Franzosen für die Fremdenlegion in erschreckender Weise zugenommen und es vergeht fast kein Tag, daß nicht irgend ein Blatt die Meldung bringt, daß von der deutschen Gendarmerie an der Grenze wieder Kandidaten für die Legion abgefaßt worden sind. Im letzten Vierteljahr hörte man weniger von der Tätigkeit der Werber, da diese ihre Tätigkeit mehr in die Gegend von Mainz verlegt hatten und die Transporte über Bingen nach der Grenze brachten. Man scheint nur die Route etwas geändert zu haben, da die deutschen Behörden auf diese Gegend ein etwas größeres Augenmerk richteten. Anwerbestellen sind fast in jeder Kaserne und im Sammellager werden die Transporte zusammengestellt, um auf Umwegen nach der Grenze geführt zu werden. In diesen Sammellagern werden die Angeworbenen schlimmer als in einem Zuchthaus gehalten und sie setzen sich bei einem Fluchtversuch der Gefahr des Erschießens aus. Nur sehr wenigen ist es geglückt, aus den Klauen der Franzosen zu entkommen, was sie vor allem dem Zugreifen der Grenzpolizei zu verdanken haben. Die meisten Anwärter zur Legion haben eine Straftat auf dem Gewissen und wollen sich der deutschen Gerichtsbarkeit entziehen. Beim Grenzübertritt ohne gültigen Paß oder Ausweis machen sie sich außerdem eines Vergehens gegen deutsche Gesetze und Verordnungen schuldig.

÷ **Warnung vor Zuzug nach Berlin.** In der letzten Zeit ist mehrfach berichtet worden über die beängstigende Zunahme der Arbeitslosigkeit in Berlin und dabei auch darauf hingewiesen worden, daß immer noch der Zuzug von Arbeit- und Existenzsuchenden nach Berlin anhält. Offentlichtlich ist in weiten Kreisen des deutschen Reiches die irrige Meinung verbreitet, daß in Berlin, wo so viele Menschen leben, auch noch Daseinsmöglichkeiten für Einzelzuziehende vorhanden sein müßten. Am 31. Dezember 1929 waren in Berlin insgesamt 282 041 Personen arbeitslos (im Vorjahr zur gleichen Zeit nur 225 801, also jetzt 56 240 mehr). Inzwischen ist die Zahl der Arbeitsuchenden in Berlin nach dem Stand vom 25. Januar 1930 auf 331 543 gestiegen. Wenn diese Zahlen auch nur annähernd ein Bild von der trostlosen Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt widerspiegeln, sollten sie doch eindringlich vor dem weiteren Zuzug nach Berlin warnen.

Nachdenkliches zum Zille-Film

Prostitution, Zuhältertum, Verbrechertum; Trinkerelend, Kneipenleben und Gericht; Verführung; Berufsarbeit als Lumpensammler und Zeitungsträger; Vergnügen auf Rummelplätzen und im Freibad; Familienhochzeit und Straßendemonstrationen —: dieses alles spielt sich ab in dem Film, der zum Gedächtnis des Berliner „Miljöh"-Künstlers Heinr. Zille unter dem Protektorat von Käthe Kollwitz mit dem sarkastischen Titel: „Mutter Krausens Fahrt ins Glück" seinen Siegeszug durch Berlin in das Reich angetreten hat und sicher noch Hunderttausende von Menschen in seinen Bann ziehen wird.

Der Berichterstatter einer führenden Zeitung (er selbst ist polizeilich in Berlin gemeldet; ob er wirklich in und mit dieser Stadt „lebt", muß bezweifelt werden) hat geglaubt, diesen Film als einen „kommunistischen Propagandafilm" mit wenigen Zeilen abtun zu können. Zwar muß er selbst zugeben, daß die künstlerische Leistung „vollendet" ist, den Beweis aber, „daß gute Kräfte in den Dienst einer anrüchigen Sache gestellt worden" seien, muß er erst noch erbringen. Keine Partei wird genannt. Nur ein Demonstrationszug (ohne sichtbare parteipolitische Trägerschaft) spielt eine nebensächliche, ganz gelegentliche Rolle in der Spielhandlung. Mutter Krause ist alles andere als ein Proletariertyp. Wo ist hier die kommunistische Propaganda? Was hier angeklagt wird, ist das Gesamtkapitel „Großstadt" — und geht uns Christen dieses Kapitel wirklich nichts an? Suchen nicht einzelne Menschen, sei es als Fürsorger, sei es als Mitglieder von Ordens- und Arbeitsgemeinschaften durch aufopferungsvollen Beruf treppauf, treppab in sozialem Hilfdienst etwas von der Schuld abzutragen, die frühere Generationen in tragischer Verkettung mit ihrer Zeit gehäuft haben? Wenn Karl Sonnenschein einmal sagte, daß es unmöglich sei, im Norden Berlins über die Zehn Gebote zu predigen, wenn man nicht gleichzeitig für die Möglichkeit ihrer Einhaltung Sorge trage, so sprach er als Priester die gleiche Anklage gegen das System der Großstadt aus, das dieser Film in seiner Art anklagt. Wenn wir Christen bodenreformerische Gedankengänge pflegen, den Abbau der Großstadt, das Einfamilienhaus und ähnliche Dinge planen und propagieren, so sind wir schon bemüht, aus der Anklage, die uns die Großstadt alten Stils ins Gesicht schleudert, die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen.

Ich kann verstehen, daß das katholische Gewissen zunächst zurückschauert — vor einer solchen Welt voll Wirklichkeiten. Ich begreife auch, daß man für den Anfang Bange haben mag, ob der Film auch innerlich wahr sei — was ist das sentimentale Publikum auf diesen Gebieten gerade von bolschewistisch gerichteter Seite schon irregeführt worden!

Aber wir müssen diesen Film bejahen, weil er als Kunstwerk auch diejenigen erfaßt und aufrüttelt, die abseits der Sozialarbeit stehen und deshalb von den tragischen Verknüpfungen, die sich aus Großstadt und Leben zweifellos ergeben, keine Notiz nehmen.

Eine genaue Darstellung der Probleme dieses Films aus der Feder von Dr. Franz Kloidt, Berlin, bringt neben vielen anderen aktuellen Tagesfragen die Februar-Nummer der Zeitschrift „Caritas", Zeitschrift für Caritaswissenschaft und Caritasarbeit. Herausgegeben vom Deutschen Caritasverband, Freiburg i. Br.

Tages-Anzeiger

für Donnerstag, 20. Februar 1930

Bad. Landestheater: Abends 20 Uhr „Karl und Anna".
Badische Lichtspiele, Konzerthaus: Abends 20½ Uhr „Das brennende Herz".
Kaffee des Westens: Abends 20 Uhr Wunschabend der ungarischen Kapelle.
Weinhaus Just: Abends 20 Uhr „Sevilla-Abend".
Löwenrachen: Kappenabend.
Badischer Kunstverein, Waldstraße 3: Ausstellung „Das Selbstbildnis".
Badische Kunsthalle: Ausstellung „Plastik und Graphik"; beide Ausstellungen sind geöffnet von 10—18 und 14—16 Uhr.

× **Eine Zunahme des Frauenstudiums,** die angesichts der herrschenden Ueberbevölkerung der Hochschulen und der Ueberfüllung der Berufe als bedenklich bezeichnet werden muß, zeigen die Zahlen für 1929, wo es 14 928 studierende Frauen gegenüber 2264 im Jahre 1911 gab. In der gleichen Zeit stieg die Zahl männlicher Studierender von 69 000 auf 128 000.

⊙ **Die Antilärmkommissionen** in Newyork haben soeben ihre Sätze für Verübung von Lärm veröffentlicht. Die Inbetriebsetzung von Lautsprechern zu unziemlichen Tages- oder Nachtzeiten kostet einen Dollar, Lärm in Gemeinschaft mit anderen verübt, 2 Dollar, unnötiges Hupen je nach Qualität 1—5 Dollar. Bei Barzahlung billiger, sonst amtlicher Gebührenzuschlag.

Vermischte Nachrichten

Zwei Tote bei einem Motorradunglück. Der Mechaniker Eugen Kause rannte mit einem ihm nicht gehörigen Motorrad unweit Straubing gegen einen Baum. Kause wurde auf der Stelle getötet, sein Begleiter, der auf dem Soziussitz mitgefahren war, starb alsbald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Der Brandenburger Lustmörder verhaftet. Der Brandenburger Lustmörder, der vorgestern vormittag den 9jährigen Schulknaben Rudolf Engelmann durch Messerstiche schwer verletzt hatte, ist nunmehr ermittelt worden. In den frühen Morgenstunden wurde gestern der 21 Jahre alte Arbeiter Alfred Hünike, der hier wohnt, als mutmaßlicher Täter verhaftet. Es handelt sich um einen ehemaligen Fürsorgezögling, der sich vorgestern nachmittag verschiedentlich in der Nähe des Tatortes umhertrieb und dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt hatte. Der Verhaftete hat inzwischen bereits ein Geständnis abgelegt. Von verschiedenen Personen, die ihn näher kennen, wird der Mann als geistig minderwertig bezeichnet.

Schaffhausen, 20. Febr. (Schadenfeuer.) In der Nacht zum Dienstag brach in Opfertshofen im Doppelwohnhaus des Gemeindeschreibers Imtlburn aus unbekannter Ursache Feuer aus. Das Haus sowie zwei angebaute Scheunen wurden vollständig eingeäschert. Die Bewohner konnten nur mit knapper Not durch die Fenster gerettet werden. Es gelang, das Vieh in Sicherheit zu bringen; dagegen sind große Hauvorräte und viel Mobiliar verbrannt.

Turner als Zeppelin-Hilfsmannschaft. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" wird in nächster Zeit seine Schweizer Flüge wieder in sein Reiseprogramm aufnehmen. Der erste derartige Flug wird voraussichtlich nach Bern führen, wo eine Landung vorgesehen ist. Die Angelegenheit interessiert dort sehr, doch mußte man zunächst nicht, den Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung geeigneter Hilfsmannschaften für die Landung zu begegnen. Erfreulicherweise sprangen die Berner Turner hilfsbereit ein und stellten sich in einer Anzahl von 100 Mann zur Verfügung. Damit ist die Schwierigkeit behoben.

Schweres Unglück auf einer elsässischen Kaligrube. In der staatlichen Kaligrube von Wittenheim bei Mülhausen ereignete sich gestern eine folgenschwere Katastrophe, der fünf Personen zum Opfer fielen. Beim Ausprobieren einer neuen Fördermaschine, bei der zwei Ingenieure, ein Monteur und drei Bergarbeiter beschäftigt waren, rissen plötzlich die Drahtseile. Die Decke des Schachtes, an der sie befestigt waren, fiel herunter und begrub die beiden Ingenieure, den Monteur und zwei Arbeiter unter sich.

Das „Götz"-Zitat. Ein tschechischer Anwalt, der einen bäuerlichen Klienten wegen einer Zahlung moniert hatte, erhielt von diesem auf offener Karte die folgende Antwort:

„Sehr geehrter Herr Doktor! „Götz von Berlichingen", dritter Akt, Szene auf Jaxthausen. — Götz . . . Ihr ergebener N. N." Vorm Gericht in Eger sah man sich wieder. Der Bauer hatte seinen Goethe dabei, schlug die fragliche Stelle auf und las vor: „Wir werden uns verteidigen, so gut wir können." Das Gericht lächelte, der Amtsanwalt lachte, das Publikum brüllte. Aber der klägerische Advokat führte aus, daß allein die Zitierung des „Götz von Berlichingen", insbesondere auf offener Postkarte, derart eindeutig beleidigende Wirkung habe, daß eine Verurteilung auf jeden Fall am Platze sei.

Und das Gericht schloß sich, wenngleich lächelnd, den Ausführungen des Klägers an und verurteilte das Bäuerlein zu einer Strafe von 500 Kronen.

Um die Bezwingung eines Bergriesen.

London, 17. Febr. Eine neue Expedition zur Bezwingung des Kanchenjunga im Himalaya, des zweithöchsten Berges der Welt, verläßt in kurzem Europa. Es ist die dritte und stärkste Expedition, die diesen Versuch unternimmt; wie die zweite Expedition, die 1929 ein paar hundert Meter unter dem höchsten Gipfel ihren Versuch aufgeben mußte, steht sie unter deutscher Führung (Prof. Dyhrenfurt). Außer den Deutschen sind Schweizer, Oesterreicher und Italiener sowie Engländer beteiligt.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 19. Febr.: Johann Bühner, Ehemann, Fuhrmann, 52 Jahre alt, 21. 2., 14 Uhr. — 20. Febr.: Helene Häfner, Witwe von Gustav Häfner, Schneidermeister, 78 Jahre alt, 22. 2., 12.30 Uhr (Feuerbestattung). — Anton Roth, Ehemann, Reichsbahn-Betriebsassistent, 29 Jahre alt, 22. 2., 14 Uhr. — 20. Febr.: Kreszentia Weckerle, ledig, Hausangestellte, 80 Jahre alt.

Herausgeber und Verleger: **Badenia, A.-G. für Verlag und Druckerei,** Karlsruhe i. B. Hauptschriftleiter: Dr. **J. Th. Meyer.** Verantwortlich für Nachrichtendienst, Politik und Handel: Dr. **Willy Müller-Reif;** für Kulturelles und Feuilleton: Dr. **H. A. Berger;** für Lokales, Badische Chronik und Sport: **A. Richardt;** für Anzeigen und Reklamen: **Philipp Riederle,** sämtl. in Karlsruhe, Steinstr. 17. Rotationsdruck der Badenia A.-G.

Sprechstunde der Redaktion nur 5—6 Uhr. Außer dieser Zeit nur: auf telephonischen Anruf.

Berliner Redaktion:
Dr. H. Schuster, Berlin-Lichterfelde-Ost, Parallelstr. Nr. 6

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Weisenburger

Großer Abschlag

Wir führen gute Qualitätswaren.

Feinster **Limburger Stangenkäse** Pfund nur . . **46** ₰

Unsere Fein-Marinaden: ausgesuchte feinste zarte Fische

Rollmops Bismarckheringe Brat- u. Gelee- „ große Literdosen **88** ₰

Schweineschmalz garant. rein . . . **68** ₰

Allerfeinstes **Erdnußöl. Ia** Ltr. 1.30 **1.-**

Schweizerkäse prima, vollsaftige, großgelochte Ware ¼ Pfd. nur . . . **35** ₰

Camembert vollfett, 45 %, Schacht. **25** ₰

Frühstückskäse Stück . . . . . . **15** ₰

Feinste **Hartgrieß-Makkaroni** Pfund **45** ₰

Malzkaffee lose, Pfund . . . . **28** ₰

Kernseife Blockstück . . . . . **14** ₰

Wein

Edenkobener Heide . . . Dürkheimer Feuerberg große Flasche **58** ₰

Filialen:

Herrenstr. 8	Kronenstr. 31
Luisenstr. 58	Nuitsstr. 14
Karlstr. 98	Humboldtst. 22
Hagsfeld	Daxlanden
Grötzingen	Durmersheim
Muggensturm	Bietigheim

Weisenburger

Altpapier, Eisen, Lumpen
Kupfer, Messing, Zink und Blei
sowie alle Sorten **Felle** kauft laufend u. zahlt beste Tagespreise
Chr. Beier Nachf.
Werderstrasse 72—74 Telefon 3554
Auf Wunsch wird die Ware im Hause abgeholt. **NB.** Ankauf von **Neutuchabfällen** von Schneidereien.

Riedlingen a. D.

St. Agnes-Institut.

1. Lehr- und Erziehungsanstalt für schulentlassene Mädchen. Ausbildung in Elementar- und Handelsfächern, in Musik, Zeichnen und Malen.
2. Hauswirtschaftlicher Kurs.
3. Handarbeitsschule.

Eintritt 28. April.
Prospekte durch die Oberin.

Drucksachen
für Behörden
Jahresberichte
Dissertationen
Werke
sowie alle umfangreichen
[illegible]
[illegible]
in sauberer Ausführung
und zu billigem Preis
Badenia A.G. Karlsruhe
Steinstrasse 17—21

Amtliche Anzeigen.

An Stelle des verstorbenen Feuerschauers Johann August Joß in Linkenheim wurde unterm 11. Februar 1930 **Maurerpolier August Meinzer in Knielingen** zum Feuerschauer für die Gemeinden Teutsch- und Welschneureut, Eggenstein, Leopoldshafen, Linkenheim, Hochstetten, Liedolsheim, Rußheim und Graben ernannt und heute auf seinen Dienst verpflichtet.

Karlsruhe, den 18. Februar 1930.
Badisches Bezirksamt IV.
O.-Z. 10.

Katholische Bürgergesellschaft „Constantia"

Am Samstag, den 8. März, 8½ Uhr abends, findet im Saale des „Palmengarten" unsere

ordentliche Hauptversammlung

mit satzungsmäßiger Tagesordnung statt.
Anträge müssen spätestens bis zum 28. Februar beim 1. Vorsitzenden, Herrn Oberstiftungsrat Dr. Kühn, Eisenlohrstr. Nr. 10, schriftlich eingereicht sein.

Der Vorstand.

Werkstätte für Gerüstbau und Dachdecker-Geschäft
August Philipp
KARLSRUHE i. B.
Waldhornstr. 8
Telefon Nr. 4151
Uebernahme von Leitergerüst-Erstellung an Kirchen und Fassaden in jeder Größe und beliebiger Zeitdauer nach überallhin sowie Ausführungen sämtlicher Dacharbeiten in Schiefer, Ziegel, Dachpappe und Holzzement.

Ihre Federbetten
werden wieder leicht und luftig in der
Bettfedern-Reinigung
mit Kraftbetrieb. Bestes Verfahren. Freier Transport. Billige Preise. Telefon 2158
Nur Karlstr. 20. P. Perschmann

Kommunikanten-Anzüge
das Allerneueste in grosser Auswahl schon von **16.— Mk.** an bis zu den feinsten empfiehlt
Gretz, Schneidermeister, Marienstrasse 27.

Gerichtliche und außergerichtliche **Vergleiche**
Vertretung bei den Finanzämtern!
F. W. Wörner Beeid. Buchsachverständiger
Kaiserstraße 239 (gegenüber dem Notariat)
Telefon 4767

Sämtliche **Farben, Lacke** gebrauchsfertig für Anstriche aller Art vorrätig im 1281 Farbenhaus HANSA Kaiserstr. 15, b. Colosseum

---

Schaufenster-beschriftung, Reklameplakate etc. billigst Anfragen unter 1317 a d. Geschäft.

Zwei Freundinnen im Alter von 18 und 19 Jahren suchen
Stellung
auf 1. April im Haushalt. Am liebsten in Karlsruhe.
Klara Mümmler, Wiesloch, Hesselgasse 6.

Kirchliche Anstalten erhalten langfristige **Darlehen** unt. kulant. Bedingung
Jos. Liebmann Bankgeschäft
Karlsruhe Baden
Telefon 75 u. 76.

Katholischer Männerverein Karlsruhe-Ost
Todes-Anzeige
Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht die Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Mitgliedes, Herrn
Nikolaus Heck
Bäckermeister
in Kenntnis zu setzen.
Beerdigung: Freitag, den 21. Februar, nachm. halb 3 Uhr.
Trauerhaus: Durlacherstr. 15
Karlsruhe 20. 2. 30
Der Vorstand.

Heute zu Tietz:
billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf soweit Vorrat – Mengenabgabe vorbehalten

Krakauer im Ring Pfund 1.-
Rotwurst Pfund 1.20
Salami Pfund 1.75
Landsülze Pfd. 1.60
Holst. Salami und Cervelat Pfund 2.-
Edamer u. Gouda 20% Pfd. 90 ₰ vollfett Pfund 1.30
Margarine Pfund 50 ₰

Eierbruchmakkaroni 3 Pfund 1.50 1 Pfund 52 ₰
Eierbruchspaghetti 3 Pfund 1.55 1 Pfund 53 ₰
Eiermakkaroni 3 Pfd 1.90 1 Pfd 65 ₰
Eierspaghetti 3 Pfd. 1.90 1 Pfd. 65 ₰
Eiergemüsenudeln lose 3 Pfd. 1.50 1 Pfd. 52 ₰
Eierfaden lose. 3 Pfd 1.50 1 Pfd. 52 ₰
Eiersuppen-Einlagen Schleifen., Körbch., Hörnch.. 3 Pfd. 1.65 1 Pfd. 58 ₰
Makkaroni leicht gef. 3 Pfd 1.30 1 Pfd. 45 ₰
Gemüse-Nudeln leicht gefärbt 3 Pfd. 1.20 1 Pfd. 43 ₰
Ringäpfel . . . . 3 Pfd. 2.25 1 Pfd. 80 ₰
Mischobst . . . . 3 Pfd. 2.60 1 Pfd. 90 ₰
Aprikosen Pers. 3 Pfd 2.60 1 Pfd 90 ₰
Calif. Pflaumen 3 Pfd. 2.– 1 Pfd. 70 ₰

Emmentaler o. Rinde 6/6 80 ₰
Backfische tägl. frisch Pfund 70 ₰
Oelsardinen in feinem Olivenoel unsere Hausmarke Hertie Dose 1.60 8/4 65 ₰ 50 ₰
Tafelessig Liter-Flasche 38 ₰
Milch gezuck. Dose 75 ₰ ungezuck. Dose 55 ₰
Milchschokolade Spezial-kuvertüre Pfd 1.50 ¼ Pfd 40 ₰
Schmelzschokol. Spezial-kuvertüre Pfd 1 35 ¼ Pfd 35 ₰

Auf Extratisch im Erdgeschoß!
Gummi-Haushaltungsschürzen 1.45
schwere Qualität, mit kl. Schönheitsfehlern

GROKAGE

Festhalle / 26. Februar, 20 Uhr 11

II. Damen- und Fremdensitzung
(letzte Sitzung)

Aus dem sauwere Programm:
d' Hansi Mayer, d'r Balzer-Backes aus Frankfurt, d'r Löser Karl, d'r Biermaier un d' Dinteberger, d' Leger-Böbble, d' Elegök Brothers, d'r Dr. Schreyhals, d'r Dintemüller, d'r Heisig etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc. etc.

Preise: Im Vorverkauf: Saal RM. 1.75, ob. Galerie RM. 1.20. — Abendkasse: Saal RM. 2.—, ob. Galerie RM. 1.50, num. Balkon RM. 2.50.
Vorverkauf: Musikalienhandlung Fritz Müller. — Dutzendkarten für Vereine, Organisationen, Gesellschaften etc. im Verkehrsverein, Ritterstr., RM. 18.—. Gültig für Sitzung (ein Abschnitt) und Ball (zwei Abschnitte).

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
ab Freitag, 21., bis Donnerstag, 27. Febr., jeweils 20.30 Uhr, Sonntag, 23. Febr., nur 16 Uhr
Mady Christians
in
„Das brennende Herz"
Regie: LUDWIG BERGER
*
Musikbegleitung.
*
Jugendliche haben keinen Zutritt.
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und im Büro: Klauprechtstraße 1

Straus & Co.
Karlsruhe i. B.
Friedrichspl. 1 (Eingang Ritterstr.)
Fernsprechanschluss:
Für den Stadtverkehr Nr 4430 bis 4435
Für den Fernverkehr Nr 4901 bis 4903
Für die Devisenabteilung Nr 4439

Kaffee des Westens
Heute Freitag abends 8 Uhr
Wunsch-Abend
der ungar. Kapelle
Farkas Lajos

Badisches Landestheater

Freitag, 21. Februar:
Sondermiete „Zeittheater"
(4. Vorstellung der Abteilung II)
Karl und Anna
Schauspiel von Frank.
Regie: v. d. Trenck.
Mitwirkende:
Rademacher, Schreiner, Gelling, Dahlen, Hierl, Höcker, Just, Kuhne, Seibert, v. d. Trenck.
Anfang 20 Uhr.
Ende nach 22 Uhr.
Kein Kartenverkauf!

Sa. 22. 2.: Die Dreigroschenoper. So. 23. 2.: Vormittags: Vortrag von Dr Pater Expeditus Schmidt. Nachmittags: Tiefland. Abends: Neu einstud.: Der Waffenschmied. Im Konzerthaus: . . . Vater sein dagegen sehr. Mo. 24. 2.: Das Glöckchen des Eremiten. 1058

Bücher für Kommunionkinder

Kreuzwegandacht für Erstkommunikanten
von Pfarrer Johannes Luxem
2. Auflage – 30.–40. Tausend
Dieses weitverbreitete Andachts- und Betrachtungsbüchlein eignet sich sehr zum Gebrauch vor und während des Kommunionunterrichtes, da die darin enthaltenen Gebete und Betrachtungen eigens an die Vorbereitung auf die erste heil. Kommunion anknüpfen
– Preis Mark 0.10 –

Opfer und Mahl
Eine Andacht zur Feier der hl. Messe und hl. Kommunion von Religionslehrer Fr. X. Lieblang
Das Büchlein verbindet die Kommunionandacht aufs engste mit der hl. Messe und ist für die Kommunionkinder äußerst geeignet. – Preis Mark 0.20

Schatzkästlein für Kommunionkinder
von M. Scholastika, Direktorin der Ursulinenschule Saarbr. In Ganzleinen mit Goldprägung M 4.-; in Halbleinen M 3.- Das mit künstlerischen Randleisten geschmückte Büchlein bietet gehaltvolle fesselnde Erzählungen für die Kinder und ist die beste Vorbereitung auf die Erstkommunion

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Verlag der Saarbrücker Landes-Zeitung

Wolfförsters Marionetten
Karlstrasse 10
Sonntag, 23. Februar, 2½ und 5 Uhr
Wegen des grossen Erfolges Wiederholung
Der gestiefelte Kater
Karten: Musikhaus Fr. Müller, Kaiserstr.

Hühnerfarm
für ca. 2000 Hühner. Anzahlung RM. 5000.
4 Zimmer-Haus
in Vorort, mit Garten, Stallung. Anzahlung RM. 3000.
Feinkostgesch.
gut eingerichtet, Anzahlung RM 2000.
M. Busam
Herrenstraße 38.

Colosseum
Heute 8 Uhr; Sonntags 3½ u. 8 Uhr:
Lokal-Revue
Karneval 1930

Geld für
I. u. II. Hypotheken
Aufwertungs-Hypotheken
Restzieler
zu vergeben.
Joseph Liebmann, Bankgeschäft,
Karlsruhe i. B.
Telefon 75 u. 76.
Kaiserstraße 221.

Küpperbusch-Oefen u. -Herde
Küpperbusch kombinierte Herde und Gasherde

stets neueste Ausführungen. Monatl. Raten von 5.— Mk. an. beamtete. auf angeschl. Gaswerksbedingungen. Fachgem. Aufstellg. Eigene Reparatur-Werkstätte
Karl Fr. Alex. Müller
Karlsruhe,
Telefon 1284 Amalienstr. 7 Gegr. 1890

Tanz-Lehrinstitut
J. Braunagel
Nowacksanlage 13
Telephon 5859.
Februar
Beginn neuer Kurse
Einzelunterricht jederzeit